

Hamwirts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis 20 Pf. jährlich, 30 Pf. vierteljährlich, 10 Pf. monatlich. Einmalige Beiträge 2 Pf. 10 Pf. für 5 Hefen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für den Inhalt der Beiträge. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für den Inhalt der Beiträge. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für den Inhalt der Beiträge.

Die Intertions-Gebühr
 beträgt für die sechs halbjährigen Abonnements...
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 5. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
 Dienstag, den 26. September 1916.
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Zur Reichskonferenz.

Die Parteipresse hat, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, zur Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie noch nicht Stellung nehmen können. Die Urteile der Parteipresse werden daher erst in den nächsten Tagen von uns gewürdigt werden. Bis jetzt liegen Neuherungen des „Hamburger Echo“ und des „Genossen“ vor, die wir an anderer Stelle gemeinsam mit den übrigen Stimmen der Parteipresse im Auszug wiedergeben werden, von denen jedoch schon hier kurz Notiz genommen sei.

Das „Hamburger Echo“ meint, der Verlauf der Reichskonferenz habe bewiesen, daß die Behauptung der Minorität falsch sei, daß hinter ihr die Mehrheit der Partei stehe, habe sich doch die Mehrheit der Delegierten durch Zustimmung zu der Resolution David für die Politik der Fraktionsmehrheit ausgesprochen. Die letztere Tatsache ist unbestreitbar. Allerdings: zieht man von den 21 Stimmen, die sich auf die Resolution David vereinigten, die Stimmen des rechten Flügel der Fraktionsmehrheit, der Parteienscheit und Parteivorstandsmajorität ab, so verbleibt nur eine recht bescheidene Mehrheit der Delegierten, aber immerhin noch eine, wenn auch keineswegs imponierende Mehrheit. Aber behält deshalb das „Hamburger Echo“ recht? Durchaus nicht! Denn zunächst hat die „Minorität“ niemals behauptet, daß sie bereits die Mehrheit geschlossen hinter sich habe, sondern nur, daß sich bei ungehinderter freier Aussprache beider Teile wahrscheinlich die Mehrheit hinter die „Minorität“ stellen werde. Von solch freier Aussprache konnte bis jetzt bekanntlich gar keine Rede sein. Wie wäre da eine Probe auf das Exempel möglich? Daß aber die Opposition die Mehrheit der Delegierten der Reichskonferenz für sich gewinnen könne, davon ist innerhalb der „Minorität“ niemals die Rede gewesen. Im Gegenteil, hat doch gerade die „Minorität“ in den letzten Wochen mit Nachdruck auf das schreiend undemokratische Wahlsystem zur Reichskonferenz hingewiesen, das es selbst dann unmöglich gemacht hätte, der Minorität die Mehrheit der Delegierten zu verschaffen, wenn es mit der Versammlungs- und Pressefreiheit so stände, wie in normalen Zeiten.

Der Triumph des „Hamburger Echo“ ist also ein völlig eingebildeter. Darum ist auch die Schlussfolgerung des „Hamburger Echo“, daß nunmehr „das Gesetz der Demokratie zu walten“ habe, völlig verfehlt. Wenigstens im Sinne des Hamburger Parteiorgans, das erwähnt, die Parteikonferenz habe irgendeine Befugnis, für sich das Recht einer demokratischen Körperschaft in Anspruch zu nehmen. So wenig das preussische Dreiklassenhaus im Namen der Demokratie Gesetze verkünden darf, so wenig steht solche Befugnis der Reichskonferenz zu. Selbst die „Mehrheit“ hat das ja auch offen zugegeben, indem sie auf der Reichskonferenz selbst wiederholt ihre offiziellen Vertreter erklären ließ, daß es selbstverständlich dieser Konferenz nicht zukomme, bindende Beschlüsse zu fassen. Im übrigen sagt selbst Genosse Stämpfer, der völlig auf dem Standpunkt der Mehrheitspolitik steht, wörtlich: „Das Abstimmungsverhältnis beweist nicht (von Stämpfer ist dieses „nicht“ selbst durch Sperrdruck unterstrichen), daß die Mehrheit der organisierten Parteigenossen auf der Seite des Parteivorstandes und der Fraktion stehe, es beweist aber untrüglich, daß es der Minorität in dem größten Teile des Reiches noch nicht gelungen ist, mit ihren Anschauungen durchzudringen.“ Genosse Stämpfer hat die Worte „im größten Teile des Reiches“ offenbar nicht ohne Absicht gewählt. Er will offenbar zugeben, daß es für die Partei nicht auf den größten Teil des Reiches, sondern auf den größten Teil der organisierten Parteimitglieder ankommt. Soweit diese aber in Betracht kommen, ist es in der Tat nach dem Abstimmungsergebnis der Reichskonferenz schon heute fraglich, ob die „Minorität“ nicht bereits mit gutem Gewissen diese Mehrheit für sich reklamieren kann. Doch wollen wir gern auch diese Frage offen lassen, da wir es für sehr töricht und taktisch unklug halten, die Opposition als härter hinzustellen, als sie in der Tat ist. Ist doch nichts für kämpfende Genossen verhängnisvoller, als ihre eigenen Kräfte zu überschätzen und die ihrer Gegner zu gering zu veranschlagen. Nur die anspornende Zuversicht dürfen wir dieser ersten großen Kraftprobe entnehmen, daß die „Minorität“ mit wohl begründeter Hoffnung darauf rechnen kann, bereits auf dem ersten unter regulären Verhältnissen zustande gekommenen Parteitag die Mehrheit für sich zu gewinnen. Wir geben dieser Zuversicht Ausdruck, ohne jede Ueberhebung, wissen wir doch, wieviel des unerhittlichen Kampfes noch notwendig ist, um die Position der „Minorität“ auszubauen und für die Zukunft sicherzustellen.

die national-imperialistische Propaganda dieser ungestümen „Umlerner“ ins Zeug zu legen! Der extremen Rechten waren untrüglich alle Helle davon geschwommen; selbst die ihr nahestehenden Redner, wie David, Noske und Winnig, vermeiden geradezu ängstlich, das spezifische Programm dieser Umlerner zu entwickeln und auch nur schüchtern zu vertreten! Die mit so präntiosen Anprühlern und so großem Getöse auftretende Richtung der „Monatshefte“ und der „Klocke“, des „Hamburger Echo“ und der „Chemnitzer Volksstimme“, um nur einige der markantesten Propaganda dieser Richtung zu erwähnen, schien ganz von der Bildfläche abgetreten, in der Vertiefung verschwunden zu sein. Ihrer gedachte, von den Kritikern der Minorität abgesehen, jetzt kein Mensch mehr. Auch ein Zeichen der Zeit! Ein durchaus erfreuliches Zeichen! Aber darum wollen wir doch nicht vergessen und in Vergessenheit geraten lassen, daß diese Richtung fast zwei Jahre hindurch in dem durch die Kriegsspychose verwirrten Parteileben eine so große, manchmal schier beherrschende Rolle zu spielen vermochte. Ist doch die ganze Richtung der Mehrheit zum guten Teil wesentlich bestimmt worden durch den Lärm und die marktschreierisch auftretende „Neuorientierung“ gerade dieser Elemente, denen der Parteivorstand, der gegen jeden kleinste, vermeintlichen Verstoß gegen das Organisationsprinzip der Partei mit dem schwersten Geißel und der bekanntesten rigorosesten Unbilligkeit zu Felde zog, nicht nur freie Hand ließ, sondern denen er sogar seine Gunst ganz offenbar zugewendet hatte.

Genosse Scheidemann suchte die Haltung der Parteivorstandsmehrheit damit zu entschuldigen, daß er für diese Elemente das Recht der demokratischen Meinungsfreiheit proklamierte. Vor dem Krieg war die Partei nicht so duldiam. Ein so verdienster und wackerer Parteigenosse, wie Dr. Friedeberg, wurde seinerzeit aus der Partei ausgeschoben, weil er für die parlamentarische Tätigkeit, nicht den Grad der Wertschätzung aufzubringen vermochte, den die Mehrheit verlangen zu dürfen glaubte. Aber auch Gerhard Hildebrandt wurde aus der Partei ausgeschlossen, weil er sozial-imperialistische Anschauungen vertrat, die zu den Parteitagbeschlüssen in schroffem Widerspruch standen. Als nun aber nach Kriegsende die Reich, Gänzlich, Cunow, Heilmann, Noske, Peus und zahlreiche andere das Hildebrandt entlassene Banner des Imperialismus nicht nur aufnahmen, sondern noch viel demonstrativer als die neue Sturmtruppe des deutschen Kriegssozialismus schwenkten, als Hildebrandt es je theoretisch gewagt hatte, da erfuhr sie nicht nur keine Abkühlung durch den Parteivorstand, sondern außer passiver Duldung sogar wohlwollende Förderung durch Empfehlung mancher ihrer Schriften durch Mitglieder der Parteivorstandsmehrheit. Wo hingegen die Liebknecht, Luxemburg, die ganze Spartakusgruppe wiederholt durch Resolutionen der Instanzenmehrheit rücksichtslos an den Kranger gestellt wurden!

Diese überaus symptomatischen Vorgänge wollen wir nicht in Vergessenheit geraten lassen, auch wenn jetzt die mittlere Linie der Instanzen von diesen von ihnen ehemals so freudig willkommen geheißenen Parteipolitikern demonstrativ abzuwenden wollen scheint. Denn die Zeichen sprechen! Was war, kann jederzeit wiederkehren. Wer nicht zur rechten Zeit klar und unzweideutig Farbe bekennet und so handelt, wie es die Grundzüge der Partei und ihre Lebensinteressen gebieten, dem werden vorsichtige Sachwalter der Parteigrundzüge auch künftig nicht über den Weg trauen können. Das Mißtrauen ist heute, nach den allzu schlimmen Erfahrungen der verfloffenen 26 Monate, auch innerhalb der Partei selbst mehr denn je die erste demokratische Tugend!

Aus den Ergebnissen der deutschen Reichskonferenz sind auch für die sozialdemokratischen Parteien des Auslandes wichtige Folgerungen zu ziehen, auf die wir hier bereits hinweisen möchten.

Die Genossen der ausländischen Bruderparteien haben erfahren, daß die Politik der deutschen Fraktionsmehrheit aus den breitesten Schichten der deutschen Partei heraus den schärfsten, prinzipiellsten Widerspruch erfahren hat. Ueber wichtige Einzelheiten werden sie in Anbetracht der bekannten Umstände, denen die Presseerörterungen dieser Fragen auch in Deutschland unterworfen ist, erst später näheres erfahren können. Soviel aber werden sie schon jetzt den Berichten und kritischen Wertungen der Konferenz entnehmen können, daß die Wiederherstellung des alten Verhältnisses, wie es vor dem Krieg bestand und durch die Beschlüsse der internationalen und internationalen Kongresse festgelegt wurde, dem Willen weitester Kreise der deutschen Partei entspricht!

Die ausgezeichneten, prinzipiell wie formell scharf zugespitzten Referate des Genossen Gaase, wie die Reden aller Minoritätsvertreter beweisen das. Die Genossen des Auslandes dürfen sich also durch die in der Presse vorliegenden fargen und unvollständigen Berichte in keiner Weise beirren lassen. Der Geist der alten internationalen Befindlichkeit in Deutschland in siegreichem Vormarsch. Sein endgültiger Triumph ist bereits gesichert! Mögen die Genossen des Auslandes dafür sorgen, daß wir das gleiche auch aus ihren Ländern berichten können.

Ein Brief Keir Hardies.

Am Gedächtnistage seines Todes.
 Von Ed. Bernstein.

Zur Erinnerung an uns, vor einem Jahr verstorbenen Kampfgenoßen bringe ich im Nachhinein den letzten Brief zum Abdruck, den ich vor Ausbruch des Weltkrieges von ihm empfing. So schließt der Postant des Briefes, so gewährt sein Inhalt doch einen guten Einblick in die Denkweise Keir Hardies und das Wesen sowie die Schwierigkeiten des Kampfes seiner Partei.

Anlaß zu dem Brief gab eine Erklärung der Gründe, warum ich nicht zum 21. Jahreskongreß der Independent Labour Party, der von ihm als das Fest ihres Eintritts ins Mündigkeitsalter besonders gefeiert wurde, besucht werden durfte erschienen sei. Da ich im Januar 1908 als Vertreter unserer Partei an dem Kongreß teilgenommen hatte, auf dem die Independent Labour Party gegründet worden war, nahm man an, daß ich nun wieder in dieser Eigenschaft mich einfinden würde. Dazu hatte ich indes keinen Auftrag und so begnügte ich mich, dem Kongreß meinen Glückwunsch schriftlich auszudrücken. Nachdem ich ihm die Gründe meines Fernbleibens mitgeteilt, schrieb mir Hardie folgenden Brief:

17. Mai 1914.

Mein lieber Bernstein.

Gätten wir rechtzeitig gewußt, daß Sie möglicherweise zu unserem 21. Jahreskongreß nicht als Vertreter der deutschen Partei entsandt werden würden, so würde an Sie eine besondere Einladung ergangen sein, als unser Gast zu kommen. Sie verzeihen mir, glaube ich, nicht völlig den Wert, den Ihre Anwesenheit bei unserer ersten Versammlung hatte. Sie war für sie eine Art Vervollständigung und gab uns eine Legitimation, die merkbar zu unserem Erfolg beitrug. Mit gleicher Post sende ich Ihnen ein Gedächtnisblatt, das wir besonders haben zeichnen lassen und auf dem die Tatsache Ihrer Anwesenheit im Jahre 1898 vermerkt ist.

Ich verfolge mit großem Interesse den Fortschritt der Bewegung auf dem Festlande. Ihre Siege vor zwei Jahren und nun der Wahlerfolg der französischen Partei haben dem Sozialismus in Europa eine ganz neue Bedeutung verliehen. Die Liberale und Tory-Presse hierzulande tut ihr Bestes, das, was in Europa passiert, zu verkleinern, und ich fürchte, unser Daily Citizen stellt das Ereignis nicht also groß hin, wie er wohl könnte. Die hiesige Arbeiterpartei schreitet stetig vorwärts, ganz besonders bei den Gemeinderatswahlen. Was das Resultat für das Parlament sein wird, wenn die allgemeinen Wahlen herankommen, ist ziemlich schwer vorzusagen. Die Liberale Partei in der Zentralkammer ist sehr bemüht, allen Schein einer Neigung zwischen uns und ihr zu vermeiden. Derselbe nehmen die Liberalen unseren Anspruch auf unabhängige Vertretung sehr übel auf. Die Idee einer dritten und selbständigen Arbeiterpartei wird von diesen Vorkämpfern, deren Wille bisher allmächtig war, gerade erst erfährt. Sie werden sich erinnern, daß in Hanley infolge des Todes von Unoch Edwards ein Wahlbezirk frei wurde und daß die örtliche Liberale Organisation unseren Kandidaten erfolgreich bekämpfte. Wir machen nun eine ähnliche Erfahrung in North Derbyshire bei der Erziehung für das Mandat des verstorbenen W. E. Hardies. Ich brauche Ihnen nicht erst zu sagen, daß ich an diesen Kämpfen meine Freude habe, obwohl ich mir die Tatsache nicht verhehle, daß, wenn sie in Wahlkreisen, die wir jetzt haben oder zu erobern suchen, allgemein werden, wir möglicherweise in das nächste Haus der Gemeinen schwächer an Zahl zurückbleiben werden, als wir jetzt dort sind. Was wir jedoch an Zahl verlieren mögen, werden wir an Wirkungskraft gewinnen, und das gibt natürlich zuletzt den Ausschlag.

Mit besten und guten Wünschen bin ich aufrichtig Ihr
 J. Keir Hardie.

Zwei Punkte in diesem Brief bedürfen einer kurzen Erläuterung. Daß die Parlamentswahlen im Gegenatz zu den Gemeinderatswahlen der Arbeiterpartei Englands nur geringe Aussichten darbieten, war neben dem Umstand, daß das englische Parlamentswahlrecht mit der Entscheidung der Wahlen durch das relative Mehr der abgegebenen Stimmen von jeder anderen als den zwei großen Parteien überaus ungünstig ist, der damaligen innerpolitischen Lage Englands zuzuschreiben, die vollständig von dem Kampf dieser beiden Parteien um die Durchführung der Homersdale-Situation folgte die Masse der Wähler, welche für das Homersdale-Gesetz waren, unbedenklich der Parole der Liberalen: „Nur keine Zersplitterung der Stimmen der Demokraten.“ Keir Hardies Worte über den Wahlbezirk der französischen Sozialisten mögen heute manchmal als Ueberstreichung erscheinen. Damals aber haben wir alle dem Ausgang der Wahlen in Frankreich die größte Bedeutung beigelegt, denn es brachte denjenigen Parteien Frankreichs die Mehrheit in der Kammer, welche die dreijährige Dienstzeit bekämpften und die Befürworter einer Verständigung mit Deutschland zu Führern hatten. Mächte, die zurzeit noch stärker sind als der Wunsch und Wille von Parteien, haben es verhindert, daß die Abundung der französischen Wählerkraft die gewünschte Wirkung auf die große Politik auszuüben vermochte.

Sechs und eine halbe Woche, nachdem er den vorstehenden Brief geschrieben, sehen wir Keir Hardie in Brüssel an der denkwürdigen letzten Vollversammlung des Internationalen Sozialistischen Bureaus vom 29. Juli 1914 teilnehmen, die im Hinblick auf den drohenden Krieg einberufen war, und am Abend nach der Sitzung in der Dienstversammlung im Brüsseler Hotel Royal gemeinsam mit Hugo Haase, Jean Jaurès, Morgart, Aueromisch, P. J. Troelstra und Emile Vandervelde gegen den Krieg Protest erheben. Und als eine Woche

Wenn wir auf die Verhandlungen der Reichskonferenz zurückblicken, erscheint uns die Feststellung beachtenswert, daß die extreme, annexionistische Richtung der Partei auf ihr so gar keine Rolle zu spielen vermocht hat. Welchen Lärm verübten in der Broschürenliteratur und manchen Parteiorganen die Reich, Cunow, Gänzlich, Noske, Peus, Heilmann und Genossen — und wie völlig fielen ihre Anschauungen und Argumente in der Debatte der Reichskonferenz unter den Tisch! Wie sorglich vermieden es die Sprecher, nicht nur des Parteivorstandes, sondern der Mehrheit überhaupt, sich auch nur von ferne für

häter, am 3. August, im Haus der Gemeinen Sir Edward Grey die Gründe entwickelte, warum nach Ansicht der englischen Regierung England verpflichtet sei, dem angegriffenen Frankreich Bundesgenossenschaft zu leisten, ist, während die Redner der Konservativen nun der liberalen Regierung rückhaltlose Unterstützung zusichern, mit J. H. Macdonald unser Reich die einer der wenigen Redner, die der Regierung das Recht absprechen, das Land ohne die Befragung des Volkes in einen Krieg hineinzuziehen. Als Gegner der Kriegspolitik hat der Verstorbenen sich auch weiterhin bis zu seinem Lebendende unbeugsam bewährt.

Die Vorgänge in Griechenland.

Zusurrektion auf Kreta.

Athen, 25. September. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Die Insurgenten auf Kreta beherrschen die ganze Insel; sie haben Ranea, Geraklion und andere Städte an der Küste besetzt. Die griechischen Behörden haben alle Regierungsgebäude den Führern der separatistischen Bewegung ausgeliefert. Man betrachtet die Insurrektion als völlig gelungen. Die kretische königliche Leibwache hat sich aufgelöst, nur elf Leute sind loyal geblieben.

Venizelos geht nach Saloniki.

London, 25. September. (W. Z. B.) „Daily News“ erfährt aus Athen von gestern, daß Venizelos, der wiederholt aufgefordert worden war, nach Saloniki zu kommen, beschlossen hat, sich dahin zu begeben und die Leitung der revolutionär-nationalen Bewegung selbst in die Hand zu nehmen. Mehrere Führer der liberalen Partei sind bereits abgereist.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 24. September. (W. Z. B.) Amlicher Heeresbericht vom 24. September:

Mazedonische Front: Bei Florina hat sich die Lage nicht geändert. Gestern, am 23. September, wiederholte der Feind nach einem langen vorbereitenden Artillerie- und Infanterieangriff und nach Bombenwürfen seine Angriffe auf die Höhe Kajmakalan. Feindliche Abteilungen gingen vor und griffen nacheinander die rechte Flanke, die linke Flanke und endlich die Mitte unserer Stellung an. Unerschütterlich liehen die Verteidiger den Feind auf 50 bis 60 Schritt an ihre Gräben herankommen. Dann wiesen sie ihn mit heftigem Gewehr- und Maschinengewehrfeuer unter großen Verlusten für ihn ab. Im Roglen-Tale und zu beiden Seiten des Wardar schwaches Artilleriefeuer. Am Fuße der Pelasica Blauina Ruhe.

An der Strumafont lebhaftes Geschützfeuer. Mehrere feindliche Bataillone gingen gegen die Dörfer Revolen, Dolno, Karadjovo und Gudeli vor; sie wurden von unseren Truppen angegriffen und auf das rechte Ufer des Flusses zurückgeworfen.

An der Küste des Ägäischen Meeres herrschte Ruhe.

Rumänische Front: Längs der Donau Ruhe. In der Dobrudscha Artilleriekampf und Infanteriegefechte von geringer Bedeutung. An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 24. September nachmittags (W. Z. B.) Nördlich der Somme war die französische Artillerie im Laufe der Nacht sehr tätig. Die Deutschen erwiderten vormittags schwach. Ein deutscher Angriff auf das Gebirg Bois Lobbé und die französischen Stellungen südlich dieses Gebirges wurde unter das heftige Feuer unserer Maschinengewehre und Geschütze genommen. Die Deutschen wurden zerstört, bevor sie die französischen Linien erreichen konnten. Sie liehen zahlreiche Leichen zurück.

Auf dem rechten Marais wiesen die Franzosen leicht mehrere Angriffversuche gegen den Pfefferküchen und südlich von Thiaumont ab.

Flugwesen: Im Laufe des gestrigen Tages zeigte sich der deutsche Flugdienst tätiger als gewöhnlich. Die französischen Jagdgeschwader ließen auf dem größten Teil der Front wirkliche Lustschlachten, trugen große Erfolge davon und behaupteten unbestreitbar die Oberherrlichkeit über den Gegner. An der Sommerfront fanden 29 Luftkämpfe statt. Vier deutsche Flugzeuge wurden abgeschossen, eines im Bois-Walde, zwei wurden von Guynemer (sein 17. und 18.) brennend heruntergeholt, das vierte stürzte südlich von Wiserech ab. Drei weitere Flugzeuge des Feindes wurden ernsthaft getroffen; sie stürzten fluchtlos bei Estrées ab. In der Gegend von Veronne wurden vier feindliche Flugzeuge gezwungen, in ihren Linien niederzugehen. Es bestätigt sich, daß ein weiteres deutsches Flugzeug, das schwer getroffen wurde, am 22. zwischen Wiserech und Villers-Charbonnel abgeschossen wurde. Weiter südlich zwischen Epaulnes und Méry wurden sechs deutsche Flugzeuge abgeschossen. Eines stürzte brennend bei Chaulnes im Laufe eines von vier unserer Flugzeuge und einer Gruppe von sechs deutschen Flugzeugen geleiteten Kampfes ab. Ein zweites stürzte bei Ricourt, ein drittes bei Parvillers ab. Ein viertes wurde beobachtet, wie es bei Marchepot zertrümmert auf den Boden niederging. Ein fünftes und ein sechstes Flugzeug wurden von den nördlichen Fliegern abgeschossen in einem Kampfe, der sich zwischen einem französischen Geschwader gegen eine Gruppe von sechs deutschen Flugzeugen entspann. Diese Flugzeuge stürzten in der Gegend von Wadachy ab und eines von den beiden in den französischen Linien. In der Gegend nördlich von Chalons stürzte ein in Brand geratener Fokker nahe bei den französischen Linien ab, ein anderer schien ernsthaft beschädigt zu sein. In der Gegend von Verdun wurde ein deutsches Flugzeug aus nächster Entfernung mit Maschinengewehren beschossen, kippte um und stürzte auf den Pfefferküchen ab. Nördlich von St. Mihiel stürzte ein Fokker freck in die deutschen Linien ab. In Vorbringen verfolgte ein französischer Flieger einen gegnerischen Apparat 20 Kilometer weit in die deutschen Linien, tötete die Mitfliegenden und zwang das Flugzeug in Spiralen niederzugehen. Ein anderes deutsches Flugzeug stürzte im Bois de Grenecy ab. In den Vogesen gingen zwei deutsche Flugzeuge nach einem Kampfe mit einem französischen Flieger auf außergewöhnliche Weise in ihren Linien schiefherunter.

Orientarmee: Auf dem linken Strumauer griffen die Engländer starke bulgarische Abteilungen nördlich von Kopriva und gegen den Tinos-See an. Vom Veles-Gebirge bis zum Wardar nahm der Artilleriekampf wiederum eine ziemlich große Heftigkeit an. Nördlich der Czerna machten die Serben nordwestlich des Kajmakalan Fortschritte und machten Gefangene. Auf dem linken Flügel wurden heftige bulgarische Gegenangriffe in der Umgebung von Wank 1500 mit starken Verlusten für die Bulgaren zurückgeschlagen. Die alliierten Truppen haben leichte Fortschritte nordwestlich von Florina zu verzeichnen.

Vom 24. September abends. (W. Z. B.) Außer ziemlich heftigem Geschützfeuer südlich der Somme und in den Abschnitten von Thiaumont und Meury (rechtes Marsufer) kein Ereignis von Bedeutung auf der ganzen Front.

Zukunft: In der Nacht zum 24. September haben unsere Flugzeuge 48 12 Zentimeter- und 4 15 Zentimetergeschosse auf Fabriken in der Gegend von Rombach und Wiedenhausen geworfen. Hauptmann de Beauchamp und Leutnant Dancourt sind, jeder ein Flugzeug führend, heute um 11 Uhr von ihrem Flugplatz aufgebrochen, um 12 Geschosse auf die Fabriken in Essen (Westfalen) zu

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 25. September 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Der gewaltige Artilleriekampf zwischen Ancre und Somme dauert an. Feindliche Teilvorstöße gegen den Abschnitt Combles-Rancourt und bei Vouhavesnes mißlungen.

Heeresgruppe Kronprinz.

Am 23. September wurden am West Thiaumont schwächliche, gestern nordöstlich der Feste Souville starke französische Handgranatenaufgriffe abgewiesen.

In den zahlreichen Luftkämpfen des gestrigen Tages haben wir neun Flugzeuge abgeschossen, unsere Abwehrgeschütze holten in den letzten Tagen vier Flieger herunter. Durch feindlichen Bombenabwurf auf Lens wurden sechs Bürger getötet, 28 schwer verletzt.

Einem Fliegerangriff auf die Gegend von Essen fiel gestern nachmittags ein Kind zum Opfer, andere wurden verletzt. Der Sachschaden ist bedeutungslos.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die am 23. September durch sofortigen Gegenstoß wiedereroberte Stellung bei Manajow wurde gegen erneute starke Angriffe behauptet.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Zwischen der Blota Lipa und der Karajowka haben die Russen vergebens die Stellungen der türkischen Truppen angegriffen. Eingedrungene Teile wurden durch Gegenstoß geworfen. 142 Gefangene wurden eingebracht.

Im Ludowa-Abschnitt (Karpthen) sind abermals russische Angriffe abgeschlagen.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Rumänische Vorstöße zwischen dem Szurdak- und Vulkan-Paß sind gescheitert.

Valkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Für die verbündeten Truppen erfolgreiche Kämpfe südlich der Linie Cobadinu-Topraisar.

Die Festung Bularest wurde durch ein unserer Luftschiffe bombardiert.

Mazedonische Front.

Am 23. September kleine Gefechte bei Florina. Wiederholte starke serbische Angriffe gegen den Kajmakalan sind zusammengebrochen. An der Struma wurden in breiter Front vorgehende schwächere englische Abteilungen abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 25. September 1916. (W. Z. B.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front gegen Rumänien.

Zwischen dem Szurdak- und dem Vulkanpaß wurden rumänische Vorstöße abgewiesen. An der siebenbürgischen Ostfront herrschte lebhaftere Geschützstätigkeit.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl

Nördlich und östlich von Kirilwada stehender Kampf. Im Ludowagebiet griffen die Russen abermals vergeblich an. Nordöstlich von Lipnica Dolna führte der Feind gegen die Stellungen der türkischen Truppen. Er wurde überall zurückgeworfen, in einem Abschnitt durch Gegenangriff.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Russen versuchten gestern abend neuerlich nördlich von Berespinski durchzudringen. Ihre Anstrengungen blieben erfolglos, ihre Verluste sind schwer.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Feuerstätigkeit des Feindes an der Südtirolischen Front war nachmittags in einzelnen Abschnitten lebhafter. Nachts überzog ein Luftschiff unsere Linien und warf in der Gegend von Gomen einige Bomben ab, ohne Schaden anzurichten. An der Front der Passauer Alpen griffen zwei Alpinbataillone in der Dunkelheit den Abschnitt Gordinal-Cima Busa Alta an, den die feindliche Artillerie unter Tags heftig bearbeitet hatte. Die Italiener wurden nach erbittertem Nahkampf blutig abgewiesen. Auch gegen die Garzetta di Colbasse versuchten feindliche Gruppen vorwärts zu kommen. 52 Alpink, darunter ein Offizier, fielen hier in Gefangenschaft. Am Monte Cimone befinden sich verschüttete noch lebende Italiener in den Kavernen. 24 vermachten sich selbst zu befreien und ergaben sich. Die übrigen rufen um Hilfe, die ihnen aber wegen des Feuers ihrer Artillerie bisher nicht gewährt werden konnte und von der Annahme eines dem Feinde aus Gründen der Menschlichkeit angebotenen örtlichen Waffenstillstandes abhängt.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei den A. und R. Truppen nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes; von Poetter, Feldmarschalleutnant.

werfen; nach einem Fluge von 600 Kilometern sind unsere Flieger wohlbehalten zurückgekehrt. In der Nacht zum 23. September hat ein Japelin die Gegend von Colais überflogen; von unseren Flugzeugabwehrbatterien heftig beschossen, ist er gezwungen gewesen, sich zu entfernen, ohne ein Geschoss getroffen zu haben.

Belgischer Bericht: Geschützfeuer in der Gegend von Ramecapelle, Dijnuiden und Aeninghe.

Die englische Meldung.

Vom 24. September nachmittags. (W. Z. B.) Südlich der Ancre im Laufe der Nacht auf beiden Seiten beträchtliche Artillerieartigkeit. Nördlich von Neuville-St. Vaast drangen unsere Truppen in die feindlichen Gräben ein und machten Gefangene.

Vom 24. September abends. (W. Z. B.) Südlich der Ancre und westlich von Lesboufs wurden drei feindliche Angriffe mit Verlusten zurückgewiesen. Viel Artillerieartigkeit an zahlreichen Orten. In den gestrigen Kämpfen wurden fünf feindliche Flugzeuge zerstört und zwei beschädigt. Fünf britische Flugzeuge wurden vermisst. Britische Flieger beschädigten in fünf Bombenangriffen die Verbindungsleitungen des Feindes.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 24. September nachmittags. (W. Z. B.) Westfront. Vom Privat bis zur rumänischen Grenze finden an vielen Stellen erbitterte Kämpfe statt, unter anderem gestern am oberen Ende in der Gegend von Manajow und Garbuzow; der Feind setzte unserem Angriff heftigen Widerstand entgegen. Wir haben alle Gegenangriffe des Gegners durch Feuer abgewiesen und fünfzehnhundert deutsche und österreichische Gefangene gemacht.

Kaukasusfront. Im Aftenggebiet, südlich von dem Fladen Elebu (64 Kilometer westlich Trapezunt) sind unsere Abteilungen nach Kampf vorgedrungen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 24. September. (W. Z. B.) An der Trentino-Front unternahm der Feind hartnäckig Abwehrversuche. Im Ledro-Tale warfen wir im Laufe des 22. September eine feindliche Gruppe nördlich von Lenzimo zurück. Im Watsch-Tal in der Frühe des 23. September andauernd heftiges Feuer auf den Monte Cimone. Eine Sprengung zweier starker feindlicher Minen zwang unsere Truppen, sich etwa hundert Meter weit vom Gipfel zurückzuziehen. Die ausgegebene Stellung wird unter dem Sperrfeuer unserer Artillerie gehalten. Im Sugana-Tale unternahm der Feind am Abend des 22. September von neuem einen Angriff auf den Civaron. Er wurde jedoch rasch zurückgeschlagen. Im Dacordebale hat eine unserer Abteilungen durch sähne-Überumpelung eine gegen die Kruppe des Monte Sief vorgeschobene Stellung erobert und die Verteidiger zerstreut. An der übrigen Front Artillerieartigkeit. In Erwiderung auf das feindliche Feuer auf Cortina d'Ampezzo und in der Gegend von Rifurtina haben wir den Bahnhof Sillan und die Eisenbahn im Drautale auf dem Markt beschossen. In der letzten Nacht hat der Feind auf unsere Stützpunkte auf Höhe 208 und Höhe 144 neue und heftige Angriffe unternommen, die dank der beharrlichen Wachsamkeit und dem starken Widerstande unserer Truppen vereitelt worden sind.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 24. September. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Zwölf Fischdampfer aus Grimsby sind in der Nordsee von einem U-Boot versenkt worden; die Besatzungen sind gerettet.

Berlin, 25. September. (W. Z. B.) Der holländische Dampfer „Batavia 2“ der Niederländischen Dampfschiff-Gesellschaft, mit Varnware auf der Reise von Rotterdam nach London, wurde am 24. d. M. morgens von einem deutschen U-Boot angehalten und nach Zebrügge eingebracht. Unter den 38 Passagieren befanden sich vier Russen, die offenbar aus einem Gefangenenlager entwichen waren.

Kopenhagen, 25. September. (W. Z. B.) „Nationaltidende“ meldet aus Kristiania: Die Besatzung des versenkten norwegischen Schiffes „Elizabeth“ berichtet, das Schiff sei an der Küste Sardinien torpediert worden. Die Besatzung, bestehend aus 47 Mann, sei in Boote gegangen und nach vier Stunden von einem vorbeifahrenden Dampfer aufgenommen worden. Die „Elizabeth“ war das größte Schiff Norwegens, ihr Heimathafen ist Drammen. Das Schiff war, als es torpediert wurde, mit Zuderladung nach Italien bestimmt. Der Gesamtwert des Schiffes und die Ladung wird auf neun Millionen Kronen veranschlagt.

London, 25. September. (W. Z. B.) Loyds meldet, daß der britische Dampfer „Dresden“ versenkt worden ist.

Die englische Darstellung des Luftangriffs.

London, 24. September. (W. Z. B.) Amlich. Eine um 5 Uhr 20 Minuten nachmittags ausgegebene Verlautbarung besagt: Die letzten Berichte zeigen, daß wahrscheinlich nicht mehr als 12 Luftschiffe an dem Angriffe teilgenommen haben. Die polizeilichen Berichte aus der Provinz geben an, daß der angerichtete Schaden nur leicht sei. Immerhin ist auf eine Stadt in den östlichen Midlands eine Anzahl von Bomben geworfen, 2 Personen sind getötet und 11 verletzt worden; es wird befürchtet, daß noch 2 Tote unter einigen Trümmern in dieser Stadt begraben liegen. Am Bahnhof ist einiger Schaden angerichtet, ungefähr ein Duzend Häuser und Schuppen ist entweder zerstört oder beschädigt und eine Kapelle und ein Warenhaus in Brand gesetzt worden. Außer diesen sind keine Todesfälle außerhalb des Gebietes der Hauptstadt gemeldet, und obgleich sehr viele Bomben unter-schiedslos über den besuchten Bezirken abgeworfen worden sind, ist der Sachschaden unbedeutend; eine große Anzahl Bomben fiel ins Meer oder auf offenes Gelände. Im Bezirk der Hauptstadt sind 17 Männer, 8 Frauen und 8 Kinder getötet und 45 Männer, 37 Frauen und 17 Kinder verletzt; eine beträchtliche Anzahl kleiner Wohnhäuser und Schuppen ist zerstört oder beschädigt und eine Anzahl von Bränden verursacht worden. 2 Fabriken erhielten Beschädigungen, einige Eisenbahnwaggons sind zerstört und an zwei Stellen Eisenbahnlinien leicht beschädigt. Berichte über militärische Schäden sind nicht eingegangen.

Amsterdam, 25. September. (W. Z. B.) Wie aus einer Meldung der „Daily Mail“ hervorgeht, wurde das eine der beiden verunglückten Luftschiffe in einer Höhe von etwa 300 Metern nach der See getrieben und setzte dann plötzlich um. Es wurde durch die Gipfel der Bäume geschleift und kam schließlich zur Erde. Das Luftschiff soll von mehreren Granaten getroffen worden sein.

Amsterdam, 25. September. (W. Z. B.) Der „Lijf“ wird aus London gemeldet, daß die gefangenenommene Besatzung des einen der beiden herabgeschossenen Luftschiffe die militärischen Instruktionen und wichtigsten Einzelteile des Luftschiffes vernichtet oder über das Land zerstreut habe.

Der Luftangriff auf Essen.

Essen, 25. September. (W. Z. B.) Das Generalkommando in Münster teilt mit:

Am Sonntag, den 24. d. M., gegen 8 Uhr nachmittags erschienen mehrere feindliche Flieger über einem der Vororte von Essen. Innerhalb einer Minute wurden inmitten der Stadt mehrere kleine Bomben abgeworfen, von denen die meisten keinen Schaden anrichteten. Brände sind nirgends entstanden; dagegen sind leider durch eine Bombe mehrere spielende Kinder verletzt worden. Nach dem aus sehr großer Höhe erfolgten Abwurf entwandten die Flieger in einer Wolkenschicht.

Die Lage in Südafrika.

Rotterdam, 25. September. (W. Z. B.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: In der letzten Zeit haben englische Berichte von einem Versuch, in Südafrika einen neuen Aufstand hervorzurufen, gesprochen. Wir lesen nun in dem nationalistischen Wochenblatt von Kapstadt, „Interpreet“, einen Brief von General Herxog, worin er seine Vorlesungen im Freistaat vor diesen Gerüchten warnen, die offenbar von Kreisen verbreitet würden, die eine dauernde Aufhebung der bürgerlichen Freiheiten in Südafrika wünschten und den Nationalisten geru eine Rolle stellen möchten.

Europas Selbstmord.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der Prinz Alexander zu Hohenlohe in der Neuen Zürcher Zeitung einen Artikel, der in Auszügen die mehr oder weniger tendenziös zugestrichelt waren, bereits von der bürgerlichen Presse verbreitet worden ist. Der Artikel legt nunmehr in seinem Wortlaut vor und man findet, daß er keineswegs so beurteilt werden darf, als wie dies die bürgerlichen Blätter getan haben. Der Prinz beginnt:

„Dante von Fieschi, von Mediation oder Intervention zwischen den Kriegführenden reden wollen, sieht beinahe kindisch aus. Diesem Völkermorden, das sich zu immer größerer Kaiserrei entwidelt, Einhalt tun zu wollen, das erscheint fast, als ob ein einzelner Mensch sich auf den Eisenbahnschienen aufstellen wollte, um einen in voller Fahrt daherbrausenden Expresszug aufzuhalten. Und doch darf man nicht ablassen, davon zu sprechen, und selbst den Fluch der Unachtsamkeit nicht scheuen; denn wer diesen systematischen Vorbereitungen zum Selbstmord Europas schweigend und teilnahmslos zusehen kann, der hat kein Herz und kein Gewissen.“

Der Prinz führt dann weiter aus, daß gerade jetzt es notwendig ist einzugreifen; denn jeder Tag, jede Stunde kann noch so und so viele junge, kräftige, hoffnungsvolle Menschen vom Tode ertreten. Sei denn das Leben dieser Hunderttausende es nicht wert, daß man einmal die altmodische Etikette durchbricht und ausreißt, die verlangt, daß erst ein Boden liegen müsse, bis der Kampf von den Diplomaten als beendet erklärt werden dürfe. Diese Etikette mag gut gewesen sein für die Zeit der Kabinettskriege und der Soldnerdeere; in die heutige Zeit und für den gegenwärtigen Völkerring paßt sie nicht mehr. Die alte Friedensetikette sei in diesem Kriege überhaupt nicht mehr anwendbar. Denn darüber müßte doch nachgerade jeder denkfähige Mensch im Klaren sein, daß es am Schluß dieses Krieges keinen ausgesprochenen Sieger und keine Besiegte geben, daß dieser Krieg nicht mit der vollkommenen Niederlage der einen oder der anderen kriegführenden Partei enden könne; es sei denn, daß man zu den Verlierern gehöre, die davon fasseln, das Deutsche Reich müsse sich in Zukunft von der Erde bis zum Äquator erstrecken, und zu diesem Zweck müsse erst England vernichtet sein. Derart phantastische Hoffnungen und Entwürfe würden sicher unerfüllt bleiben. Sei dem aber so, könne der gegenwärtige Krieg, wie schon jetzt vorausgesehen, nur entweder durch ein Kompromiß oder durch den vollständigen Ruin aller Beteiligten enden, sei es dann kindisch und lächerlich, wenn man immer wieder nach einem Mittel suche, dieser Katastrophe vorzubeugen, solange es noch Zeit ist. Daß überall, bei allen kriegführenden Völkern, ohne Ausnahme, trotz den kriegerischen Vorlesungen ihrer Väter und Staatsmänner, eine tiefergehende Sehnsucht nach Frieden, nach einem „ehrenvollen Frieden“ besteht, herrscht, das sei so sicher, daß darüber kein Wort zu verlieren sei. Ehrenvoll aber würde jeder Friede sein, der heute zwischen den kriegführenden abgegeschlossen würde. Alle Armeen haben sich unvergleichlich tapfer geschlagen, alle haben einen heldenmütigen Ausdauer, eine Standhaftigkeit bewiesen, wie sie die Geschichte noch nicht gesehen habe. Könne es ihren Ruhm erhöhen, könne der Frieden ehrenvoller werden, wenn noch einige Millionen Menschen dingeopfert, noch eine Reihe von Dörfern und Städten dem Erdboden gleichgemacht, noch mehr Länderreden in eine Wüste verwandelt werden, auf der in Jahrzehnten kein Gras, kein Baum mehr wachsen werde, wenn die Schulden, last, die noch auf die Generationen drücken werde, noch um einige Milliarden vergrößert und das Ende vielleicht der Völkerwelt Europas sein wird? Und dahin müßte eine noch längere Fortsetzung dieses Krieges führen.

Nun schließt appelliert Prinz Hohenlohe an den Papst und den Präsidenten Wilson, sich zu vereinen zum „gemeinsamen Rettungswerke“, um die Welt vom Alp des Völkerringes zu befreien und die Zivilisation Europas noch im letzten Moment vom sicheren Untergang zu retten.

Die römische Frage.

Dr. Karl Badem befaßte sich kürzlich in der „Adn. Volkszeitung“ mit der Frage eines neuen Kirchenstaates und dessen Umfang. Er stellt fest, daß der Eigentümer des Vatikan nicht der Papst, sondern der italienische Staat und daß der Vatikan integrierender Bestandteil des italienischen Staatsgebietes ist. Der Papst sei italienischer Staatsbürger wie jeder andere. Die ihm ehrenhalber zugewandene Souveränität sei nur Scheinsouveränität, solange die materielle Unterlage eines wirklichen Kirchenstaates fehle. Die Frage des Umfangs komme erst an zweiter Stelle. Es genüge, wenn das, was heute von Italien geübt werde, völkerrrechtlich konstituiert und von allen anderen souveränen Staaten anerkannt werde. Die Frage, ob der Papst den ganzen früheren Kirchenstaat oder auch nur die ganze Stadt Rom zurückverlange, könne verneint werden. Zwar stehe dazu eine Äußerung des Papstes nicht vor; aber aus vielen Anzeichen erhebe sich, Dr. Doeber schreibt in seinem Buche „Der Papst und die römische Frage“:

„Der Kirchenstaat war im Laufe seiner wechselvollen Geschichte bald größer, bald kleiner; sein Gebiet brauchte an sich nur wenige Quadratkilometer zu umfassen; aber die Hauptsache ist, der Papst darf nicht untertan eines fremden Souveräns sein.“

Zu einem bereits früher („Adn. Volkszeitung“ vom 20. Juli 1916) erwähnten Antwortschreiben, das Dr. Doeber auf eine Anfrage aus Rom erhielt, hat er als „die Auffassung von maßgebenden Kreisen des Vatikan“ ermittelt, daß dieser Wortlaut beibehalten werden könne. Als zweites Anzeichen des vatikanischen Standpunktes führt Dr. Karl Badem Äußerungen des Jesuitenpaters Ch. L. des früheren Präfekten der vatikanischen Bibliothek, an, der der Ansicht sei, daß „der Heilige Vater sich auferstenfalls damit begnügen könnte, wenn auch nur der Vatikan in demjenigen Umfang, wie ihn der Heilige Vater gegenwärtig im Besitz hat, zu einem wirklichen souveränen Staat umgebildet und als Kirchenstaat dem Papsttum für alle Zeiten überlassen wird.“

Das sei das Mindestmaß. Dr. Badem möchte demgegenüber verweisen „auf die Dringlichkeit, dem Heiligen Vater zum Vatikan in seinem gegenwärtigen Umfang aus dem hinter dem Vatikan liegenden, fast un bebauten Gebiete soviel zu überlassen, daß ein kleines päpstliches Fürstentum entsteht, wo der Papst die Gebäude für die zentralen Verwaltungseinrichtungen der Kirche und wo die beim Vatikan akkreditierten Gesandten ihre Gesandtschaftsgeschäfte verrichten könnten. ... Man sollte im Auge behalten, daß niemand heute voraussehen kann, welche Bedürfnisse der katholischen Kirche bei ihrer Umgestaltung in der Zukunft noch entstehen können. Für diese Bedürfnisse an kirchlichen Verwaltungsgebäuden usw. sollte rechtzeitig, also gleichzeitig mit der hier ins Auge gefassten Regelung, Vorkehrungen getroffen werden. Wir stellen uns also den Gang der Dinge etwa so vor: Durch eine Vereinbarung zwischen dem Papste und dem Staat Italien wird dem Papst der Vatikan mit einem hinter ihm liegenden angeschlossenem Bezirk als voll souveränes weltliches Fürstentum überlassen. Dadurch entsteht ein neuer Staat, etwa wie der Staat San Marino oder Monaco. Die Entsetzung dieses neuen Staates wird gemeinschaftlich von Italien und dem Papste den übrigen Mächten notifiziert. Diese Mächte nehmen Akt von dieser Notifizierung und erkennen dadurch den neu entstandenen souveränen Staat völkerrechtlich an. Auf diese Weise wäre die Frage gelöst in einer Form, welche gewiß mit der Würde des italienischen Staates und Volkes vereinbar sein dürfte und ebenso den Katholiken aller Länder die notwendige Gewähr für die tatsächliche Freiheit des Heiligen Stuhles geben würde.“

In einer solchen Vereinbarung läge dann nach Badems Meinung ein stillschweigender Verzicht des Papstes. Je kleiner und unbedeutender das Gebiet, um so geringer auch der Anreiz, sich später wieder daran zu vergreifen.

Somit der Artikel. Gegenüber den wenigen Quadratkilometern, die jetzt nur noch besetzt werden, sei darauf hingewiesen,

daß der alte Kirchenstaat mehr als 4000 Quadratkilometer mit über drei Millionen Bewohnern (1857) umfaßte. Als Protest gegen die Wegnahme des Kirchenstaates verbot der damalige Papst, Pius IX., den italienischen Katholiken die passive und aktive Beteiligung an den Parlamentswahlen („Non expedit“). Die Folge war natürlich, daß die antifolischen Parteien unbeschränkt das Feld beherrschten. Schließlich wurde es deshalb den Wählern überlassen, für geeignete Bezirke die Wahlbeteiligung zuzulassen. 1909 wurden 24 Abgeordnete auf ein katholisches Programm gewählt. Als einer der Führer auf einen Jurist hin, der seinen Patriotismus angewendet, den italienischen Staat „mit Rom als Hauptstadt“ vorzuschlagen anerkannte, wurde er von der Kurie desavouiert. Der Weltkrieg, bei dessen Abschluß nach dem Wunsch des Liberalismus auch die römische Frage endgültig gelöst werden soll, hat hier eine Aenderung gebracht. Bekannt ist, daß die deutsche Katholikentage als ständige Einrichtung bis zuletzt jedesmal in einer Resolution die volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Papstes forderten.

Interniertenbeschäftigung in der Schweiz.

Ueber diese in der schweizerischen Arbeiterkassette und ihrer Presse viel besprochene und wichtige Angelegenheit gibt der „Arbeitsrat“ öffentlich bekannt, daß einmal die Zahl der in schweizerischen Betrieben zu beschäftigenden Internierten voranschreitlich nicht sehr groß sein wird und daß selbstverständlich dafür gesorgt werden muß, daß der einheimischen Arbeiterkassette, dem einheimischen Gewerbe und der einheimischen Industrie keine Konkurrenz gemacht wird. Es ist vorgelesen, daß für den größten Teil der zu beschäftigenden Internierten von den Heimatausländern besondere Arbeitsstätten und Betriebe eingerichtet werden, die das aus den betreffenden Staaten eingeführte Rohmaterial verarbeiten und das gesamte Arbeitsprodukt an die betreffenden Staaten abliefern. Diese Betriebe sollen der tatsächlichen Leitung von Angehörigen der betreffenden Staaten unterstellt werden. Militärisch unterstehen sie den Internierungs-Kommandos, denen auch die Leitung und Durchführung der Internierung nach wie vor verbleibt.

Die Konferenz zu Leeds und die französischen Internationalisten.

Genf, 12. September. (Eig. Ber.)

Ueber das Zustandekommen der Alliierten-Konferenz zu Leeds veröffentlicht das Organ der französischen Metallarbeiter interessierte Einzelheiten. Von der Einberufung von Vertretern der alliierten Länder mußten die Gewerkschaften Frankreichs überhaupt nichts; ja noch in der ersten Nummer des „Voix du Peuple“ im Anschluß an den Bericht über die „Forderungen, die seitens der Arbeiter in den Friedensverträgen einfließen sollen“, stand nichts, was auf die Möglichkeit der Einberufung einer Alliierten-Konferenz schließen ließ. Im Gegenteil, es war die Absicht geäußert worden, alle nationalen Organisationen über die Klauseln zu unterrichten, um hiermit die internationale Konferenz, die dem Antrage der amerikanischen Arbeiterorganisation folgte zur gleichen Zeit und am selben Orte mit der offiziellen Friedenskonferenz abgehalten werden soll, vorzubereiten bezw. dieser mehr Autorität zu verleihen. „Adn.“ fügt das Organ der Arbeiter hinzu, „die Einberufung einer Alliierten-Konferenz vermute. Auch mußte man sich der Stellungnahme der regierenden Kreise vollständig anpassen bis zur Verprechung der sozialistischen Friedensziele, um irgend welchen Nutzen einer Konferenz der Gewerkschaften der alliierten Länder zu erreichen.“

Das Organ der Metallarbeiter bestreitet, daß die Vertreter der Verbände überhaupt irgendwelche Mandate besitzen haben, denn die Konferenz sei zum ersten Male in der Zusammenkunft vom 1. Mai besprochen worden, und zwar lag der betreffenden Zusammenkunft folgende seitliche Tagesordnung vor: „Kundliche Arbeitskräfte. Anwesenheit italienischer und englischer Delegationen“.

Die Einberufung der Konferenz sei auf die Anwesenheit des reformistischen italienischen Abgeordneten Cadriani in Paris zurückzuführen gewesen. Erst nach 11 Uhr abends, als viele Mitglieder des Gewerkschaftsausschusses bereits die Sitzung verlassen hatten, erwähnte der Sekretär der Konföderation Joubert, daß eine Konferenz der Gewerkschaftsführer in London stattfinden sollte.

Der Vorschlag der Arbeiter der Entente-Länder soll, dem Wunsch der Mehrheit der französischen Gewerkschaftsführer gemäß, nach diesem grauenvollen Kriege sollen wir statt einer durch einen Kongreß geeigneten Gewerkschafts-Internationalen eine Spaltung der Arbeiterorganisationen zu gewärtigen haben, ja eine Spaltung, in der eine jede Gruppe den Standpunkt der betreffenden Regierung vertreten wird im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiter-Internationalen. Das ist die Stufe der Entartung des sozialistischen und sozialistischen Geistes, auf die die enge Zusammenarbeit mit den Regierungen die Vertreter der Mehrheitsrichtung in der Konföderation gebracht hat.“

Die „Union des Metaux“ führt weiter eine Protestresolution an, welche der Konföderationsverband der Rhône infolge des Beschlusses des Konföderationsausschusses angenommen hat und bezieht sich ausführlich über die bereits erörterten Beschlüsse der italienischen Organisationen, die die Alliiertenkonferenz desavouieren.

Als es zur Wahl der Vertreter zur Alliiertenkonferenz kam, antwortete der Sekretär der Konföderation Dr. Travail Joubert, dem Genossen Boorderou, Vertreter der Minderheit: „Vertreter aller Verbände könnten auf eigene Kosten die Konferenz besuchen, allein keine Meinung, die von der Meinung des Komitees abweicht, wird auf der Konferenz zum Ausdruck kommen dürfen.“ Während derselben Sitzung wurde von Joubert eine Resolution verlesen, die er beabsichtigte, der Alliierten-Konferenz zu unterbreiten. Die Resolution hatte einen solchen Inhalt, daß „sogar die Vertreter der Mehrheit“ ganz verblüfft waren, eine Resolution, von der die „Union des Metaux“ bemerkt, sie hätte „von einem beliebigen französischen Nationalisten unterschrieben sein können. Da Joubert trotz des Eintrags, den seine Resolution auf die Anwesenheit gemacht hatte, sie nicht zurückzog und auch keine Erklärung über die Ursachen, aus denen er auf ihrer Aufrechterhaltung bestand, abgab, bemerkt das Organ der Gewerkschaftsminderheit:

„Seit lange schon hat der Sekretär der Konföderation aus bekannten Gründen den Kampf für die Arbeiterkassette aufgegeben, um ein Regierungsbeamter zu werden. Er weiß sehr gut, welchen Eindruck sein Verhalten auf zahlreiche Mitglieder von Organisationen gemacht hat, die ihre Meinung nicht äußern können, weil die Zensur sie zum Schweigen zwingt und weil sie mobilisiert sind, und sogar auf diejenigen, denen er gehorcht hat, sich vor der Front zu drücken. Seine Hauptabsicht ist nicht etwa die, den Arbeiterinteressen zu dienen, sondern der Minderheit Schwierigkeiten zu bereiten und sie zu verhindern, sich mit der Mehrheit auf eine Resolution zu verständigen. So wird er nach dem Kriege siegesbewußt auf einem Kongresse erklären können, daß die Minderheit nichts getan hat, als bloße Kritik zu üben, während er allein alles bewältigt.“ Auf so eine Weise möchte er sich nach dem Kriege recht fertigen.

Dieser Auffassung gemäß nahm das Komitee der französischen Metallarbeiter eine Resolution an, in der es gegen die vom Sekretär Joubert vertretene Resolution Protest erhebt und nochmals darauf aufmerksam macht, daß eine Zusammenkunft der Gewerkschaftsführer der alliierten Länder nur als ein noch engeres Zusammenarbeiten mit den einzelnen Regierungen gedeutet werden kann und daß die organisierte Arbeiterkassette ihre Bestrebungen nicht mit den imperialistischen Bestrebungen der Regierungen verwechseln bezw. jene diesen aufpassen darf, daß es den Vertretern der französischen Gewerkschaftsmehrheit nicht gleicht, deutschen Arbeitern die Revolution zu predigen, zu einer Zeit, wo die deutschen Arbeiter Gelegenheit haben, den erbärmlichen Zusammenbruch festzustellen, den der französische Sozialismus erlitten, weil der Hauptführer der französischen Arbeiterbewegung ihre Prinzipien verläugnet, indem er dieselben unter dem Vorwande der nationalen Verteidigung ihrer persönlichen Sicherheit

geopfert hat. Zum Schluß erklärt die Metallarbeitergewerkschaft, sie würde sich keiner Aktion anschließen, die nicht die sofortige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen anstrebt, zwecks eines baldigen Friedens ohne Annexionen und ohne Demütigungen, und sendet zugleich ihre brüderlichen Grüße der deutschen Arbeiterkassette und der ganzen deutschen Arbeiterkassette, sie erneuert den Ausdruck ihrer tiefen Sympathie den irischen Revolutionären und allen Opfern der schwedischen Reaktion, die durch die englischen Regierungen herausgefordert worden sind, welche trotzdem sich erdreisten zu behaupten, sie kämpften für das Nationalitätenprinzip, für Recht und Gerechtigkeit.“

Zur Vorgeschichte der Alliiertenkonferenz sei noch hervorgehoben, daß trotz der wiederholten Anträge der Minderheit die Mehrheit der französischen Gewerkschaftsinstanzen sich geweiht hat, die Vertreter der spanischen Arbeiterbewegung einzuladen.

Auch die waren den Einberufern der Entente-Konferenz zu „bedächtig“, meint die „Union des Metaux“.

Französische Chauvinisten gegen die kriegsfeindlichen Sozialisten.

Bern, 24. September. (B. Z. B.) Für die Aufnahme der letzten Kammerreden von Costadour, Brizon und Raffin-Dugens in der französischen Öffentlichkeit — letzterer hatte die deutschen Sozialdemokraten — Freunde und Kameraden der französischen Sozialisten genannt — ist die Stellungnahme der radikalen „Action Française“ am bezeichnendsten. Sie schreibt, man sollte eigentlich gegen Brizon und Raffin-Dugens gerichtlich vorgehen. Raffin-Dugens, der im parlamentarischen Hoerenausschuß sich und Staatsgeheimnisse und hochwichtige Daten über die nationale Verteidigung leugnet, wird fast offen des Hochverrats beschuldigt.

Das portugiesische Proletariat und der Krieg.

Man schreibt uns aus Portugal über Genf: Nichts ist in diesen kriegerischen Zeiten widerwärtiger, als feige Menschen den Krieg predigen hören. Wir haben in der allerletzten Zeit in Portugal den Besuch eines kleinmütigen Katalaners, Redakteurs an der „Humanität“ zu Paris, gehabt, der in der Absicht kam, die Sympathien des portugiesischen Volkes zugunsten der Verbündeten zu werden. Er hat dieselbe Mission mit dem gleichen Erfolg in Spanien erfüllt. Das war sein ganzer Vortrag zum Krieg. Und während er die Weisheit zum Vortriebe entkammt, schreiet er, gut bezahlt, auf Logier und glänzend wie ein Rubin in der Wölke, über die Boulevards von Paris. Als er sah, daß die portugiesischen Sozialisten, in Wahrheit Internationalisten, gegen den Krieg sind, und daß sie infolgedessen wenig aufgelegt waren, seinen uninteressierten Ratschlägen zugunsten des „Rechts und der Gerechtigkeit“ zuzuhören, ging er in das Lager unserer Feinde, der bürgerlichen Republikaner und Freimaurer, wo er sehr schmeichelempfindliche Empfehlungsbüchlein vorwies, die ihm Herr Magelhaens Lima, einer der Führer der portugiesischen Freimaurer, der in Paris lebt, gegeben hatte. Er hat sich so unseren schlimmsten Reaktionen angeschlossen. Ueberflüssig zu sagen, daß man ihn wunderbar mit Banketten und Festen empfangen hat. Man hat ihn sogar in das Lager von Lencos geführt, wo man die portugiesischen Proletarier zum Kampfen erzieht. Unser Genosse“, der leicht zufriedengestellt ist, hat die Schönheiten der Landschaft und die hygienischen Bedingungen des Lagers gelobt. Er hat sich selbst mit „mehreren“ Soldaten unterhalten und alle, sagt er, haben demselben Wunsch Ausdruck gegeben, sich bald an der Seite der alliierten Kameraden zu befinden. Wir wissen, was es mit diesen mehreren Soldaten auf sich hat, die ausgewählt wurden, um mit ihm unter den Augen ihrer Offiziere zu sprechen, und wir sind auch auf dem Laufenden über den Enthusiasmus, der unsere Soldaten belebt, um sich die Haut durchlöchern zu lassen für irgend eine Sache, die sie nicht angeht.

Der ausgezeichnete katalanische Sozialist“ hat nachher dem portugiesischen Kriegsminister einen Besuch abgestattet, Herrn Norton de Matos, der „englischen Martonette“, wie er hier genannt wird, und er hat ihn beschelben und intelligent gefunden.

Er hat sich die Strategie erklären lassen, die Portugal gegen seine Feinde anwenden wird. Nach Paris zurückgekehrt, hat er einen Artikel in der „Humanität“ geschrieben, betitelt „Die portugiesische Meinung und der Krieg“, in dem er nach einem Lob für die bürgerlichen Republikaner und die Freimaurer, die alle für die Sache des „Rechts und der Gerechtigkeit“ gewonnen sind, die portugiesische sozialistische Partei vornimmt — denn sie ist gegen den Krieg und Anhängerin von Zimmerwald — und sagt, daß wenn die portugiesischen Sozialisten gegen den Krieg sind, es deshalb sei, weil die Partei schwach und leicht organisiert sei.

In der denkwürdigen Sitzung des portugiesischen Parlaments vom 7. August 1916, die beschloß, portugiesische Truppen zur Westfront zu senden, stimmte ein einziger Abgeordneter gegen diesen Beschluß; es war der sozialistische Abgeordnete von Porto, Dr. Costa junior. Bei der Abstimmung erklärte der sozialistische Deputierte, daß die kriegerische Politik der Regierung nicht die sei, der das portugiesische Proletariat folgen wolle. Er spottete bitter über die Regierung, die nach am 9. März 1916 gesagt habe, daß die konstituierten deutschen Schiffe für den ausschließlichen Gebrauch Portugals seien, während jetzt England die Teilung verlange. Er wandte sich auch gegen die rumänischen Kriegsanleihen, die die Regierung aufnehmen, ohne sich mit der Zukunft zu beschäftigen. „Aus allen diesen Gründen“ — so erklärte Dr. Costa — und aus noch anderen schenkt das portugiesische Proletariat der bürgerlich-republikanischen Regierung nicht sein Vertrauen.“

Das ist die wahre Haltung des portugiesischen Proletariats im Kriege.

Letzte Nachrichten.

Die Vorgänge in Griechenland.

Bern, 25. September. (B. Z. B.) Die „Temps“ berichtet, hält man in Athen eine neue Ministerkassette für unvermeidlich. Um Schwierigkeiten bei der Neubildung aus dem Weg zu gehen, spricht man von der Berufung offizieller Persönlichkeiten, die nicht dem Parlament angehören. König Konstantin werde seinen Aufenthalt in Athen nicht weiter verlängern; das königliche Palais sei bereits geschlossen worden.

Zur Tagung der deutschen und österreichischen Parlamentarier.

Wien, 25. September. (B. Z. B.) Die „Deutschen Nachrichten“ veröffentlicht folgende Mitteilung über die Zusammenkunft reichsdeutscher und deutsch-österreichischer Parlamentarier in Salzburg: Am 23. und 24. dieses Monats fand in Salzburg eine Zusammenkunft reichsdeutscher und deutsch-österreichischer Parlamentarier statt, bei welcher eine umfangreiche Aussprache über die künftige Gestaltung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen des deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie erfolgte. Die eingehenden Verhandlungen führten zu einer vollständigen Übereinstimmung über gewisse Richtlinien, durch welche eine weitere Annäherung der befreundeten Mittelmächte bezweckt werden soll. Die Tagung war von dem Gedanken getragen, daß ein militärisches und wirtschaftliches Durchhalten bis zum endgültigen Erfolg unbedingt nötig sei, wobei auch allerseits der Lieberzeugung Ausdruck gegeben wurde, daß der Heidenmut der verbündeten Armeen und die Opferwilligkeit der Bevölkerung im Hinterlande die sichere Gewähr für den endgültigen Sieg bieten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeitsverhältnisse der Dreher.

In einer gutbesuchten Branchenversammlung der Dreher, die am Sonntag tagte, erstattete der Branchenleiter Löffel den Bericht über die gegenwärtige Lage. Eine Statistik, deren Ergebnis aus 91 Betrieben vorliegt, ergab folgendes: In diesen 91 Betrieben beziehungsweise Betriebsabteilungen wurden durch die Erhebung 3496 Kollegen erfasst, worunter sich 818 befinden, die teils aus anderen Verufen der Metallindustrie, teils aber auch aus Verufen kamen, die mit der Metallindustrie früher in keiner Verbindung standen. Die wöchentliche Arbeitszeit betrug in vier Betrieben 48 Stunden, in 47 Betrieben 48 bis 54 Stunden. Die Arbeitszeit in diesen Betrieben kann wohl als die normale bezeichnet werden. Bei den erwähnten 47 Betrieben kamen auch Betriebe in Frage, wo bei Schichtarbeit täglich acht Stunden, bei Nichtschichtarbeit täglich neun Stunden gearbeitet wird. Ferner wird gearbeitet in 14 Betrieben wöchentlich 55 bis 60 Stunden, in 19 Betrieben 61 bis 66 Stunden, in 5 Betrieben 67 bis 72 Stunden. Sonntagsarbeit fand noch statt in 6 Betrieben. Die angeführten Zahlen bedeuten im Verhältnis zum Juni immerhin einen Fortschritt; die Zusammenfassung läßt aber auch erkennen, daß in einem größeren Teil von Betrieben immer noch nicht so gehandelt wird, wie es im Interesse des Berufs erforderlich ist. In den Betrieben mit 48 stündiger Arbeitswoche beträgt der Durchschnittsverdienst 1,80 M. pro Stunde, bei einer Spannung zwischen 1,60—2 M. und etwas darüber. Das ist ein stabiles Verhältnis. Als stabil kann es auch noch gelten in den Betrieben mit einer Wochenzeit von 48—54 Stunden, wo der Durchschnitts-Stundenverdienst 1,60 M. beträgt, mit einer Spannung zwischen 1,60 M. und 1,80 M., und in einzelnen Betrieben mit einer Spannung von 1,50 M. bis 2,10 M. In den anderen Betrieben, die eine längere Wochenarbeitszeit haben, ist der Durchschnitts-Stundenverdienst meist geringer und die Spannung zwischen den Einzelverdiensten meist erheblich höher. So kommt vor eine Spannung zwischen 0,90 M. und 1,80 M. sowie 1,90 M. und in einem dieser Betriebe eine Spannung zwischen 0,70 M. und 1,60 M. Erhebliche Spannungen findet man selbst in Betrieben, wo nur qualifizierte Kräfte in Frage kommen. Hier ist es nur darauf zurückzuführen, daß die Kollegen bei Festlegung der einzelnen Arbeitspreise nicht genug Beachtung gegeben haben. In solchen Betrieben sollten die Kollegen, wenn es sich um die Regulierung des Arbeitsverhältnisses handelt, ihr Augenmerk erst mal auf eine Verbesserung der schlechtesten Arbeitspreise richten. — In den Betrieben mit 55 bis 60 Arbeitsstunden pro Woche ist der Durchschnittsverdienst 1,50 M., ebenso in den Betrieben mit 61 bis 66 Stunden pro Woche. Und in den Betrieben mit 67 bis 72 Wochenstunden geht der Durchschnitt auf 1,10 M. herunter. Also je mehr Stunden gearbeitet werden, je nicht geht der Durchschnitts-Stundenverdienst herunter. Es ergibt sich die Lehre: statt aus Überstunden höhere Verdienste zu erhoffen, sollten die Kollegen darauf sehen, bei normaler Arbeit aus erhöhten Arbeitspreisen einen für die heutige Zeit auskömmlichen Verdienst zu erwirken. Allerdings zeigte die Unternehmer gegenüber Forderungen auf Erhöhung der Arbeitspreise ufm. wenig Entgegenkommen, und es ist daher, das Nötige zu erwirken. Die Kollegen mühten indessen doch veruchen, im Sinne der Beschlüsse der vorigen Branchenversammlung weiter zu handeln.

Die sehr lebhaft diskutierte Bewegung sich in der Hauptsache im Sinne der Darlegungen des Branchenleiters.

Adolf Cohen von der Ortsverwaltung nahm ebenfalls das Wort. Unter anderem betonte er, daß Vertreter der Militärbehörden bei Verhandlungen mit Großunternehmern erklärt hätten, sich in die Verhandlungen über die Höhe der Löhne nicht einzumischen, sondern nur darauf zu achten, daß das militärische Interesse nicht verletzt werde. Vielleicht würde man in der Überstundenfrage sich auf dies Interesse dort berufen, wo nicht genug Dreher zu haben sind. Möglicherweise ließe sich in der Überstundenfrage mehr erreichen, wenn die Dreher bereit wären, Adressen nur garnisondienstsüchtiger, in den Stappen oder sonstwo befindlicher Kollegen anzugeben, damit die Ortsverwaltung bei der Behörde veruchen, sie für die Arbeitsvermittlung freizubekommen.

In der wichtigen Frage der Arbeitsvermittlung führte Cohen aus: Die gelben Werkvereine hätten sich darüber bedauert, daß auf ihren Wunsch der Zentralauskunftsstelle der Metallarbeiterverband es abgelehnt habe, ihrem Arbeitsnachweis stellunglose Arbeitskräfte zu überweisen. Die Ablehnung sei erfolgt, weil man mit einem Arbeitsnachweis, der die Frage der Organisationszugehörigkeit zu den gelben Vereinen mit der Arbeitsvermittlung verbinde, nicht zu tun haben wolle. — Auf diese Auskunft des Verbandes hat der Arbeitsnachweis des gelben Vereins ein Schreiben an die Zentralauskunftsstelle geschickt, in dem es heißt:

„Auf das Schreiben vom 14. August 1916 erklären wir, daß weder im Arbeitsnachweis unseres Werkvereins, noch in den Betrieben selbst irgend ein Einfluß mittelbar oder unmittelbar der Art auf die überwiegenen Arbeitskräfte ausgeübt wird. Mitglieder des Werkvereins zu werden. Jedoch behalten wir uns

vor, wie jede andere Organisation, unter den Arbeitskräften Mitglieder zu werden. Wir nehmen auch Bezug auf die Erklärung des Metallindustriellenverbandes, wonach seitens der Beamten und Meister bis auf weiteres von einer Bevorzugung von Mitgliedern der gelben Werkvereine abzusehen ist.“

Trotz dieses Schreibens, meinte Cohen, sei es ausgeschlossen, sich mit dem gelben Nachweis irgendwie einzulassen. Die gelben Vereine hätten immer die Vermittlung von der Mitgliedschaft zu ihnen abhängig gemacht, und wenn sie es unter den augenblicklichen Verhältnissen auch nicht könnten, so würden sie es bei neuer Gelegenheit doch wieder tun. Das letztere sei selbst aus dem Schreiben zu entnehmen. Darum gebe es keine Verbindung mit ihnen, auch nicht durch den Arbeitsnachweis. Die Unternehmer, die Arbeitskräfte brauchten, könnten sich ja an den Arbeitsnachweis des Metallarbeiterverbandes selber wenden, den ja in jetziger Zeit selbst große, dem Metallindustriellenverband angehörende Firmen gefunden hätten.

Löffel äußerte im Schlußwort auf die Anregung Cohen's hinsichtlich der Überstundenfrage, daß man unter Erwägung aller Bedenken gegen und für dazu kommen könnte, in Betrieben, wo die Kollegen zu Überstunden gezwungen werden sollten, diesen Kollegen freizustellen, mit der Ortsverwaltung wegen der Verteilung von in den Stappen usw. befindlichen, nur garnisondienstsüchtigen Kollegen in Verbindung zu treten, doch werde sich die Branchenkommission zunächst noch damit beschäftigen.

Weiter kam Löffel auf eine schon vorher mehrfach angeschnittene Frage zu sprechen. Es ist festgestellt worden, daß öfter Vertikalschlechte und Vertrauensleute, die im Interesse der Mitglieder und damit im Interesse der Organisation bei Lohnfragen tätig waren, alsbald aus dem betreffenden Betriebe verschwanden und eine Order erhielten. Cohen hat verschiedentlich eingegriffen und in einzelnen Fällen auch Erfolg gehabt. Die Versammlung wünscht, daß in allen ähnlichen Fällen die Vertikalschlechte sich bemühen soll. Löffel schlägt deshalb den Versammelten vor, in allen solchen bekannt werdenden „Abmeldungsfällen“ das Material der Ortsverwaltung zwecks Eingreifens sofort zugehen zu lassen.

Zum Schluß erklärte Löffel für absolut unbegründet das Gerücht, daß er sich zugunsten einer Sonderorganisation der Dreher ausgesprochen haben solle. Im Gegenteil sei er der entschiedenen Meinung, daß die wirtschaftliche Bewegung unter allen Umständen in ihrem Zusammenhang erhalten werden müsse.

Teuerungszulage oder Tarifbindung der Bauanschläger.

Die Frage der Tarifbindung stand am Sonntag auf der Tagesordnung einer Branchenversammlung der Bauanschläger. Der Tarif, der mit dem Schutzverband der Schlossereien vereinbart ist, läuft bis zum 1. April 1917. Die Kündigung desselben wurde in den Kreisen der Bauanschläger für erforderlich gehalten, damit beim Abschluß eines neuen Tarifs die Lohnsätze in Einklang gebracht werden können mit den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen. Von anderer Seite wurde der Standpunkt vertreten, daß mit Rücksicht auf die jetzigen Zeitverhältnisse die Tarifbindung nicht rarum sei. Eine Teuerungszulage, die allerdings dringend notwendig sei, könne auch im Rahmen des bestehenden Tarifs durchgeführt werden. Zwischen den Vertretern der beiden entgegenstehenden Ansichten kam es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Die Wortführer der Kündigung beriefen sich vor allem darauf, daß die früher geforderte Teuerungszulage von 10 Proz. erst nach monatelangen Verhandlungen mit den Unternehmern bewilligt worden sei. Voraussetzungen für die Kündigung wieder hinzugezogen werden, deshalb solle der Tarif gekündigt werden, damit man den Unternehmern gegenüber freie Hand habe. — Die Versammlung kam schließlich zu dem einstimmigen Beschlusse, eine vom 1. Oktober ab zu zahlende Teuerungszulage von 20 Proz. (außer den bereits gewährten 10 Proz.) zu fordern und falls die Forderung nicht bis 1. Oktober bewilligt wird, den Tarif zu kündigen.

Aus Industrie und Handel.

Vom „Segen des Bergbaues“.

Der in der letzten Aufsichtsratsitzung von Phönix, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, vorgelegte Abschluß für 1915/16 ergibt einen Betriebsergebnis von 57 842 557 M. (36 451 674 M. im Vorjahre). Davon gehen ab Handlungsunkosten einschließlich Steuern 10 461 591 M. (7 911 990 M.), Zinsen 591 315 M. (458 778 M.), so daß sich ein Rohgewinn von 46 789 650 M. (28 085 910 M.) ergibt. Nach Abzug von 1 185 757 M. (1 08 600 M.) für Beseitigung noch nicht abgeschriebener Veranlagungen sowie für verstärkte Abschreibung auf Maschinen und Einrichtungen, die nur während des Krieges Verwendung finden können, und nach den ordentlichen Abschreibungen von 12 755 667 M. (12 507 291 M.) verbleibt ein Reingewinn von 32 848 195 M. (15 470 018 M.). Unter Diminution des Vortrages aus dem Vorjahre von 2 040 826 M. (9 163 519 M.) stehen somit 42 052 521 M.

(24 636 588 M.) zur Verfügung. Der am 19. Oktober stattfindenden Generalversammlung wird vorgelegt, hieraus 20 Proz. (12 Proz.) Dividende mit 21 200 000 (12 720 000) M. zu verteilen und folgende Rücklagen vorzunehmen: Für Arbeiter- und Beamtenpensionskassen sowie für Kriegswohlfahrtszwecke 8 000 000 M. (9 M.), Bergschäden 1 000 000 M. (500 000 M.), zur Verstärkung der Kriegsrücklage 4 367 000 M. (0 M.), Verfügbare Bestand 850 000 M. (1 000 000 M.) sowie nach Abzug der fahndungs- und vertragsmäßigen Gewinnanteile von 2 444 457 M. (1 212 212 M.) noch 9 191 064 M. (9 204 338 M.) auf neue Rechnung vorzutragen.

Soziales.

Im Zoologischen Garten veruntreute Lebensmittel.

Naninchen, Tatteln, Feigen und Bananen, die zur Fütterung von Tieren des Zoologischen Gartens bestimmt waren, soll ein Tierwärter aus den Vorräten veruntreut und einer befreundeten kinderreichen Familie als hochwillkommenen Zuschuß zur Lebensmittellieferung gegeben haben. So ist es in Klatschereien verfeindeter Frauen dargestellt und von einer der Beteiligten der Direktion des Zoologischen Gartens mitgeteilt worden. Die Direktion hat infolgedessen den Wärter ohne Kündigung entlassen. Dieser klagte nun beim Gewerbegericht auf Entschädigung und Zahlung des Lohnes für die freien Tage, die ihm seit Ausbruch des Krieges nicht gewährt wurden.

Die drei miteinander verfeindeten Frauen, durch deren häusliche Kriegführung die Sache zur Kenntnis der Direktion gekommen ist, wurden als Zeuginnen vernommen. Dadurch stellte sich heraus, daß die feindseligen Nachbarn mehr geredet haben als bewiesen werden kann und daß die Angeberei ein Radau gegen die Empfängerin der lederen Schokolade und des nicht minder köstlichen Kaninchenfleischs gewesen ist. Immerhin hielt das Gericht für erwiesen, daß wenigstens zwei junge Kaninchen ihrer Bestimmung, von einer Schlange verpeißt zu werden, durch den Kläger entzogen wurden, um auf den Tisch einer kinderreichen Familie zu gelangen. Auch gilt für erwiesen, daß Bananen aus der Speisekammer der Affen in die hungerigen Mäuler von Kindern der betreffenden Familie gemauert sind. Aus diesen Gründen hielt das Gericht die kündigungsslose Entlassung des Klägers für berechtigt und wies seinen Entschädigungsanspruch ab. Auch mit der Forderung, die freien Tage bezahlt zu erhalten, wurde der Kläger abgewiesen, weil die Direktion zu Beginn des Krieges dem Personal hatte mitteilen lassen, daß die freien Tage fortfallen, und der Kläger sich damit stillschweigend einverstanden erklärt habe, indem er seit länger als zwei Jahren bei keiner Lohnzahlung die Vergütung der freien Tage gefordert habe.

Fleischkarte und Personallohn.

Ein im Hotel Erzherzog beschäftigt gewesener Hausdiener klagte beim Gewerbegericht wegen einer Entschädigung für die ihm zustehende, aber nicht verabfolgte Verpflegung. Es handelte sich lediglich um einen Streit über die Fleischration des Klägers.

Die Hotelverwaltung hatte durch Zuschlag verfügt, daß dem Personal Verpflegung nur verabfolgt werden könne, so weit es seine Fleischkarten abliefern. Der Kläger behauptete, obgleich die Angehörigen ihre Fleischkarten abliefern, hätten sie kein Fleisch, sondern nur Bräunung und andere Ersatzmittel bekommen. Die Fleischkarten des Personals seien ancheinend dazu verwandt worden, um eine entsprechend größere Fleischmenge für den Restaurationsbetrieb des Hotels zu bekommen. Deshalb habe der Kläger seine Fleischkarten nicht abgeliefert, um sich außerhalb des Hauses Fleischlohn beschaffen zu können. — Der Vertreter der besagten Hotel-Betriebsgesellschaft bestritt die Angaben des Klägers. Die Personalmanteil und der Küchenmeister gaben als Zeugen an, daß bei der Verpflegung des Personals stets so viel Fleisch und Wurst verabreicht worden sei, daß jeder die ihm auf Grund seiner Fleischkarte zustehende Ration erhalten habe. Der Kläger habe keine Fleischkarte abgeliefert, habe allerdings keine Fleischlohn bekommen können. — Der Vertreter der Besagten bemerkte noch, in der Personallohn sei auch Fleischlohn verarbeitet worden, und zwar eine gute Ware zu 6 M. das Kilo. Solche Ersatzmittel würden sogar im Hotel Goplade, zu 50 Proz. mit richtigem Fleisch vermischt, dem Gästen vorgelegt. Aber das Personal im Hotel Erzherzog sei so unverschämlich, eine derartige Kost zurückzuweisen.

Auf eine Prüfung der entgegenstehenden Behauptungen ging das Gericht nicht ein. Die Klage wurde lediglich deshalb abgewiesen, weil dem Kläger, da er keine Fleischkarte nicht abgeliefert hatte, eine ausreichende Verpflegung nicht gewährt werden konnte. Die Klageforderung sei unvollständiger begründet, als der Kläger, der tägliche Kündigung hatte, seine Stellung jederzeit aufgeben konnte, wenn ihm die Verpflegung nicht genügte.

Deutscher Sparer — noch ist es Zeit!

Noch hast Du Gelegenheit, Dir die Vorteile der Kriegaanleihe zu sichern: billigen Erwerb, hohen Zinsgenuss, größte Sicherheit, bequeme Einzahlungsbedingungen, keine Nebenunkosten.

Schluss: Donnerstag, den 5. Oktober

Auskunft erteilt bereitwilligst die nächste Bank, Sparkasse, Postanstalt.

Chronik des Weltkrieges.

26. September 1914.

Westlicher Kriegsschauplatz: Die französisch-englischen Truppen haben einen weitausholenden Vorstoß gegen die äußerste rechte Flanke des deutschen Heeres eingeleitet. Diese Operation ist zum Stehen gebracht worden.

In der Mitte der Schlachtfrent kam der deutsche Angriff an einzelnen Stellen vorwärts.

Die angegriffenen Sperrforts südlich Verdun haben ihr Feuer eingestellt. Die deutsche Artillerie steht nunmehr im Kampfe mit Kräften, die der Feind auf dem westlichen Maasufer in Stellung gebracht hat.

Vom östlichen Kriegsschauplatz liegen Nachrichten nicht vor.

26. September 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz: Die französisch-englische Offensive nahm ihren Fortgang, ohne die Angreifer ihrem Ziele in nennenswerter Weise näher zu bringen. Ein Vorstoß im Ypern-Abchnitt hatte keinen Erfolg. Südwestlich von Lille gelang es dem Gegner, eine der deutschen Divisionen bei Boos aus der vordersten Linie zurückzubringen. Die Trümmer des einstigen Dorfes Souchez wurden geräumt.

Auch bei dem Ringen zwischen Reims und den Argonnen mußte nördlich von Verthes eine deutsche Division ihre vorderste Stellung räumen. Im übrigen schalteten auch hier alle Durchbruchversuche. Im ganzen wurden an der Westfront über 5000 Gefangene gemacht. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz dauerten die Stellungskämpfe fort. Im ganzen wurden über 1400 russische Gefangene gemacht.

Der englische Gewerkschaftskongress.

Die britischen Gewerkschaften haben während des Krieges in verschiedenen Industrien Lohnkämpfe durchgeföhrt. Die Phrase vom Burgfrieden hat sie nicht irritiert, wenn es galt, bessere Lebensbedingungen für die eine oder andere Schicht von Arbeitern zu schaffen. Bei der Einstellung von Frauen als Straßenbahnfahrern setzte die Organisation durch, daß sie für die gleiche Leistung den gleichen Lohn erhielten, und daß sie als Mitglieder in die Gewerkschaft eintreten mußten. Die Arbeiter blieben also in scharfer Opposition zu der Arbeitgeberklasse, ganz gleich, ob der Unternehmer die private Industrie oder der Staat war.

Wenn man jedoch daraus die Hoffnung schöpfte, daß die englische Arbeiterklasse, soweit sie gewerkschaftlich organisiert ist, sich überhaupt nicht von der allgemeinen Kriegsstimmung beeinflussen ließe, daß sie einen klaren Blick behielte und die internationale Zusammengehörigkeit als kostbares Gut der Arbeiterbewegung bewahrte, so sah man sich bitter enttäuscht. Die schwächliche Haltung in der Frage der Dienstpflicht und des industriellen Zwanges ließ bereits erkennen, daß die gewaltigen Ereignisse auch den englischen Arbeitern die Köpfe verwirrten. Es traten starke nationalistische Strömungen hervor, die sich mehr und mehr festigten trotz der wertvollen und unermüdlichen Aufklärungsarbeit der Unabhängigen Arbeiterpartei.

Niemals jedoch ist der Gegensatz zwischen früher und jetzt so scharf zutage getreten als auf dem letzten Gewerkschaftskongress zu Birmingham vom 4. bis 10. September. Die Mitgliederzahl ist kräftig angewachsen, sie ist auf 2 847 547 gestiegen gegen 2 677 357 im Vorjahre, aber dies äußere Wachstum bedeutet keineswegs eine Zunahme an innerer Kraft und an politischer Bedeutung. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Regierung durch vier Mitglieder vertreten war, und daß der Lord Mayor von Birmingham, Mr. Neville Chamberlain, zu Beginn des Kongresses nicht die üblichen Phrasen sprach, sondern eine tiefer eindringende Rede über die Probleme hielt, die nach dem Kriege gelöst werden müssen. Soweit es sich aus der kurzen Wiedergabe seiner Ansprache in der englischen Presse ersehen läßt, scheint er in bezug auf die Wirkung einer etwa einsetzenden Schwupzperiode weniger optimistisch und — weniger oberflächlich gewesen zu sein als die Delegierten der Arbeiter.

Die Eröffnungsrede des Präsidenten G. Gosling gab ein gutes Spiegelbild von der ganzen Stimmung des Kongresses, von seinen Wünschen und der Art, wie man sie zu verwirklichen hofft. Nach einer kurzen Einleitung, in der er die Leuerungsfrage erwähnte und die Notwendigkeit ihrer Kontrolle durch die Arbeiter, ging er auf die Bedeutung der Arbeiterklasse für das Land ein und leitete aus ihr das Recht der Arbeiter auf den ersten Platz „im Rate der Nation“ ab. Die genügende Versorgung des Heeres mit Munition sei in erster Linie Arthur Henderson zu verdanken. „Wir werden nicht aufhören, die Schaffung eines Arbeiterministeriums zu verlangen, bis die Regierung die unbestreitbare Logik unserer Sache anerkannt hat.“ Er forderte weiter die Verstaatlichung der Bergwerke, Eisenbahnen, Schifffahrt, die Kontrolle über die großen Warenlager und die Kornhäuser, die Erhöhung der Alterspensionen auf mindestens 10 Schilling pro Woche und Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre. Er wies auf die Gefahren hin, die die Zeit nach dem Kriege für die Arbeiterklasse birgt und trat für eine bessere und sorgfältigere Erziehung der unbemittelten Klassen ein.

An diesen Forderungen ist natürlich nichts auszusetzen. Es fehlt manches, was wir gerade im Kriege von einem Arbeiterkongress hätten erwarten können. Aber wo ist der Wille, auch nur das Geforderte durchzusetzen? Was soll das Arbeiterministerium in einer Regierung, deren reaktionäre Tendenzen immer stärker hervortreten? Die Eröffnungsrede mit dem Genossen Henderson als Unterrichtsminister hätten Lehre genug sein können. Henderson war für diesen Posten nicht geeignet: das mag sein. Aber selbst der Lügner hätte an seiner Stelle versagen müssen, da das Ministerium keine Arbeiterregierung, nicht einmal eine wirklich radikale Regierung ist, sondern die Vertretung liberaler und konservativer imperialistischer Tendenzen, mit denen eine wahrhafte Arbeiterpolitik dauernd in Konflikt kommen muß. Der Wille zur Übernahme der ganzen politischen Macht ist aber in der britischen Arbeiterklasse bei weitem nicht so kräftig, daß man einigermaßen mit einem Erfolg rechnen könnte. Auch in England haben sich die Arbeiterorganisationen willig — allzu

willig — der Regierung untergeordnet und auf eigene Politik verzichtet. Und diese Schwäche wird mit Kriegsschluß nicht verschwinden sie kann nicht einfach ausgewischt werden, sondern es wird Jahre heißen Kampfes brauchen bis auch nur die alte Stellung wieder errungen ist und es fragt sich, ob die Zeit des Sichfügens und des Kompromisschließens nicht auf lange Zeit hinaus die Kampffähigkeit und Kampffreudigkeit der Massen getötet hat.

Von den Beschlüssen des Kongresses ist als besonders charakteristisch hervorzuheben die Ablehnung der Aufforderung, an einem internationalen Gewerkschaftskongress teilzunehmen, der am selben Ort und zur selben Zeit wie die Friedenskonferenz tagen soll. Aus den Debatten über diesen Punkt geht hervor, daß die Arbeiter außerstande sind, folgerichtig zu denken, sobald nationalistische Leidenschaften in ihnen mächtig werden. Mit einer einzigen Ausnahme erklärten alle Redner, zum Teil unter heftigen Ausfällen, es für unmöglich, mit den deutschen, österreichischen, türkischen und bulgarischen Arbeitervertretern gemeinsam zu beraten, ehe Frankreich und Belgien vom Feinde befreit wären; manche hielten überhaupt eine Debatte mit den Arbeiterorganisationen der Länder der Zentralmächte für ausgeschlossen. Das heißt also, daß selbst, wenn die Regierungen der Entente die Zeit für Verhandlungen für gekommen erachten — sei es vor oder nach Niedergewinnung Belgiens und Frankreichs —, so überlassen die Arbeiter Englands das Geschäft des Friedensschließens doch lieber den kapitalistischen Regierungen, als daß sie auch nur versuchen, einen internationalen Druck des Proletariats auf diese Verhandlungen auszuüben.

In keiner Weise ausreichend oder auch nur ein wenig tiefer schürfend war die Debatte über die Staatspolitik nach dem Kriege. Sie streift die so überaus wichtige und aktuelle Frage: Freihandel oder Schutzoll nur eben, und die schließlich mit 1642 000 gegen 619 000 Stimmen angenommene Resolution wird von Freihändlern wie von Schutzöllnern in ihrem Sinne gedeutet werden können.

Die gleiche Oberflächlichkeit bei der Behandlung der Frauenarbeit nach dem Kriege. In einer Resolution wurde die Wiedereinsetzung der Trade Unions in den status quo ante nach Friedensschluß verlangt. Ein besonderer Kongress solle dann veranstaltet und die betreffenden Minister dazu eingeladen werden. Miss McArthur vom Arbeiterinnenverband (Women Workers Federation) machte vergebens darauf aufmerksam, daß das Problem nicht so einfach sei, als es aussehe. Sie verlangte, daß man sich mit der Frage beschäftige: Was ist Männerarbeit? Was ist Frauenarbeit? Was ist es mit der neuen automatischen Maschinenarbeit und der Vereinfachung des Arbeitsprozesses? Und sie meinte: „Die Aufrechterhaltung unseres Standards hängt nicht von ministeriellen Verpflichtungen ab, sondern von unserer eigenen Voraussicht, von unserm klaren Denken und vor allem von unserer Macht, den Standard zu erzwingen.“ Aber man zog es vor, sich nicht weiter in die Frage zu vertiefen und die vorgeschlagene Resolution anzunehmen. — Noch bei einer anderen Gelegenheit wurde die Frage der Frauenarbeit berührt. Die Transportarbeiter verlangten, daß die Regierung nach dem Kriege den Frauen die Befähigung als Omnibus- oder Straßenbahnwagenführerinnen zu fungieren, abbrechen solle. Begründet wurde die Maßregel mit der Schädlichkeit dieser Arbeit für die Frau. Es muß zugegeben werden, daß die Arbeit zu schwer für den weiblichen Körper ist; aber das gleiche kann man von vielen anderen Arbeiten mit mindestens demselben Recht sagen. Warum hebt man nun die eine Befähigung aus dem großen Komplex heraus, anstatt die ganze Frage der Frauenarbeit aufzurollen? — Dem, der die Berichte über den Birminghamer Kongress nachliest, drängt sich leider immer wieder die Ueberzeugung auf, daß Oberflächlichkeit das Charakteristikum dieser Tagung war.

Es ist hier nicht der Ort, jedes einzelne behandelte Thema zu besprechen. Man debattierte selbstverständlich über die Leuerung, nahm Resolutionen über Kinderarbeit und über die Arbeitslosenversicherung an, man erging sich in heftigen Ausfällen gegen die Unabhängige Arbeiterpartei, und man verlangte, daß der Unterdrückung der Juden und anderer Völker bei dem Friedensvertrag ein Ende gemacht werden müsse. Vielleicht ist es möglich, auf die eine oder andere Frage ausführlicher zurückzukommen. Erwähnung verdient noch, daß der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften, Jouhaux, dem man gewiß nicht Mangel an Nationalismus nachsagen kann, sich in dieser Umgebung vorteilhaft abgab. Er sagte, daß in der Welt kein Raum sei für dauernden Haß. „Wir waren gestern Voziffisten und wir sollten wieder Voziffisten werden, sobald das Unglück vorüber ist. Soziale Umwandlung kann nicht ohne die Zusammenarbeit des Proletariats der ganzen Welt erreicht werden, und die französischen und britischen Arbeiter werden die Arbeit in der Internationalen fortföhren.“ Jouhaux nannte auch Irland an der Seite Glas-Vohbringens, Bolens, der tschechischen Nationen, Schleswig-Holsteins, Finnlands und des Trentino als Länder, deren Recht durch den Friedensvertrag wiederhergestellt werden müsse. Der Bericht des „Manchester Guardian“ meint, daß die Erwähnung Irlands in diesem Zusammenhang den Delegierten einen Stoß gegeben habe, aber der Schlag sei nicht unheilbar gewesen!

Weshalb wir diese kleine Episode erzählen? Nun, weil sie ein bezeichnendes Licht auf die Verfassung des englischen Gewerkschaftskongresses wirft. Es fällt auf, wenn ein Redner sich nicht zu groben Ungerechtigkeiten hinreißt läßt und wenn er versucht, den Internationalismus als eine Notwendigkeit für die Arbeiter aller Länder zu erklären.

Politische Uebersicht.

Die bevorstehende Tagung des Reichstags.

Staatssekretär Dr. Geffert hat die Fraktionsvorstände sämtlicher Parteien für den heutigen Dienstag zu einer Konferenz nach dem Reichsamt des Innern eingeladen. Wie verlautet, handelt es sich in der Hauptsache nur darum, den Arbeitsplan für die bevorstehende Tagung des Reichstags zu besprechen. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß der Reichstag spätestens am 15. Oktober wieder einberufen werde, um erst nach Neujahr mit der Etatsberatung zu beginnen. Möglich aber ist es, daß während der Vertagung des Reichstags die Budgetkommission arbeiten wird.

Die bayerische Kanzlerfronde.

Die Auseinandersetzungen in der bayerischen Zentrumspartei über die Kriegsführung und die Kriegsziele spielen sich nunmehr vor einer breiteren Öffentlichkeit ab. Die beiden größten Zentrumsblätter Bayerns, die „Augsburger Postzeitung“ und der „Bayerische Kurier“ vertreten die beiden Richtungen: das Augsburger Blatt den Standpunkt der Hertling'schen Richtung, das Münchener den der Heim, Schlittenbauer usw. Wie man aus einem Artikel Dr. Schlittenbauers in der Sonntagsausgabe des „Kurier“ erfährt, ist der Beschluß der bayerischen Zentrumsfraktion, der in Hindenburg „das vollste Vertrauen setzt, daß nunmehr alle uns zur Verfügung stehenden Mittel gegen alle unsere Gegner ohne jede andere Rücksicht als die der baldigen siegreichen Beendigung des Krieges angewandt werden“, einstimmig gefaßt worden.

Dieser Tage ist nun in München ein „Vollsausschuß für rasche Niederklämpfung Englands“ gegründet worden. Die „Augsburger Postzeitung“ nahm eine Tagung vorher von dem Hg. Dr. Traub gehaltenen Rede zum Anlaß, diesem und seiner Gefolgschaft zu empfehlen, sich nach einem neuen „Christentum“ umzusehen, denn die Lehren Christi seien mit deren Hohnausdrücken nicht in Einklang zu bringen; „nicht lieben“ fordere noch lange nicht tödlichen Haß des Gegners, der auch nach Beendigung des Krieges noch lange vordauern würde.

Dr. Herb. Adel wendet sich in der von ihm herausgegebenen katholischen Wochenschrift „Allgemeine Rundschau“ (München) vom 23. September gleichfalls gegen die Hohnprediger; er verweist auf die Mahnungen des Papstes und vertritt den Standpunkt, daß der Völkerrfrieden keine Utopie sei, „keine sein kann, weil er keine sein darf“. Die Friedensbedingungen müßten so sein, daß die Wiederannäherung möglich und dauerhaft sei.

Dr. Heim, der katholische Bauernführer, hatte schon zu Beginn der vorigen Woche im Bayerischen Bauernverein eine Rede gehalten, die sich ganz im Rahmen der Dr. Traubs, des protestantischen Theologen, bewegte. Die eingangs erwähnte Kundgebung des Zentrumsabgeordneten Dr. Schlittenbauer, der rechten Hand Heims, greift in der schärfsten Form das Augsburger Zentrumsblatt an: „wahre Verdröbung“, „Unterstellung“, „grobe Verleumdung“, „Anrenpeltung“ sind die Worte, die Schlittenbauer gebraucht. Die Unterstellung innerpolitischer Motive, die er „in der Uebernahme einer einschlägigen Notiz des jüdischen „Berliner Tageblattes“ erblickt“, sei angesichts der Tatsache, daß zwei Herren des Ausschusses den Versuch gemacht hätten, in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes auch die Mitwirkung der Sozialdemokraten zu gewinnen, nichts als eine grundlose Verächtigung. Vor allem wendet sich Schlittenbauer dagegen, daß die „Augsburger Postzeitung“ die Kundgebung des Ausschusses für rasche Niederklämpfung Englands als allduischen Aufwurf bezeichne; tatsächlich gehörten diesem Männer der verschiedensten politischen Richtungen an, auch mehrere Zentrumsabgeordnete, wie Einhauser, Pfleger, Scharnaagl, Schlittenbauer.

Uebrigens hat Dr. Julius Bachm., der bekannte Zentrumsführer, wie wir bereits berichteten, am Sonnabend noch im „Tag“ darauf hingewiesen, daß „bei manchen“ der Weismann-Frondeure „die Furcht vor einer den eigenen Parteinteressen abträglichen innerpolitischen Reuorientierung nach dem Krieg erheblich mitspricht“. Der gleiche Gedanke ist wiederholt in der christlichen Gewerkschafts- und dem Münchener katholischen „Arbeiter“ zum Ausdruck gekommen. Dr. Schlittenbauer hätte sich seine durchsichtige antisemitische Anspielung also sparen können; damit besticht er nur ganz Dumme.

Der Nährboden der Fronde.

S. von Gerlach untersucht in der „Welt am Montag“ die Bedingungen, die es der Kanzlerfronde ermöglichen, den bestehenden sachlichen Gegenjahren eine vergiftende persönliche Spitze zu geben. Nach einer Schilderung der allduischen Treibeireien schreibt er:

„Demgegenüber bedeutet es nur einen Kampf mit untauglichen Waffen, wenn gelegentlich der Reichskanzler sich ein paar seiner Reinde im Reichstage vorknöpft, oder wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, ungeschickt wie immer die Offiziösi, einmal polemisiert, oder wenn der Nationalausschuß einige Paradedemonstrationen abhält, oder wenn gar Herr Professor Zeit Valentin sich mit lindlicher Kavität den intimsten Kanzlerfeinden gegenüber ausplaudert. Ach nein, mit all solchen Mitteln liefert man ja nur Wasser auf die Mühle der Allduisen, die wieder einmal schmelzen dürfen in Tiraden über „infame Treibeireien“ und alles zur höheren Ehre ihres Tipyri auszuschlachten.“

Manche Leute haben ja wohl den Krieg als „reingebendes Gewitter“ bezeichnet. Mir scheint er mehr eine Stimmopäre von Stidluft herzustellen zu haben. Das freie Wort ist unterbunden. Deshalb hat die schleichende Verleumdung ein so breites Bett gewinnen können. Derselbe Belagerungsstand, der unbecueme und schädliche Kritik hinterhalten sollte, ist der fruchtbare Ader geworden, auf dem die schädlichste Kritik in der gemeinsehrlichsten Frontischi so äppig entwiceln konnte.

Das freie Wort sollte wieder in die ihm gebührende Stelle eingeseht werden. Die inneren Zustände sind fast unerträglich geworden. Die Regierung selbst leidet vielleicht am meisten darunter. Ist ihre Sache gut, so wird sie bei Freiheit der Kritik am besten fahren. Heute ist sie der Ministerarbeit unterirdischer Gewalten fast schuplos preisgegeben. Maulwürfe und Wühlmäuse seht man wagt, wenn man sie an das helle Tageslicht zwingt.

Es ist Zeit, daß mit dem Belagerungsstand aufgeräumt werde.“

Zur Affäre Cohnmann-Valentin.

Der „Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht folgende Erklärung Prof. Valentins:

„Zu dem Unbegreiflichen, daß der Cohnmannsche Vertrauensbruch für mich gebracht hat, ist jetzt das Unbegreifliche gekommen: Ein Herr Deuh hat sich gemeldet, der, wenn man richtig versteht, auch das Märchen vom Diebstahl im Reichsmarineamt aus meinem Munde gehört haben will. Ich habe darauf nichts anderes zu erwidern, als was ich schon gesagt habe. So gern ich es unterlassen würde, in Erinnerung an die alte Bekanntschaft gegen Cohnmann persönlich etwas vorzubringen — so möchte ich doch zur Kennzeichnung der geistigen Atmosphäre, aus der heraus der skandalöse Vertrauensbruch begangen worden ist, die folgenden Worte anführen, die mir Professor Erich Marks unter dem 19. September geschrieben hat. Die Veröffentlichung geschieht mit seiner Erlaubnis.“

Professor Erich Marks schreibt:

München, den 19. September 1916. „Ich war bei Cohnmann; er gibt zu, daß sein Vorgehen seinen menschlichen wie redaktionellen Pflichten durchaus entgegen sei; persönlicher noch nehme er es, im Gedanken an Ihren Vater, in Ihrem Falle. Aber die Lage sei derart, daß er die persönliche Pflicht zugunsten der höheren, sachlichen habe brechen müssen, ich habe ihm meine rückhaltlose Mißbilligung nicht verhehlt: Jakobinerlogik, die zur Rechtfertigung jeden politischen Verbrochens fähig. Vertrauensbruch; er leugnet das nicht und zieht sich auf seinen Wärtterstandpunkt zurück. Ich bedauere, daß der Hergang auch meine Beziehungen zu ihm notwendigerweise abschneidet. Denn der — vielfältige — Ueberbiss aus dem Sinterhalt ist doch sehr arg. Wahlfloher Panatismus! Er gab ihn zu. Ich habe ihm gesagt und wiederhole es Ihnen: einer

Erwähnung all der von ihm behaupteten Aeußerungen durch ihn in meinem Wesen, bei jenem Abendbesuche, erinnere ich mich schiedsdinglich nicht. Von einem „Diebstahl“ wäre doch sicher etwas in meiner Erinnerung haften geblieben; ich habe aber, das ist wenigstens der Tatbestand, keinen Hauch von Erinnerung daran.“

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, hat Prof. Cohnmann-München die Verleumdungslage gegen Prof. Valentin angeklagt. Der Zeitungsfriede Cohnmann-Valentin dürfte also vorläufig ein Ende nehmen.

Eine Vateridee.

Die „Berliner Volkszeitung“ hat den seltsamen Einfall, uns der „Häufung“ ihrer Aeußerungen über die Reichskonferenz zu beschuldigen. Wie sich unsere Leser wohl entsinnen werden, nahmen wir am Eröffnungstage der Reichskonferenz unter anderem auch die Anmerkungen der „Berl. Volksztg.“ unter die Lupe und gitterten hierbei die Sätze:

„Für die Durchsetzung der so dringend notwendigen Neuorientierung im Innern ist eine starke geschlossene Linke eine unbedingte Voraussetzung. Gleichwohl muß der Teil der Linken scharfe Bekämpfung erfahren, der, wie jetzt die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die siegreiche Durchführung des Krieges gefährdet.“

In diese Aeußerung des „demokratischen“ Blattes knüpften wir eine Parallele mit einer ähnlichen Auslassung der „parlamentarischen Seite“ der „Post“. Darüber ist nun die hiedere „Volkszeitung“ höchlich entrüstet und erklärt, wir hätten ihre Aeußerung „nein“, da wir die drei Anfangssätze und den Schlußsatz des betreffenden Absatzes fortgelassen hätten. Sie habe, bemerkt die „Berl. Volksztg.“, nur von einem geistigen Kampfe gegen die Arbeitsgemeinschaft gesprochen; sie brauche ihre Leser nicht zu versichern, daß sie nie für eine irgendwie geartete staatsbürgerliche Schlechterstellung einer politischen Richtung je eingetreten sei. Die gute „Volkszeitung“! Als ob die Empfehlung auch nur des „geistigen“ Kampfes gegen die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die, wie die „Volkszeitung“ ausdrücklich bemerkt, die siegreiche Durchführung des Krieges gefährdet, unter den obwaltenden Verhältnissen nicht gleichbedeutend ist mit den Betrachtungen der „Post“ über den nicht-„geistigen“ Kampf gegen die sozialdemokratische Minderheit! Wir glauben es gerne, daß die Feinregelung dieser eigenartigen Reiberei des „geistigen Kampfes“ der „Berl. Volksztg.“ unangenehm ist. Die Sache wird aber um keinen Deut besser, daß sie jetzt in ihrer Verlegenheit zu dem Nächstbesten greift, wir hätten ihre auch so unschuldigen Aeußerungen „gefälscht“.

Zusammenkunft deutscher und österreichischer Parlamentarier.

Die „Deutschen Nachrichten“ melden aus Salzburg: Zur Aussprache und gegenseitigen Aufklärung haben sich in Salzburg die reichsdeutschen Politiker Dr. Schiffer, Dr. Müller-Reinigen, Frhr. v. Jedlich, D. Kaumann, Graf Westarp, Waldstein, Dietrich, Dr. Kerschstein, Dr. Junk und Esler, sowie österreichische Politiker, darunter der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Schöner, der Obmann des Deutschen Nationalverbandes Dr. Groß und andere deutsch-österreichische Reichsrats- und Landtagsabgeordnete eingefunden. Die Beratungen begannen am Sonnabend und wurden am Sonntag fortgesetzt. Den Vorsitz führten abwechselnd ein österreichischer und ein reichsdeutscher Abgeordneter. Die Besprechungen umfaßten eine ganze Reihe von Angelegenheiten der jetzt im Kriege verbündeten Mächte. Der Inhalt der Beratungen selbst wurde aber für vertraulich erklärt. Die Beratungen werden im Laufe des Winters fortgesetzt werden. Dr. Kaumann hielt gestern einen Vortrag über das Thema: „Der Kampf um Mitteleuropa“.

Eine Ente.

Vor einiger Zeit ist mit großem Eifer warnend darauf hingewiesen worden, daß feindliche Elemente versuchen würden, durch Einlegung von Bränden die Entschlüsse, Scheunen, Mühlen usw. zu zerstören. Daß diese Behauptung mindestens eine große Übertreibung war, geht aus den Darlegungen hervor, die der Generaldirektor der Magdeburgerischen Land-Feuer-Societät, v. Krosigk, in der „Deutschen Tageszeitung“ macht. Aus der von ihm veröffentlichten Statistik ergibt sich, daß die Zahl der Brände auf dem Lande gegen die Friedenszeit ganz erheblich abgenommen hat. Herr v. Krosigk sagt selbst:

„Die Frage, ob Brände vorgekommen sind, deren Ursache auf Bewohner feindlicher Länder zurückzuführen ist, läßt sich dahin beantworten, daß wohl die Vermutung bestand, daß in einigen Fällen derartige Personen ihre Hand im Spiele hatten, daß aber kein Fall bestimmt ermittelt werden konnte. Aber auch in diesen Fällen wurde eher eine Fahrlässigkeit (Rauchen) als absichtliche Brandstiftung angenommen.“

Es war von vornherein nicht recht wahrscheinlich, daß die Gegner zu solchen Mitteln ihre Zuflucht nehmen würden, schon deshalb, weil die Angehörigen feindlicher Staaten, die sich in Deutschland noch aufhalten, einer außerordentlich strengen persönlichen Kontrolle unterworfen sind.

Keine Kohlenbeschlagnahme.

Neuerdings werden Gerüchte über eine demnächst zu erwartende Beschlagnahme der Kohlenbestände verbreitet. Wie dem „Berliner Lokal-Anz.“ von allen in Betracht kommenden amtlichen Stellen mitgeteilt wird, sind diese Gerüchte aus der Luft gegriffen. Sie sind offenbar zu spekulativen Zwecken in die Welt gesetzt worden. Daher mögen die zuständigen Reichsstellen rechtzeitig Vorbeugungsmaßnahmen treffen, um die Vermuten nicht noch unter Kohlenwucherpreisen leiden zu lassen.

Landesverratsprozeß.

Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Kiel wurden am 18. September wegen Landesverrats die Witwe Handt und ihre Tochter Erna zu je fünfzehn Jahren Zuchthaus, ihre zweite, erst vierzehn Jahre alte Tochter zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand, wie dem „Berl. Lokalanzeiger“ berichtet wird, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Das tägliche Brot.

Die „Schuld“ der Sozialdemokratie.

Von sozialdemokratischer Seite ist längst mit allem Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß auch nicht ein Körnchen Getreide zu Branntwein verarbeitet werden darf. Die agrarische Presse hat sich lebhaft dagegen gewandt, und als den sozialdemokratischen Wünschen schließlich Rechnung getragen werden mußte, hat es an häßlichen Bemerkungen der verschiedensten Art nicht gefehlt. Die „Mitteilungen“ aus der konservativen Partei glauben nun konstatieren zu sollen:

„Da der „Vormarsch“ und die Sozialdemokratie mit ihrer Gefolgsschaft es glücklich durchgezogen haben, daß den Getreidebrennereien kein Regen mehr zur Fortführung ihrer Betriebe gegeben wird, obwohl die Getreidefäule als ein wertvolles Futtermittel für Mischvieh gilt, so ist es notwendig, die Forderungen dieser Kreise, daß keine gefunden Kartoffeln mehr in die Brennereien geben sollen, an der Hand der Tatsachen einmal näher zu beleuchten, nämlich, welche Bedeutung unser Brennereigewerbe gerade jetzt in der Kriegszeit hat.“

Das erwähnte konservative Organ gibt dann einen Artikel aus der „Zeitschrift für Spiritusindustrie“ wieder, der bereits die Kunde durch die Presse gemacht hat, auf den des-

halb hier nicht näher eingegangen zu werden braucht. Es darf aber auch konstatiert werden, daß die Sozialdemokratie mit Vergnügen bereit ist, die „Schuld“ auf sich zu nehmen, deren sie hier von den agrar-konservativen Spiritusinteressenten geziehen wird.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat gegen das Kriegsernährungsamt.

Am 21. September hat sich der Deutsche Landwirtschaftsrat mit den amtlichen Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung beschäftigt. Das Ergebnis der Beratungen waren Beschlüsse, die einen Vorstoß gegen die Lebensmittelpolitik des Kriegsernährungsamts bedeuten. In dem allgemeinen Teile der Beschlüsse heißt es nach der „Tägl. Rundschau“:

1. Es muß erklärt werden, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen des zurückliegenden zweiten Kriegsjahres den Aufgaben der Volksernährung nicht in allen Teilen gerecht geworden sind, und daß eine Besserung in denselben einzutreten hätte, wenn noch für eine längere Frist die Volksernährung aus den allein maßgebenden Quellen inländischer Produktionskraft sichergestellt werden soll.

2. Wenn auch in Einzelfragen eine wesentliche Besserung neuerdings anerkannt werden muß, so erfüllt es dennoch mit den größten Sorgen für den weiteren Verlauf der Beschaffung von Nahrungsmitteln, daß mehr denn je gegen das naturgemäße allgemeine verständliche Gebot verstoßen wird, die Produktionskraft und Produktionsfreudigkeit der allein zuverlässigen inländischen Nahrungsmittelherzeugung zu erhalten, und daß in der großen Zahl der neuen Verordnungen kein Wort der Fürsorge für die unerlässliche, allen übrigen Maßnahmen voranzustellende Produktion hervorgeht.

3. Die Gebote für die Zukunft haben sich insbesondere nach zwei Richtungen ausgespielt: fortgesetzter Entzug mühsam erarbeiteter landwirtschaftlicher Betriebsmittel, ohne dabei die produktions-einchränkenden Folgen anzuerkennen oder zu fürchten; Verlastigung und Verärgerung gerade auf denjenigen Produktionsgebieten, die von dem Konsum selbst als die ausschlaggebenden anerkannt worden sind. Hierzu gesellt sich noch eine unrationelle Verfühlung über die Entnemungen.

4. Wesentliche Anordnungen über die Verwendungsart der noch vorhandenen Betriebsmittel sind nicht sachgemäß. Dementprechend kann mit denselben nicht ein Maximum an Leistung hervorgebracht werden.

5. Mit der ernstesten Sorge verknüpft sich für die Führer der Landwirtschaft die peinliche Beobachtung, daß die Autorität der regierungsseitigen Verordnungen auf dem Gebiet der Nahrungsmittelfürsorge zusehends schwindet und daß die Unmöglichkeit einer gewissen Befolgung aller neu erlassenen Verfügungen Übertretungen in großer Zahl herbeizuführen erzwingen wird.

Im einzelnen fordern die Beschlüsse zur Hebung der Schweinemast Heroushebung der Höchstpreise, Sonderprämien aus Reichs- und kommunalen Mitteln für hohe Ausnutzung des angelieferten Mastfutters bei Mastverträgen, Zuschüssen für Schweinezüchter, freie Gestaltung der Erlaubnis zu Hauschlachtungen; zur Sicherung der Speisefette Zuschüsse zu den Kosten für die Beschaffung fremdellender Rasse seitens des Reichs und der großstädtischen Kommunen; Wiedereinführung des Kartoffelhandels; längere Gültigkeitsdauer der Frühdruckprämien, bessere Organisation der in den städtischen Konsumzentren zu gewinnenden Futtermengen und Erweiterung der Stoffstoffherstellung.

Die Volksvertreter werden demnächst im Reichstage den Agrariern die richtige Antwort geben.

Vorschläge für Reichsbeamten und Arbeiter.

Nach einer Mitteilung der „Kreuz-Zeitung“ ist angeordnet worden, daß den Reichsbeamten und den im Reichsdienst ständig beschäftigten Arbeitern zur Beschaffung eines Winterbrotens an Kartoffeln und Heizmaterial auf Antrag ein Gehalts- bzw. Lohnvorschuß gewährt wird.

Uebersicht

der vom 1. Oktober 1916 ab im Postverkehr mit Oesterreich-Ungarn und Bosnien-Herzegowina geltenden Gebührensätze.

Briefe bis 20 Gramm 15 Pf., für jede weiteren 20 Gramm 5 Pf. (kein Meißengewicht).

Postkarten einfache oder jeder Teil einer Postkarte mit Antwort 7 1/2 Pf.

Drucksachen bis 50 Gramm 3 Pf., über 50-100 Gramm 5 Pf., für jede weiteren 100 Gramm 5 Pf. (Meißengewicht 2 Kilogramm).

Warenproben je 50 Gramm 5 Pf., mindestens 10 Pf. (Meißengewicht im Verkehr mit Oesterreich und Bosnien-Herzegowina 500 Gramm, im Verkehr mit Ungarn 850 Gramm).

Geschäftspapiere je 50 Gramm 5 Pf., mindestens 20 Pf. (Meißengewicht 2 Kilogramm).

Einschreibebriefe müssen vom Abender freigemacht werden. Einschreibepakete nicht zugelassen.

Die Gebühr für einen Postauftragbrief ist dieselbe wie für einen Einschreibebrief von gleichem Gewichte.

Wertsendungen. Gebühr ist vom Abender im voraus zu entrichten. Die Gebühr für Wertbriefe setzt sich zusammen aus: a) Gebühr für einen Einschreibebrief von gleichem Gewichte, b) Versicherungsgeld von 8 Pf. für je 240 M., oder einen Teil dieser Summe. Die Versicherungsgeld wird e. B. auf eine durch 5 teilbare Zahl aufwärts abgerundet. — Gesamtgebühr für einen Wertbrief mindestens 60 Pf.

Für Wertpakete ist außer dem Paketporto dieselbe Versicherungsgebühr zu entrichten wie für Briefe mit Wertangabe.

Nachnahmen. Außer den Gebühren für eine gleichartige Sendung ohne Nachnahme. — Einschreibebriefsendung, Wertbrief oder Paket-Vorzeigegeld von 10 Pf.

Postanweisungen. 20 Pf. für je 40 M., oder einen Teil davon.

Pakete. Postpakete bis 5 Kilogramm, Postfrachtpakete über 5 bis 20 Kilogramm. Sowohl Postpakete wie Postfrachtpakete müssen vom Abender freigemacht werden. Höhe der Wertangabe nicht beschränkt. Dringende Pakete nur nach Oesterreich zugelassen, besondere Gebühr 1 M.

Allo-gramm	nach Oesterreich, Bosnien-Herzegowina über Oesterreich, wenn die deutsche Beschlagnahme umfaßt											
	nach Oesterreich, Bosnien-Herzegowina über Oesterreich					nach Bosnien-Herzegowina über Oesterreich und Ungarn						
	Zone 1 u. 2	3	4	5	Zone 1 u. 2	3	4	5	Zone 1 u. 2	3	4	5
bis 5 einzahl.	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	1,-	1,-	1,-	1,-
über 5-6	1,40	1,50	1,60	1,70	2,20	2,30	2,40	2,50	2,30	2,90	3,-	3,10
7-8	1,60	1,90	2,20	2,50	2,40	2,60	2,70	2,90	2,90	3,10	3,20	3,50
8-9	1,70	2,10	2,40	2,80	2,50	2,90	3,20	3,70	3,-	3,30	3,60	3,90
9-10	1,80	2,30	2,80	3,30	2,60	3,10	3,60	4,10	3,30	3,70	4,20	4,70
10-11	1,90	2,50	3,00	3,50	3,00	3,50	4,00	4,50	4,00	4,50	5,00	5,50
11-12	2,00	2,60	3,20	3,80	3,10	3,70	4,30	4,90	4,50	5,10	5,70	6,30
12-13	2,10	2,80	3,40	4,00	3,20	3,90	4,50	5,10	4,70	5,30	5,90	6,50
13-14	2,20	3,00	3,60	4,20	3,30	4,00	4,70	5,30	4,90	5,50	6,10	6,70
14-15	2,30	3,20	3,80	4,40	3,40	4,10	4,80	5,40	5,00	5,60	6,20	6,80
15-16	2,40	3,40	4,00	4,60	3,50	4,20	4,90	5,50	5,10	5,70	6,30	6,90
16-17	2,50	3,50	4,10	4,70	3,60	4,30	5,00	5,60	5,20	5,80	6,40	7,00
17-18	2,60	3,60	4,20	4,80	3,70	4,40	5,10	5,70	5,30	5,90	6,50	7,10
18-19	2,70	3,70	4,30	4,90	3,80	4,50	5,20	5,80	5,40	6,00	6,60	7,20
19-20	2,80	3,80	4,40	5,00	3,90	4,60	5,30	5,90	5,50	6,10	6,70	7,30

Das Wiener K. K. Telegraphen-Norr.-Bureau teilt zu diesen Tarifveränderungen mit:

Am 1. Oktober 1916 treten die angekindigten Tarifveränderungen auf dem Gebiete des Post- und Telegraphenwesens in Kraft. Von ausschlaggebender Bedeutung für den Umfang dieser Neuordnung war insbesondere die am 1. August im Wirksamkeit getretene Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren im Deutschen Reich. Für die Verhandlungen, welche zwischen der österreichischen, der ungarischen, der bosnischen und der deutschen Postverwaltung diesbezüglich geführt wurden, war einerseits die durch die innerdeutschen Tarifserhöhungen geschaffene Sachlage, andererseits die Notwendigkeit maßgebend, zwecks Deduktion der Zinsenlast, der Kriegsanleihen eine wesentliche Erhöhung des Ertrages des Post- und Telegraphenwesens herbeizuführen. Hierbei wurde an einem einheitlichen Tarifgebiet wenigstens für den österreichischen Post- und Telegraphenverkehr im wesentlichen festgehalten. Die gleichen Tarife, welche ab 1. Oktober im innerösterreichischen Verkehr gelten sollen, werden auch im wesentlichen im Verkehr mit Ungarn, Bosnien und dem Deutschen Reich gelten. Gleichzeitig wurde eine einheitliche österreichische Postordnung geschaffen, welche eine ersichtliche Zusammenstellung der geltenden Vorschriften enthält. Die wesentlichen Gebührensänderungen sind: Gebühr für Briefe bis 20 Gramm 15 Heller, mit Steigerung von 5 Hellern für je 20 Gramm. Für Postkarten mit eingedruckten Postverzeichnissen beträgt die Gebühr 8 Heller, in allen übrigen Fällen wie im gesamten außerdeutschen Auslandsverkehr 10 Heller. Bei Drucksachen beträgt die Gebühr 3 Heller für je 50 Gramm, unter Einführung einer besonderen Einkarte von 2 Heller ohne Unterschied des Gewichts für jedes beliebige Beförderung. Die Gebühren für Postanweisungen betragen im inländischen sowie im Verkehr mit Ungarn und Bosnien für Beträge bis 50 Kronen 20 Heller, darüber hinaus für je weitere 50 Kronen 5 Heller mehr. Im Verkehr mit Deutschland gelten die Gebührensätze des Weltpostvereins. Die Gebührenerhöhung des Telegraphenwesens besteht in einer Erhöhung der Wortgebühr auf 8 Heller unter Festsetzung einer Mindestgebühr von einer Krone für ein Telegramm, einheitlich geltend für den innerösterreichischen Verkehr sowie den Verkehr nach Ungarn, Bosnien und Deutschland. Das finanzielle Ergebnis wird unter Voraussetzung normalen Friedensverkehrs auf rund 60 Millionen Kronen jährlich veranschlagt.

Aus Groß-Berlin.

Ein Anschaffungsamt der Stadt Berlin.

Schon seit Jahren ist innerhalb der Berliner Stadtverwaltung immer mehr die Notwendigkeit erkannt worden, Sorge zu tragen für eine möglichst einheitliche Anschaffung des in größerer Menge erforderlichen gleichartigen Bedarfs der verschiedenen Verwaltungen. Der bisherige Zustand, bei dem jede dieser Verwaltungen nach eigenen Grundrissen und nach eigenen mehr oder weniger guten Erfahrungen vorgeht, hat zu Unzulänglichkeiten geführt. Feststellungen der von den einzelnen Verwaltungen gezahlten Preise der üblichsten Verbrauchsgegenstände haben ergeben, daß zur Befriedigung annähernd gleicher Bedürfnisse ganz außerordentlich ungleiche, bis zu 50 und 75 Prozent abweichende Beträge aufgewendet worden waren. Auch hat sich eine übergroße Unwirtschaftlichkeit der für fast den gleichen Gegenstand seitens verschiedener Verwaltungen gestellten Anforderungen gezeigt, während man mit einem oder zwei Mustern sehr wohl hätte auskommen können. Der Wunsch, das Anschaffungsverfahren zu vereinfachen und auch günstigere Preise zu erzielen, ließ den Gedanken einer Zentralisierung der Anschaffungen entstehen. Der Magistrat will jetzt ein Anschaffungsamt einrichten, das über ein besonders vorgebildetes sachkundiges Personal verfügen würde und die besten Bezugsquellen anzufuchen hätte. Ein eigenes Anlieferungslager zu erbauen, ist einstweilen nicht beabsichtigt, vielmehr sollen bis auf weiteres Lager- und Bureauräume des Westhafens benutzt werden. Das Anschaffungsamt soll arbeiten unter einer Anschaffungsdeputation, die sich aus Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten und Bürgerdeputierten zusammensetzt und jeweils für die einzelnen Bedarfsgruppen besondere Sachauschüsse aus ihren Mitgliedern bildet.

Verteuerung auch der Krankenhauspfege.

So alles teurer wird, wollen auch die öffentlichen Krankenhäuser nicht zurückbleiben. Gestagt hatten sie schon lange, daß ihr bisheriger Kurkostenlay nicht die eigenen Aufwendungen deckte. Nachdem bereits vor einigen Monaten in der Umgebung Berlins mehrere Gemeinde- und Kreis-Krankenhäuser den Kurkostenlay erhöht haben, will jetzt Berlin folgen. Der Magistrat erucht die Stadtverordneten um ihre Zustimmung, daß in den Krankenhäusern der Stadt vom 1. Oktober dieses Jahres ab für in Berlin wohnende Kranke 4,00 Mark, für außerhalb Berlins wohnende Kranke 4,50 Mark pro Tag erhoben werden soll. Gegenüber dem bisherigen Kostenlay, der seit 1909 für Berliner 3,00 M., für Nicht-Berliner 3,50 M. war, bedeutet der vorgeschlagene neue Satz eine durchgängige Erhöhung um 1 M. pro Tag.

Die dem Magistratsantrag beigegebene Begründung weist darauf hin, daß die Stadt für ihre Krankenhäuser beträchtliche Zuschüsse leisten muß. Schon bei der Beratung des Stadthaushalts- etats für 1914 erklärte der Rämmerer, daß es so nicht weiter gehen dürfe. Der Plan einer Erhöhung des Kurkostenlayes wurde, als der Krieg ausbrach, zunächst beiseite gelegt. Inzwischen haben einige Vorortgemeinden und besonders die Vorstände von in Berlin gelegenen Städtischen und Privat-Krankenhäusern den Berliner Magistrat immer dringender erucht, die Kurkostenlaye in den Krankenhäusern der Stadt Berlin zu erhöhen. Was ging sie das Krankenhauses der Stadt Berlin an? Bei den Privat-Krankenhäusern begreift man, daß ihnen die Hinausschraubung ihrer Kostenlaye erleichtert wird, wenn die Gemeindebehörden mit schlechtem Beispiel vorgehen. Warum aber wünschen die Vorortgemeinden, daß Berlin in dieser nicht rühmlichen Angelegenheit die Führung übernehmen? Einige haben gar nicht so lange gewartet, sondern sind selber vorgegangen. Die Gemeinden Reinickendorf und Wilmersdorf und mit ihnen die Verwaltungen von Berliner Städtischen Krankenhäusern haben erklärt, daß sie dem Vorgehen Berlins folgen werden. Auch die staatlichen Krankenhäuser wollen die Erhöhung so mitmachen, wie sie in den Krankenhäusern der Stadt zustande kommt.

Bedenken gegen die Erhöhung hat der Berliner Magistrat nicht. Für die Selbstzahler würde, sagt er, die Verpflegung in der eigenen Wohnung infolge der Arzt- und Apothekerkosten immer noch teurer sein als die Krankenhauspfege zu dem erhöhten Satz. Bei den Krankenkassen seien zurzeit die Vermögensverhältnisse durchaus gut, und jedenfalls werde die Erhöhung des Kurkostenlayes sie nicht zur Erhöhung der Mitgliederbeiträge nötigen. Nur für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres soll an dem bisherigen Kostenlaye weiter festgehalten werden. Der Magistrat begründet das mit der „Sorge für geliebten Nachwuchs“, die „hinfort eine besondere väterländische Pflicht bilden“ werde. Diese Ausnahme soll offenbar den Plan

einer Verteuerung der Krankenhauspflege annehmbarer machen. Der Magistrat wünscht ferner, daß wie seit dem vorigen Jahr bei Diphtheriekranken, künftig auch bei an Scharlach, Masern oder Keuchhusten erkrankten Kindern die Aufnahme sofort erfolgt und über die Kostenfrage erst nachher entschieden wird. Er begründet dies damit, daß bei ansteckenden Krankheiten es zur Verhütung der Weiterverbreitung sehr auf frühzeitige sachgemäße Behandlung und Isolierung ankommt. Das ist in der ganzen Vorlage die einzige Stelle, wo man merkt, daß der Magistrat in den Krankenhäusern der Stadt so etwas wie eine Einrichtung zum Wohle der Gesamtheit sieht.

Ueber seine Vorlage werden die Stadtverordneten in ihrer nächsten Sitzung sich äußern.

Die Milcharten für den Monat Oktober d. J. gelangen in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Die einzelnen Gemeinden werden, da die Ausgabe verschiedentlich gehandhabt wird, die für ihren Bezirk gültigen Bestimmungen bekanntgeben. In Berlin beginnt die Ausgabe am Montag, den 25. September 1916. Die Haushaltungsvorstände oder deren Beauftragte haben die Milcharten, die ihnen für September zugeteilt sind, vorzuzeigen. Die Protokollkommission wird diese mit einem Stempel versehen, worauf die Milcharten für den Monat Oktober ausgehändigt werden. Haushaltungsvorstände, die umgezogen sind, haben sich ihre Milcharten in derjenigen Protokollkommission abzuholen, welche für ihre neue Wohnung zuständig ist. Wollen die Haushaltungsvorstände infolge des Umzuges ihre Milch von einem anderen Kleinändler beziehen, als demjenigen, bei welchem sie eingetragen sind, so haben sie der Milchverorgungsstelle Groß-Berlin, Poststr. 13 II, ihre alte und neue Wohnung, sowie den Kleinändler, bei welchem sie bisher angemeldet waren, und schließlich den Kleinändler mitzuteilen, von welchem sie nunmehr ihre Milch beziehen wollen. Die Milchverorgungsstelle Groß-Berlin, in deren Händen sich die Kundenlisten der Kleinändler zurzeit noch befinden, wird die Umschreibung vornehmen. Im übrigen ist eine Anmeldung für alle diejenigen, die schon angemeldet sind, nicht erforderlich.

Für Kranken gehen die Oktober-Milcharten von der Zentralküche für Krankenernährung unmittelbar zu.

Verziehende, Neuanziehende und Butterversorgung.

Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Umzugstermin am 1. Oktober 1916 hat die Butterverorgungsstelle Groß-Berlin folgende Vorschriften über die Umschreibung von Kunden von einem Buttergeschäft in das andere getroffen.

Erforderlich ist eine Abmeldung in dem bisherigen Geschäft und eine Neuanmeldung in dem neuen Geschäft, in dem die Butter nach dem Umzuge gekauft werden soll. Ueber die Abmeldung ist von dem alten Geschäft eine Bescheinigung auszustellen, die in dem neuen Geschäft abzugeben ist. Auf Grund dieser Bescheinigung erfolgt dann die Eintragung in die Kundenliste des neuen Geschäfts. Von der auf die Ummeldung folgenden Woche ab kann in dem neuen Geschäft die Butter bezogen werden.

Ferner hat die Butterverorgungsstelle Groß-Berlin den Kreis der Geschäfte erweitert, bei denen Neuanziehende und Umlauber nachträglich ihren Butterbezug anmelden können. Bisher waren dafür nur die Filialen dreier Firmen bestimmt. Nunmehr sind die folgenden Firmen dazu ermächtigt:

J. F. Kymann, N.O. 18, Landsberger Allee 46; Gebr. Gause, E. 2, Brüderstr. 7; N. Gufowski, E. 25, Kaiserstr. 8; Gebr. Lehmann, N.W. 6, Marienstr. 1; Franz Reichsner, Friedenau, Rheinstr. 23; Otto Reichelt, N.O. 43, Neue Königstr. 37; Ballentin u. Co., N.O. 43, Neue Königstr. 65/66; C. F. Wienstrud, S.W. 19, Leipziger Straße 82; Vereinigte Pommerische Meiereien, E. 2, Dirschstr. 26/27; Fröhlich, D. 34, Bromberger Straße 1; Otto Dünker, N. 39, Müllerstraße 12a; Carl Franke, N. 31, Brunnenstr. 131; Gebr. Grob, S.O. 16, Schmidtstr. 5; August Holz, N. 31, Brunnenstr. 102; Interessengemeinschaft Märkischer Milchproduzenten, N. 51, Leddenicker Str. 10; N. Landau, N. 24, Eisfasser Str. 8; Nange u. Steffen, D. 34, Remeler Str. 76; Gebr. Manns, E. 61, Gneisenaustraße 43; Fröhlich, Neufölln, Pannierstraße 16; Schimmel Nachf., E. 54, Linienstr. 65; Schmidt Söhne, Neufölln, Rainger Str. 45; Konsumgenossenschaft, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 17-26.

Die betreffenden Geschäfte sind durch ein Plakat im Schaufenster gekennzeichnet.

Musterung der D. II. zweiten Aufgebots.

Durch eine Verfügung des Kriegeministers ist jetzt die Musterung des Jahrganges 1898 sowie die der dauernd unfähigen Mannschaften der Jahrgänge 1870 bis 1876 die nach dem 8. September 1870 geboren sind, angeordnet worden. Es gehören dazu sämtliche unangeleitete Mannschaften dieser Jahrgänge, die im Frieden die Entscheidung dauernd untauglich erhalten haben, und diejenigen, die als Landsturmpflichtige derselben Jahrgänge während des Krieges ebenfalls die Entscheidung D. II. erhalten haben. In einzelnen Groß-Berliner Gemeinden sind die Musterungstermine bereits angelegt worden.

Ungültige Steuer-Einspruchsbescheide. Nach der Judikatur des Oberverwaltungsgerichts sind in Städten mit Magistratsverfassung die Bescheide auf Einsprüche in Steuerfällen nur gültig, wenn sie auf einem Beschlusse entweder des Magistratskollegiums oder dem einer ständigen, nach den Bestimmungen der Städteordnung gebildeten Deputation (Steuerdeputation) beruhen. Die Richtigkeit dieser Auffassung wurde in einem Rechtsstreit Schwermer wider Magistrat von Berlin angezweifelt. Es wurde darauf verwiesen, daß im Jahre 1915 in Berlin 7000 Einsprüche in Steuerfällen eingegangen sind. Wenn die Steuerdeputation sie durch Deputationsbeschlüsse erledigen sollte, dann käme auf jede Sitzung die Bescheidung von 100 Einsprüchen. Die Forderung nach einem kollegialen Beschluß der Deputation würde unerfüllbar, wenn nicht der Beschluß zum Scheinbeschluß herabsinken sollte.

Das Oberverwaltungsgericht blieb aber, unter Bezugnahme auf die gesetzlichen Vorschriften und den Charakter der Einspruchsbescheide, bei seiner oben mitgeteilten Judikatur und schloß in der erwähnten Streitfrage, bei der es sich um 68 000 M. Wertzuwachssteuer handelte, den den Einspruch des Klägers abweisenden Bescheid außer Kraft. Den Bescheid hatte nämlich nur der Vorsitzende der Steuerdeputation, unter Einziehung ihres juristischen Mitgliedes, erlassen; er beruhte also nicht auf einem kollegialen Deputationsbeschlusse. Hinsichtlich der Schwierigkeiten verwies das Gericht darauf, daß nichts im Wege stehe, die Deputation zu teilen bzw. sie noch weiter zu teilen, sofern sie schon geteilt sei.

In der fraglichen Streitfrage wurde dem Magistrat anheimgestellt, nunmehr einen ordnungsmäßigen Einspruchsbescheid herbeizuführen.

Zur Frauenkonferenz.

Zu der Veröffentlichung der Forderungen, die im Interesse der arbeitenden Frauen von der Berliner Frauenkonferenz erhoben wurden, sind noch nachzutragen folgende an die Gemeinden zu stellenden Forderungen:

Zur Entlastung der Frau.

1. Gründliche Wohnreform, die nicht nur hygienisch einwandfreie Wohnungen schafft, sondern diese auch ausstattet mit allen hauswirtschaftlich-technischen Fortschritten der Neuzeit.
2. Errichtung kommunaler Speisehäuser, in denen zum Selbstkostenpreis eine abwechslungsreiche, nahrhafte Kost verabreicht wird, auch zur Mitnahme in die Wohnung.
3. Errichtung kommunaler Waschanstalten.

Arbeiterbildungsschule. Der am Donnerstag, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, im Hörsaal der Schule stattfindende wissenschaftliche Einzelvortrag ist dem Gedächtnis des am 26. September 1915 verstorbenen englischen Arbeiterführers Keir Hardie gewidmet. Genosse Eduard Bernstein wird über das Leben und Wirken Keir Hardies sprechen.

Mit diesem Vortrage haben die Veranstaltungen des Sommerhalbjahres ihr Ende erreicht. Am 17. Oktober werden die regelrechten Schulkurse beginnen, über die Näheres noch bekanntgegeben wird. Für die kommenden Sonntagsabende sind wieder Vortragszyklen aus dem Gebiete der bildenden Kunst, der Literatur und der Musik vorgesehen.

So beginnt am Sonntag, den 1. Oktober eine vier Abende umfassende Vortragsreihe über das Thema: „Die Blütezeit der deutschen Kunst.“ Vortragender ist Herr Dr. Bernoulli, Assistent an den Königsberger Museen, der seine Ausführungen mit eigenen Lichtbildern erläutern wird. Die Vorträge werden besonders die Meisterwerke des Kaiser-Friedrich-Museums berücksichtigen.

Der 1. Vortrag am 1. Oktober wird besonders behandeln:

Deutschlands Sturm- und Drangzeit im 15. und im Anfang des 16. Jahrhunderts. Niederlag des sozialen und geistigen Ringens in der zeitgenössischen Kunst. Deutschlands Kulturzentren: Die Hauptstädte, die Univeritäts- und Handelsstädte im Süden. Kirche und Bürgertum.

Für den 2. Vortrag am 8. Oktober wird das Thema lauten:

Die kirchliche Kunst, ihre Aufgaben und ihre Wandlung. Der 3. Vortrag am 15. Oktober wird das Bürgerhaus und seine Ausstattung als Kunstwert vorführen.

Der 4. Vortrag am 22. Oktober wird das Thema behandeln:

Die deutsche Frührenaissance in ihrem Verhältnis zu Italien. Die Vorträge beginnen abends 8 Uhr. Eintrittspreis 10 Pfennig.

Keine Zeugin — ?

Im Handel mit Lebensmitteln können die Verhöre gegen die Verkäuferinnen nicht bekämpft werden, wenn nicht die Käufer selber den zuständigen Behörden die erforderlichen Hinweise geben. Kürzlich zeigten wir an einem Fall, wie die Berliner Fleischverteilungsstelle diese so oft für wünschenswert und notwendig erklärte Mitwirkung dem Publikum erschwert. Nach einer an die Fleischverteilungsstelle gerichteten Anzeige gegen ein Schlächtereigenschaft, die durch Nennung mehrerer Zeuginnen unterstützt war, erlebte es der Absender der Anzeige, daß der Geschäftsinhaber ihn vor den Schiedsmann forderte. Dem Geschäftsinhaber wurde das dadurch möglich, daß die Fleischverteilungsstelle ihm den Absender nannte, obwohl die Preisgabe seines Namens für den Gang der Untersuchung gar nicht nötig war. Wieder aus dem Arbeitsgebiet der Fleischverteilungsstelle erfahren wir einen anderen Fall, der uns nicht minder unverständlich erscheint. Gegen ein großes Geschäft erstattete eine Frau die Anzeige, daß sie in der Abteilung für Fleischverkauf Uebervorteilungen der Käufer beobachtet habe. Man habe ihr dort, als sie Fett forderte und Milchkaffee erwartete, die von dem frischen Schweinefleisch abgeschälte Fettschicht verkauft und den Preis für Milchkaffee genommen, der ja höher ist. Zur Prüfung dieser Angaben erschien bei der Frau eine Recherchemutter, die ihr dann erzählte, daß sie dem Geschäft bereits die Beschuldigungen mitgeteilt habe. Sie behaupte, daß nicht noch mehr Zeuginnen zu haben seien, und erkläre, daß man daher gegen das Geschäft — so verstand die Frau — nicht vorgehen könne. Ja, hätte denn nicht die eine Zeugin, von der die Anzeige herrührte, zur weiteren Verfolgung der Sache genügt? An Käuferinnen, denen es ebenso wie ihr ergangen war, fehlte es nicht; nur hatte sie begrifflicherweise nicht daran gedacht, daß sie allein nicht Zeugin genug sein würde. Für die sich übertreibt fühlend Käuferin ist es ein magerer Trost, daß die recherchierende Dame ihr sagte, dem Geschäft sei wenigstens eine scharfe Warnung erteilt worden. Die Warnung scheint allerdings geholfen zu haben; denn dieselbe Käuferin hat seitdem nicht mehr bemerkt, daß jene Uebervorteilungen sich wiederholt hätten.

Erlaubnis zum Eierhandel.

Der Arbeitsausschuß der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin als Unterverteilungsstelle für Eier erteilt eine Erlaubnismachung, durch die, nachdem das Polizeipräsidium sein Einverständnis erklärt hat, diesem übertragen wird, die Erteilung oder Versagung der Erlaubnis an Händler zum gewerbmäßigen Erwerb von Eiern zur Weiterveräußerung oder gewerblichen Verarbeitung oder zur gewerbmäßigen Vermittlung eines solchen Erwerbs. Alle Händler, die einer Ausweisarte zum Eierhandel bedürfen, haben also ihre dahingehenden Anträge an das hiesige Polizeipräsidium zu richten.

Tödlicher Unfall eines Regimentskommandeurs. Sonntag abend ist der Kommandeur des Füsilierregiments Prinz Albrecht von Preußen, Hannover, Oberst Freiherr von und zu der Lann, an der Ude der Königin-Augusta- und Wendlerstraße durch einen Kraftwagen überfahren, mit doppeltem Schädelbruch in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht worden und in der Nacht seinen Verletzungen erlegen.

Die Selbstmordskronik ist in den letzten Tagen stark bereichert worden. Ein Hausmädchen Frida Kallas wurde vergiftet in einem Hotel in der Vorpoststraße tot aufgefunden. Mit Gas vergiftet hat sich ein 17-jähriges Mädchen aus der Steinwegstraße, das in einem Zeitungslokal in der Winterfeldstraße tätig war. Weil ihr an ihrer Kaffe 50 Mark fehlten, für die es keine Erklärung machte, machte das junge Mädchen ihrem Leben ein Ende. — In dem Hause Steinwegstraße 67 in Neufölln wurden am Sonnabend der 67-jährige Theodor Gering und seine 74 Jahre alte Ehefrau Johanna tot aufgefunden. Im Wohnzimmer der im Hofgebäude gelegenen Wohnung war der Wasshahn geöffnet und die alten Leute hatten, im Bette liegend, so den Tod gefunden. Sofort von Samaritern der Feuerwehr angelegte Wiederbelebungsbemühungen hatten keinen Erfolg. Auf dem Neuföllner Gemeindefriedhof in der Rudower Straße hat der an schwerer Krankheit leidende 87-jährige Arbeiter Otto Rihmann

aus der Kirchhoffstraße in Neufölln Selbstmord verübt, indem er sich vergiftete. — Aus dem Müggelsee gelandet wurde gestern nachmittag ein junger Mann in bürgerlicher Kleidung, in dem später ein Neutrot Wilhelm F. aus Berlin erkannt wurde. Man weiß noch nicht, ob er bei einer Bootsfahrt verunglückt, oder wie er sonst ins Wasser geraten ist. — Vom Steuerheber tot aufgefunden wurde gestern mittag eine 46 Jahre alte Frau A. aus der Harzer Straße in Neufölln. Als der Erheber kam, um die Steuern abzuholen, öffnete ihm auf sein Klingeln die kleinen Kinder und sagten: „Mutter schläft“. Der Mann ging nun nach der Küche, auf die die Kinder deuteten und fand die Frau nur wenig beseidet tot auf dem Fußboden liegen. Nach dem Befund, den die Kriminalpolizei aufnahm, ist sie wahrscheinlich an einem unerlaubten Eingriff von ihrer eigenen Hand gestorben. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schaubause gebracht.

Straßenbahnnummern. Wegen Bauarbeiten auf dem Mühlenbamm zwischen Wolkenmarkt und Köllnischer Fischmarkt werden in den Nächten vom 27./28., 29./30. September und 2./3., 4./5. und 6./7. Oktober von 1 Uhr nachts ab die Linien 47, 48, 58, 64, 65, 67, 69, 71, 74, 99 über Jerusalemmer Straße, Werderstraße, Schloßplatz, die Linien 77 und 78 über Markusstraße, Jannowitzbrücke, Köpenicker Straße, Spittelmarkt umgeleitet. An den von der Umleitung betroffenen Haltestellen werden sich entsprechende Hinweise befinden.

Aus den Gemeinden.

Aus dem Steglitzer Gemeindeparlament.

Die am Freitag nach einer Pause von zweieinhalb Monaten stattgefundene Gemeindevertreterversammlung stand im Zeichen der Bewilligungen und der Lebensmittelpolitik. Angenommen wurde eine Vorlage, nach welcher die bisherigen Bezüge der im Felde stehenden Beamten, Lehrpersonen und Arbeiter zunächst bis zum 31. März nächsten Jahres gesichert sind. Zustimmung fand die Erhöhung der Väterpreise im Stadtbad um 10 Proz. und eine solche für Aufnahme der industriellen Abwässer in die Kanalisation um 50 Proz. Den Beamten, Angestellten, Lehrpersonen und Arbeitern der Gemeinde wurden weitere Kriegsteuerzuschläge bewilligt, wodurch die Rehrausgaben jährlich 2700 M. betragen. Bewilligt wurden ferner die Mittel für die Ausführung der Regenwasserleitung in der Schönhauser Straße zwischen Berg- und Friedrichsbräuer Straße in Höhe von 25 200 M. und die Anstellung eines Wärters für den Wasserturnplatz gegen eine Entschädigung von 1200 M. jährlich sowie freier Wohnung, Licht und Heizung. Dem Vaterländischen Frauenverein wurden für Erweiterung der Krippe aus dem Kriegserlöbsfonds 1500 M. gewährt, im kommenden Jahre sollen für diesen Zweck 3000 M. in den Etat eingestellt werden. Der Jagdverband in Kleinziethen an den Gemeindevorstand Warfko w ab 1. April 1917 auf weitere sechs Jahre für den jährlichen Pachtzins von 1700 M. wurde zugestimmt.

Nach Erledigung der reichhaltigen Tagesordnung protestierte Genosse Leimbach gegen die überaus ungenügende Lebensmittelversorgung. Es sei überhaupt hier nichts zu haben, und er wisse wirklich nicht, von was die Bürgerkassette lebt. Redner interpellierte den Bürgermeister darüber, was er zu tun gedenke, um diesem unhaltbaren Zustande endlich ein Ende zu bereiten. Weiterhin führte Genosse Leimbach Klage über die Butterpreise, das Fehlen der Kontrolle derselben, die mangelhafte Auskunft im Rathaus, die ärztliche Versorgung der Kriegskranken und deren Kinder; ferner, daß bezüglich der Bestandsaufnahme der Lebensmittel keine Untersuchungen vorgenommen wurden, die Ortspreise nicht häufiger zur Orientierung der Bürgerkassette benutzt wird und daß in der Tagung der Sektionen so lange Pausen gemacht werden. Bürgermeister Quirow erklärte, daß die Verwaltung betreffs der Lebensmittelversorgung alles tue, was in ihren Kräften stehe; die Schuld liege jedoch auf anderer Seite. Weiter hierauf eingegangen, halte er im vaterländischen Interesse nicht für angebracht, Gemeindevorstand Gädke dem Bemerkte, daß über die Lebensmittelnot laut und öffentlich Klage geführt werden müsse. Zum Schluß gelangte noch die Haltestellenangelegenheit der Elektrischen zur Sprache, worüber wir bereits in der Sonntagsummer berichteten.

Die Gemeindevertretung in Adlershof

Beschloß in ihrer letzten Sitzung, den Gemeindevorstand Dr. Sporleder als stellvertretenden Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Alt-Grünitz vorzuschlagen. In den Lebensmittelausschuss wurden zur Verstärkung Herr Luft, Meißel und Wintner gewählt, auch sollen in Zukunft Sachleute mit Sitz und Stimme zugezogen werden. Als Vertreter für Müller wurde Genosse Wintner in den Bauausschuss gewählt. An Stelle Schönfelds wurde für den Kriegsausgleich der Schriftführer Glas bestätigt. Der Erhöhung der Mitgliederzahl zum Schulvorstand der höheren Schule wurde zugestimmt. Sodann wurde die Nachtragssumme von 93 443 M. für das Rechnungsjahr 1915 genehmigt.

Anfolge des kühlen Sommers wurde dem Wächter des Freibades die Pachtsumme um 200 M. erlassen. Die für die fünfte Kriegsanleihe beantragte Summe von 50 000 M. wurde von den bürgerlichen Vertretern einstimmig bewilligt. Der Erhöhung der Löhne der Gemeindearbeiter wurde zugestimmt.

Gerichtszeitung.

Bereinsrecht und Belagerungszustand.

Sind Vorstandssitzungen anmeldepflichtig? Mit dieser Frage hatte sich die Halle'sche Strafkammer als Berufungsinstanz zu beschäftigen. Im April d. J. hatte der Parteisekretär des Sozialdemokratischen Vereins, Reimann, eine Funktionärssitzung einberufen, um über geschäftliche Dinge zu beraten. Es sollte über die Einberufung einer Kreisgeneralversammlung beraten werden. Unter dem Punkte Beschließenes wurde dann eine Resolution eingebracht, die den Hauptvorstand in Berlin anforderte, zu der im Haag stattfindenden Friedenskonferenz einen Delegierten zu entsenden, um dadurch eine internationale Verständigung zur Herbeiführung eines baldigen dauernden Friedens zu erreichen. Durch irgendeinen Zufall kam der Wortlaut der Resolution, die nur für den Parteivorstand bestimmt war, in den redaktionellen Teil des „Volksblattes“. Der Jenfer schrieb die Resolution und die Polizei erließ dann in der Zusammenkunft eine Besammlung. Wegen Vergehens gegen das Belagerungsgesetz in Verbindung mit einem Korpsbefehl mußte sich A. dann vor dem Schöffengericht verantworten. Der Korpsbefehl verlangt nur eine Anmeldung von Versammlungen und nicht von Vorstandssitzungen. A. erklärte, daß es sich lediglich um eine solche Sitzung gehandelt habe. Laut vorliegendem Statut sind die Funktionäre als zum Vorstand gehörig zu betrachten und gehören zum eigentlichen erweiterten Vorstand. A. erklärte damals auch, daß rein zufällig die erwähnte Resolution vorgelesen wurde. Im übrigen würde er auch die Sitzung nicht angemeldet haben, wenn er gewußt hätte, daß eine derartige Resolution vorgelesen würde. Die Vorstandssitzungen eines politischen Vereins müßten sich notgedrungen auch mit politischen Gegenständen befassen.

Das Schöffengericht sprach damals den Angeklagten frei. Es habe sich um eine Sitzung und nicht um eine Versammlung gehandelt. Vor der Strafkammer beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 15 M. Es handelte sich um eine Versammlung und nicht um eine Sitzung.

Nach sehr langer Beratung hob die Strafkammer das erste Urteil auf und verurteilte A. zu 15 M. Geldstrafe. In der Begründung wurde ausgeführt: A. hätte die „Versammlung“ anmelden müssen. Zum mindesten hätte er verständigern müssen, daß eine derartige Resolution eingebracht und angenommen wurde. Die Resolution sei jedoch schon vorher vorbereitet worden. Dem Angeklagten sei es dann schon klar geworden, daß er verbotswidrig gehandelt habe. — Im Zusammenhang hiermit ist interessant, daß der Minister des

Innern auf eine Beschwerde der Liberalen geantwortet hat, die Halleische Polizei befindet sich in einem Irrtum in der Auslegung des angelegenen Korpsbefehls. In der Angelegenheit H. soll Revision eingeleitet werden. (2)

Reitenhandel mit „arrüchigem“ Schinken.

„Achtung Hausfrauen! Billig! Billig! Täglich Verkauf von Schinken zum Preise von 1,80 M. pro Pfund bei Otto Zinn, Kägener Str. 14.“

Diese Ankündigung, die von Zinn veröffentlicht wurde, in Verbindung mit Beschwerden von Käufern über die Qualität dieses Schinkens, gab Veranlassung zu einer polizeilichen Feststellung durch den Polizeiarzt Dr. Dormeier. Als dieser die Wohnung des Zinn betrat, strömte ihm schon ein betäubender, ekel-erregender Geruch entgegen. Zinn war gerade in einem Hinterzimmer mit der Abfertigung von Schinkenläufern beschäftigt und der dort lagernde Schinken strömte einen ganz penetranten Geruch aus. Herr Dr. Dormeier beschlagnahmte den in diesem Zimmer und den auf einem Balkon aufbewahrten Schinken im Gesamtgewicht von etwa 1000 Kilo und ließ die gesamte Ware nach der Sammelstelle überführen, wo sich herausstellte, daß der Schinken zu menschlicher Nahrung völlig unbrauchbar war.

Aus aller Welt.

Eine Ruhr-epidemie.

Ins wird geschrieben: In dem Stadt- und Landkreis Reddinghausen i. Westf. tritt seit mehr als einer Woche die Ruhr epidemisch auf und hat schon eine Reihe Menschenleben gefordert. Die Schulen mußten deshalb geschlossen bzw. die Ferien verlängert werden. Bisherig ist man die Herkunft der Krankheit durch die Übertragung von den ausländischen Arbeitern zu erklären, die auf den dortigen

Werken arbeiten. Wie weit diese Meinung berechtigt ist, ist schwer zu beurteilen. Wahrscheinlich ist auch, daß die Entstehung von dem Genuß unreifen Obstes herrührt. Bei der jetzigen Ernährungsweise, besonders des Mangels an Fett und Eiweißstoffen, sind der Magen und die Gedärme nicht widerstandsfähig genug, das grüne Obstzeug, das jetzt vielfach auf den Markt kommt, ohne Erörterungen aufzunehmen und zu verarbeiten. Die Folge sind die Erkrankungen. Es sollte deshalb alles Obst vor dem Genuß gekocht werden. (2)

Amlich tot — nicht amlich am Leben.

Die Fälle, daß amlich für tot erklärte Kriegsteilnehmer noch am Leben sind und sich in Gefangenschaft befinden, sind scheinbar nicht so ganz selten. Eine Leserin unseres Blattes schreibt zu der von uns vor einigen Tagen unter obiger Überschrift gebrachten Notiz:

„Auch mir erging es genau wie dieser Frau. Auch ich erhielt vom Ersatzbataillon meines Mannes einen amlich beglaubigten Totenschein nebst einem Weisheits schreiben im Namen des Regimentskommandeurs wonach mein Mann am 20. April 1918 durch Artillerietopfschlag im Rabenwalde bei Verdun gefallen sei. Nach zwei Wochen mußte ich sogar auf dem Standesamt erscheinen, und hier wurde mir von dem Beamten feierlich die Sterbeurkunde vorgelesen. Das Erlaunen der Beamten hätte man sehen müssen, als ich nach benötigter Vorlesung erklärte, mein Mann sei nicht tot, sondern in französischer Gefangenschaft denn zu meinem Glück befand ich mich zu dieser Zeit bereits im Besitze dreier von meinem Manne aus der Gefangenschaft geschriebener Karten. Hätte mein Mann nun noch nicht geschrieben, dann hätte ich doch glauben müssen, er sei tot; aber ich hoffe nun, daß er doch noch recht lange lebt.“

Es wird nicht ganz zu vermeiden sein, daß solche Irrtümer bei den militärischen Kommandos vorkommen. (2)

Die verdoppelte Mitternachtsstunde.

Die preussische Eisenbahndirektion macht bekannt: In der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober erfolgt die Ueberleitung aus der Sommerzeit in die Winterzeit (Mitteleuropäische Zeit). Der 30. September d. J. endet eine Stunde nach Mitternacht, also um 1 Uhr nachts. Die Uhren werden in dieser Nacht um eine Stunde auf 12 Uhr nachts zurückgestellt werden. Die Stunde von 12 bis 1 Uhr erscheint infolgedessen zweimal. Im Verwechslungen zu vermeiden, wird die erste Stunde von 12 bis 1, die noch zum 30. September gehört, als 12⁰⁰, 12⁰¹ usw. bis 12⁵⁹ bezeichnet und die zweite Stunde 12 bis 1, mit welcher der 1. Oktober beginnt als 12⁰⁰, 12⁰¹ usw. bis 12⁵⁹.

Zahlreiche Pilsvergiftungen werden wiederum gemeldet. In Egypten im Taunus verstarben die Ehefrau und drei Kinder des Fabrikarbeiters Schreiner nach dem Genuß von Sekundälpilsen. In Karlsruhe sind die Ehefrau und drei Kinder im Alter von 6, 11 und 12 Jahren eines Sattlers nach dem Genuß von Sekundälpilsen verstorben. In Gernersheim starb die Ehefrau Schweiger nach dem Genuß von Pilsen ebenfalls im Spital. In Rostock starben nach dem Genuß giftiger Pilsen der Rentier Müller, dessen Ehefrau, Tochter und Enkelkind.

Parteiveranstaltungen.

Charlottenburg, Mittwoch, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Volkshaus, Köpenickerstr. 4. Bericht von der Reichskonferenz, Stellungnahme zu den Beschlüssen der Reichsgeneralsammlung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Lichterfelde, Dienstag, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Bahndorf, Dinsburgdamm 104: Mitgliederversammlung, Tagesordnung: 1. Bericht von der außerordentlichen Generalsammlung, 2. Diskussion und Abstimmung über den Vorschlag der Reichsgeneralsammlung, einen

einmaligen Beitrag zu erheben. 3. Aussprache über die Reichskonferenz.

Mariendorf, Mittwoch, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Volkshaus, Köpenickerstr. 4. Bericht von der Reichskonferenz, der Reichsgeneralsammlung und der Frauenkonferenz. Referent: Genosse Fritz Jüdel.

Der Sozialdemokratische Wahlverein Eichwalde und Umgebung hält am Mittwoch, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Bille eine Versammlung ab zwecks Stellungnahme zu den Beschlüssen der Reichsgeneralsammlung vom 10. September und zu Vereins- und Gemeindeangelegenheiten. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Der Kreis-Jugendbundshub Niederbarnim hat an Stelle des zum Kreisdienste eingezogenen Genossen Renner den Genossen Dr. Sommerfeld, Berlin-Oberhohenschloß, Rathlindstr. 1a, zum Vorsitzenden gewählt. Alle Zuschriften werden nur an diese Adresse erbeten.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen. Berlin-Oberhohenschloß, Dienstag, den 26. September, nachmittags 5 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums. Auf der Tagesordnung liegt u. a. „Beschaffung von Lebensmitteln“.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Adressanten Lindenstr. 5, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Wunsch und ein Gebot als Rechtsbehelf anzuführen. Besondere Kenntnisse sind nicht erforderlich. Anfragen, denen keine Abnommenscheinung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Billige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und verglichen bringe man in die Sprechstunde mit.

6. 57. Nach einem Jahre ist die Pflicht der Gemeinde zur Zahlung erloschen. — 3. 82. 1. Die Weidunterstützung wird für den auf die Einberufung folgenden Monat bezahlt. 2. Unteres Wissen nicht. — Kibel 70. Geringer Herzfehler, dienstfähig. Dr. Fr. 8. Der Hausarzt kann dazu nicht gezwungen werden, gesetzlich ist darüber überhaupt nichts bestimmt. Das Mietbuch ist dazu erforderlich. Dr. Fr. 27. 1. Werden sich mit demselben begnügen, wie die gemündlicht. Unten. 2. Weidungen, die uns zulegen, haben wir auch veröffentlicht. Wenden Sie sich an das dortige Gemeindeamt. — Th. 18. Der preussische Morgen hat 180 Quadratruten und diese 14,18 Quadratmeter. — O. 3. 35. Das Rus war zweifellos nicht heiß genug eingeleitet, sonst hätte es nicht so hart verschimmeln können. Gichtig ist es darum jedoch nicht. Sie müssen es aber schnell verbrauchen. Wenn Sie wieder Rus toden, so lassen Sie es in den zur Aufbewahrung bestimmten Gefäßen im warmen, jedoch nicht heißen Wasser stehen, bis sich oben eine feste Kruste gebildet hat. Dann gut verschließen. Ein Zusatz von Einmachessigsäure oder anderen Säurepräparaten, die immer nicht einwandfrei sind, erhöht sich bei diesem Verfahren. Der Aufbewahrungsort muß trocken sein. — R. 8. Der Antrag muß an das Ersatzbataillon desjenigen Regiments gestellt werden, zu dem Ihr Mann eingezogen wurde. — C. O. 30. Bei dem von Ihnen angegebenen Verdienst könnte Ihnen leider die Unterstützung entzogen werden. Für die Kinder wird nicht mehr Unterstützung gezahlt, als Sie angegeben haben. Sie könnten höchstens für die Kinder eine Zeitaufstützung beantragen. — 3. B. 1917. 1. Wenn der Pächter den vereinbarten Pachtzins nicht zahlt, kommt der Vertrag zur Auflösung. 2. Wenn der Pächter mit der Zahlung des Pachtzins in Verzug gerät, verliert er auch sein Anrecht auf das Vorpachtrecht. 3. Zur Beitragszahlung an die Berufsgenossenschaft sind Sie verpflichtet; diese Beiträge zu zahlen, liegt auch in Ihrem eigenen Interesse. — L. 10. — Sie können in besonderen Fällen die Auszahlung eines Teiles vom Spargut beantragen beim Vormundschaftsamt Berlin, Landberger Str. 43/47. — R. B. 11. 1. Von dem Tage an, wo er ein steuerfähiges Einkommen bezieht. 2. Na, wenn Sie ein dem Steuerjahr entsprechendes Einkommen haben. 3. Wahrscheinlich nicht, da die Einkunftsart von vier Wochen derselben sein wird. 4. Das ist auf dem Steuerzettel angegeben. — H. R. Rein. — Anna. 1. Sie müssen 45 M. monatlich Unterstützung erhalten, erbeten Sie event. Beschwerde beim Militärbureau des Regiments, Klosterstr. 63. 2. Das ist durchaus nicht zureichend.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags. Diesmal neblig, sonst trocken und ziemlich heiter, am Tage sehr mild.

Unserem Freund u. Genossen Oskar Kersten u. seiner Frau leben zu ihrem 25jähr. Ehejubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Die Begleitfahrer.

Unser Genossin Gloger die besten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. A. L. W. L. W. 12995 Bez. 123, II.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Ortsverwaltung Lichtenberg. Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege Anton Dera (Lichterstraße 16) verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Mittwoch, den 27. September, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhofe in der Lichterstraße statt. Um rege Beteiligung ersucht 74/11 Die Ortsverwaltung.

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands. Filiale Berlin. Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß die Kollegin Gertrud Piastowski geb. 8. 12. 90 am 23. September verstorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gnaden-Kirchhofes, Parufstraße, aus statt. 163/17 Die Ortsverwaltung.

Zum Sterbetage unseres lieben Bruders und un-bergehligen Sohnes Artur Bürger vom Grenadier-Regiment Nr. 12, gefallen am 29. 9. 1915. Geliebter Bruder und Sohn, wir können's ja nicht lassen, daß Du nicht lehrst zu uns zurück. Du wollest doch noch gern die Heimat wiedersehen. Du hast aber nicht mal in der Garnison das Glück. So schlaß denn wohl in fremder Erde, geliebter Bruder. So jung mußt Du schon von uns gehen. Du bist erlöst von diesem Jammer-tale, nun werden wir Dich niemals wiedersehen. Der Abschied war für uns sehr schwer. Der Platz an unserem Tisch bleibt ewig leer. Geduldet in schwerlicher Erinnerung von Deinen Eltern Fritz und Hans und Deiner lieb nie vergeßenden Mutter Witwe Wanda Bürger. Berlin-Niederhohenschloß. 912

Bekanntmachung. Der Fahrpreis der Leistikreden unseres Pferde-Omnibus-Betriebes wird vom 1. Oktober d. J. ab von 5 Pf. auf 7 1/2 Pf. erhöht. Der Fahrpreis für die ganze Strecke bleibt mit 10 Pf. bestehen. Unsere Fahrgäste bitten wir um wohlwollende Aufnahme dieser zur Aufrechterhaltung des Betriebes unermehlichen Maßnahme. Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. A. Berl. Reichstagswahlkreises. Köpenicker Viertel. Bez. 137. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter Gustav Hennig verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 27. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Fried-lichstraße aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 218/11 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim. Bezirk Lichtenberg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt Anton Dera am Sonntag, den 24. d. Mts., im 55. Lebensjahre verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Lichterstraße 16 aus nach dem Fried-hof in der Lichterstraße statt. 14/6 Rege Beteiligung erwartet Die Bestattleitung.

Zum Sterbetage meines lieben, guten, nieder-gefallenen Mannes, des Jägers Otto Böttcher Charlottenburg, Umanstr. 3, ge-fallen am 26. September 1915. Ein Jahr ist schon dahingegan-gen, wo ich die traurige Nachricht bekam, daß Du guter Otto den Tod in Ruhland fandest. Ich darf ja nicht daran denken, da Du brichst mein Herz entzwei, daß Du nicht mehr lebst in Deine liebe Heimat ein. Dein Böddchen sagt so oft: Wo ist mein lieber Papa hin, er schreibt doch so oft, daß er bald bei uns wiederkommen wird? Wenn einst die Glocken den Frieden verkünden, Und die Streiter in der Heimat sich einfinden, Und mein lieber Gatte ist nicht abet, Dann brichst mit von neuem das Herz entzwei. Vorbei, vorbei ist all unser Wehen und Hoffen, unser guter Papa kehrt nie mehr zurück. Trennung, o wie schwer bist Du! Geduldet von seiner lieben Frau Johanna Böttcher nebst Böddchen. 1502

Zum Sterbetage meines lieben Bruders und un-bergehligen Sohnes Anna Baermann geb. Kattenbach am 28. d. M. im 43. Lebensjahre nach einjährigem Leiden verstorben ist. Der trauernde Gatte nebst Kindern, Turiner Str. 33. Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 26. September, nachmittags 3 Uhr, vom Kirchhof der Nazareth-Gemeinde Reimden-dorf-West, Köpenickerstr., aus statt. Nur, wer die Sehnacht kennt, weiß, was ich leide.

Ungewante Erwerbs-Möglichkeiten geschulte Kräfte gesucht Metet die nächste Zukunft. Eine be-greifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Auf-schwung unserer Industrie u. des Han-dels steht bevor, und es werden überall

Oskar Wollburg Trauer-Magazin gegründet 1896 Brunnenstr. 56-57 Große Auswahl in schwarzer Konfektion. Auf Wunsch Mahnungserlägung in 3 Stunden. Änderungen sofort u. gratis. Kundenzahlungen berechnungsfrei. Fernruf. 21. 10. 10.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. B. Berl. Reichstagswahlkreises. 5. Aht. Bez. 898. Am Freitag, den 22. September, verstarb unser Genosse der Tischler Paul Lehmann Schönensche Str. 12. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gnaden-Kirchhofes, Weihenfer, Wilschstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- u. Staats-ärzte, Filiale Groß-Berlin. Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen Karl Kosehnicki vom Gastwirt Charlottenburg. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Montag, den 26. September, nachmittags 2 Uhr, auf dem neuen Zentral-Friedhof, Charlottenburg, Hakenbrunnener Weg, statt. Um rege Beteiligung bei der Bestattung des Kollegen ersucht 84/15 Die Ortsverwaltung.

Wenn einst die Glocken den Frieden verkünden, Und die Streiter in der Heimat sich einfinden, Und mein lieber Gatte ist nicht abet, Dann brichst mit von neuem das Herz entzwei. Vorbei, vorbei ist all unser Wehen und Hoffen, unser guter Papa kehrt nie mehr zurück. Trennung, o wie schwer bist Du! Geduldet von seiner lieben Frau Johanna Böttcher nebst Böddchen. 1502

Kennen Sie die Wohlthat einer Leibbinde? Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie aller Art Bruchbandagen Artikel 2. Gesund- u. Krankenpflege Pollmann, Bandagist Berlin N., Leibringer Str. 60. Lieferant für Krankenkassen. Reuters Werke 3 Bände 4 Bände Buchhandlung Vorwärts

Kranzspenden (sowie sämtliche Blumenarrangements) liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 63, Tel. Wpl. 7303

Heines Werke 3 Bände 4 Bände Buchhandlung Vorwärts

Knabenanzüge, Paletots und Pyjamas. Der Einzelverkauf zu Fabrikpreisen befindet sich jetzt Königsstr. 55¹, gegenüber Rathaus. Bezugsache vorrätig!

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer. Ind. P. Gollet Mariannestr. 3. Tel. Mpl. 10303

Spezialarzt Dr. med. Wockerauß. Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Eritlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufs-störung. Teilkosten. Sprechstunden: 10-1 und 5-8

Bruchleidende Eine Erfindung Nr. 10000 ist außer gas. gesch. Spranzband Konkurrenzlos bestehend. Ohne Feder, ohne Gummiband, ohne Schenkelriemen, Verlangen Sie gratis Prospekt. Die Erfindung Gebr. Spranz, Unterkaohles No. 356 (Wittenbergstr.)

Für Schuhmacher! Auswahlsatz Obersecke sortiert in Damen-, Herren- und Kind-ergröße, Pfund 5 Mark, sowie Ober- u. Unterlederabfälle, Lederabfälle, Berlin-Wellenrose, Langhammstr. 33, Tel. 191.

Buchhandlung Vorwärts, Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlin, 21. September 1916.

Erster Tag.

Die Reichskonferenz tagt in dem Sitzungssaal der Budgetkommission des Reichstags. Kurz nach 9 Uhr eröffnet Ebert die Konferenz und begrüßt die Teilnehmer.

Die Reichskonferenz tagt in dem Sitzungssaal der Budgetkommission des Reichstags. Kurz nach 9 Uhr eröffnet Ebert die Konferenz und begrüßt die Teilnehmer.

Die Leitung der Konferenz wird dem Parteivorstand übertragen. Ferner beschließt die Konferenz, Haase als Hauptredner der Widerheit unbegrenzte Redezeit zu gewähren.

Ebert: Es ist behauptet worden, der Parteivorstand habe sich das Korreferat der Widerheit erst durch den Parteilaufschuh abwinken lassen.

Zur Tagesordnung läuft ein Antrag Braun-Kürnberg ein, als dritten Punkt der Tagesordnung zu behandeln: Die Ueberführung des Kriegszustandes und der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand und die Friedenswirtschaft.

Dr. Braun-Kürnberg begründet den Antrag. Die wichtigste politische Aufgabe ist nicht, auf das zurückzuführen, was gewesen ist, sondern Richtlinien für die Zukunft aufzustellen.

Dr. David: Die praktischen Aufgaben, die uns nach Beendigung des Krieges bevorstehen, sind gewiß wichtig, aber auch kompliziert und schwierig.

Hentze-Bremen: Zweifellos ist eine Erörterung dieser Fragen von großer Wichtigkeit. Aber die uns zur Verfügung stehende Zeit reicht dafür nicht aus.

Dr. Braun-Kürnberg: Es ist ja erzieulich, daß Hentze und David bei dieser Gelegenheit einer Meinung sind.

Haase: Auch ich muß Braun den Schmerz bereiten, daß ich mit David vollkommen übereinstimme.

Ebert: Lieber unsere Verhandlungen wird in gleicher Weise wie über die Verhandlungen der Parteitage ein stenographisches Protokoll aufgenommen.

Lebedour wendet sich gegen diese Vorschläge: Wir müssen unseren Deputierten in weitestem Maße Rechenschaft geben.

David: Die Vorschläge des Parteivorstandes würden den Erfolg haben, daß ein durchaus einseitiger Bericht in die Presse kommt.

Müller (Parteivorstand): Unser Vorschlag gründet sich gerade auf das Argument, die Widerheit zu säubern.

Hentze-Bremen: Die Vorschläge des Parteivorstandes würden den Erfolg haben, daß ein durchaus einseitiger Bericht in die Presse kommt.

Lebedour: Wenn beschlossen wird, vor Beendigung der Konferenz keinen Bericht zu veröffentlichen, so lesen wir vielleicht in der bürgerlichen Presse eher über die Konferenz etwas als in der Parteipresse.

Limberg-Essen schlägt vor, zur Abfassung des täglichen Resümées je einen Redakteur der Widerheit und der Mehrheit einzuziehen.

Ebert: Wir sind damit einverstanden, daß gemeinsam mit dem Parteivorstand je ein Redakteur der Widerheit und der Mehrheit die Resümées nachprüft.

Dr. Gradnauer-Dresden: Wenn nach dem Vorschlage Bloch und seiner Freunde verfahren würde, so würde jeder seine subjektiven Anschauungen über die Verhandlungen hinausprechen.

Hentze-Bremen: Fangen wir doch unsere Arbeiten nicht damit an, der von der Konferenz eingesetzten Leitung Mißtrauen entgegenzubringen.

Der obenstehende Bericht über die Reichskonferenz ist natürlich nur insofern „ausführlich“, als es in den Grenzen der heutigen Preßverhältnisse möglich ist.

kurzen objektiven Bericht herzustellen. Die Parteigenossen würden es freudig begrüßen, wenn der erste Bericht über unsere Konferenz einen Charakter tragen würde, aus dem das Land herausfährt, daß die Absicht wirklich vorhanden ist, wieder auf gemeinsamen Boden zusammenzuarbeiten.

Eisner-München: Schon um die Konferenz selbst nicht zu gefährden, möchte ich bitten, sich bis zum Schluß der Konferenz Zurückhaltung aufzuerlegen und dem Antrage Limberg zuzustimmen.

Ebert: Das ist auch durchaus nicht unsere Absicht. Wir wollten nur den Vorbehalt machen, daß die Konferenz mit Rücksicht auf den Belagerungszustand beschließen kann, wo Einschränkungen zu machen sind.

Die Konferenz beschließt, daß zur Feststellung des täglichen Resümées je ein Widerheits- und Minderheitsredakteur zugezogen wird.

Als Tagungszeit wird die Zeit von 9-11 und 3-7 festgelegt. Lipinski-Leipzig wünscht, daß der Präzisionsbericht über den Stand der Mitgliederbewegung seit März dieses Jahres angefertigt wird.

Ebert: Wenn es möglich ist, werden wir dem Wunsche Resümierung tragen.

Der Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung Lebedour, die von mehr als hundert Delegierten und Abgeordneten abgegeben wird.

Praschke (Teltow-Beeskow) gibt für die Gruppe Internationale eine Erklärung ab: Die Reichskonferenz verleiht den in der Partei herrschenden Ansichten den falschesten und entstelltesten Ausdruck.

Es wird in die Tagesordnung eingetragen. Das Wort erhält als Referent über

Die Politik der Partei

Scheidemann: Während alle anderen Parteien, wenigstens äußerlich, in kumpfer und dumpfer Ruhe hinhocken, wird unsere Partei von einer Krise geschüttelt, wie sie die Parteigeschichte noch nicht kennt.

Was war es, was in den ersten Augusttagen 1914 das ganze deutsche Volk erfüllte?

In den Erörterungen unserer Fraktion über die Bewilligung unserer Kriegskredite war davon nichts zu spüren. Nein, das ganze deutsche Volk war erfüllt von dem Bewußtsein der ungeheuren Gefahr, in der es schwebte, und aus der sich der einzige Ausweg zeigte: die aus dem Aufbegeh aller Kräfte geborene Tat.

Was war es, was in den ersten Augusttagen 1914 das ganze deutsche Volk erfüllte? War es kriegerische Begeisterung? In den Erörterungen unserer Fraktion über die Bewilligung unserer Kriegskredite war davon nichts zu spüren.

Was war es, was in den ersten Augusttagen 1914 das ganze deutsche Volk erfüllte? War es kriegerische Begeisterung? In den Erörterungen unserer Fraktion über die Bewilligung unserer Kriegskredite war davon nichts zu spüren.

heißem, diesem Wahnsinn den letzten Rest von Vernunft zu nehmen, wenn man verlangen wollte, daß ein Volk einfach seinen Wufel hinhalten muß, um die Kräfte zu empfangen, die die andern ihm ausgedacht haben.

Nun hat man gesagt, wir hätten wenigstens die deutsche Regierung zur Friedensbereitschaft bewegen können. Was nützt es aber, wenn die eine Regierung den Frieden will, die andere aber nicht?

Die Beschlüsse der internationalen Kongresse fordern von uns, alles zu tun, um einen ausgebrochenen Krieg so schnell als möglich zu beenden. Sie fordern das natürlich nicht nur von uns, sondern von den Sozialisten aller Länder.

ff. Dadurch wird uns nicht geschadet, wir gewinnen vielmehr Kenntnis von Personen, und Verhältnissen, die unserer Arbeit nur förderlich sein kann. Den Herren von der Regierung zu Gefallen zu sein, haben wir keine Veranlassung. Die Regierung weiß auch ganz genau, wie wir über ihre Politik denken. Kommt sie doch unseren Wünschen z. B. in der Lebensmittelfrage nicht nur nicht entgegen, sondern tut schürst das Gegenteil von dem, was wir für richtig halten. In rücksichtsloser Weise haben wir hier unsere Forderungen erhoben. Darüber gibt es keine Differenz in der Partei. Einig waren wir auch in der Beurteilung des Steuerbündels der Reichsregierung, in der Verwerfung der Reichs- und Verbrauchssteuern und in der scharfen Ausgestaltung der Kriegsgewinnsteuer. Zur Überraschung aller Welt hat die Arbeitgemeinschaft die Gewinnsteuer aber schließlich abgelehnt. (Widerpruch.) Der Kriegspolitiker der Regierung gegenüber bleiben wir äußerst kritisch. Natürlich können wir nicht alles, was von der Regierung kommt, unbedenken herunterputzen, das haben wir nie getan. Wir betrachten es nicht als Schande, daß wir dem Reichskanzler in der U-Bootfrage und der Vermeidung des Krieges mit Amerika geholfen haben. (Sehr richtig!) Ständen wir jetzt im Krieg mit Amerika, so hätten wir eine furchtbare Verantwortung zu tragen, wenn wir damals anders gehandelt hätten. Ueber dies und manches andere wird erst nach dem Kriege gesprochen werden können. Am meisten leidet ja unter dem Zustand, daß nicht alles gesagt werden kann, nicht die Wahrheit, sondern die Mehrheit. (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.) Wir können jetzt nicht sagen, was vielen die Augen öffnen würde und zeigen, daß wir alles getan haben, um den Krieg abzuwehren. (Zuruf: Sagen Sie es doch jetzt, wo wir unter uns sind!) Es handelt sich hier um Dinge, deren Tragweite Sie nicht übersehen, jedes Wort wird jetzt hinausgetragen und ausgenutzt nicht gegen mich, das wäre mir egal, sondern gegen unser Land.

Wir billigen es also, daß der Reichskanzler wiederholt seine Friedensbereitschaft erklärt hat. Wir billigen es nicht, daß er in diesen Neben sehr unklar gewesen ist und Unklarheiten gebraucht hat, die er offenbar für diplomatisch hält. Wir meinen, wenn er offen sagen würde, wie er und alle nüchtern gebliebenen Leute über die Kriegsziele denken, daß dadurch die Friedenssichtungen vergrößert werden. Es würde nur nützen, wenn die deutsche Regierung auszusprechen würde, daß zwar die deutsche Widerstandskraft unbegrenzt ist, daß aber andererseits Deutschland gar nicht daran denkt, demütigende oder erniedrigende Bedingungen für den Frieden aufzustellen, wie das der englische Ministerpräsident jetzt wieder behauptet hat. Es würde die Friedensbewegung in den feindlichen Ländern sicher größere Kraft gewinnen, wenn vom deutschen Reichskanzler einmündig festgesetzt würde, daß Deutschland den Frieden ohne Annexion will. Wenn dann vom Ausland trotzdem der Krieg fortgesetzt würde, würde das ganze deutsche Volk um so einmütiger zusammenstehen. Baron Burian, der Minister des Auswärtigen in Oesterreich-Ungarn, hat ja dieser Tage ganz deutlich gesagt: Wir führen einen Verteidigungskrieg und kämpfen doch um die Erreichung eines ehelichen Friedens. Sobald hoffnungsvolle Aussichten hierzu vorhanden sein werden, werden wir keinen Augenblick dieses furchtbare Blutvergießen weiter fortsetzen. — Das kann der deutsche Reichskanzler auch sagen. Einen ausgezeichneten Anlaß dazu gibt ihm jetzt wieder die wunderbare Rede des französischen Ministerpräsidenten Briand. Mit unserer Friedensaktion, die wir natürlich nicht im Einverständnis mit der Regierung, sondern sehr gegen sie unternommen haben, beneiden wir, daß wir in geschlossener Abwehr gegen die Annexionspolitik aller Richtungen stehen. Der Parteivorstand hat es bedauert, daß sich einige Parteigenossen an den Kundgebungen des Nationalausschusses beteiligt haben. Wir wollen auch nicht den Vorwand zu dem Verzicht geben, als hätten wir mit irgendwelchen Annexionspolitikern eine Gemeinschaft. Ein Deutsches Reich, dem Millionen fremdsprachiger Menschen angegliedert wären, könnte gar nicht anders als reaktionär regiert werden. Das wünschen gerade die Eroberungspolitik. Also unsere Stellung zur Annexionspolitik ist klar genug. Natürlich kommt es nicht darauf an, ob bei den schließlichen Friedensverhandlungen irgendein Grenzstein verrückt wird, sondern darauf, daß die Veränderungen, die beschlossen werden, eine Form bekommen, die die Zustimmung aller Beteiligten finden kann. Sollen wir etwa darauf bestehen, daß Polen um alles in der Welt russisch bleiben muß, selbst wenn die Möglichkeit bestehen sollte, daß es frei und selbständig gemacht werden kann? Das würde uns als Sozialisten schlecht anstehen. (Sehr richtig!) Bei den Friedensverhandlungen wird über den Balkan, über Vorderasien, über Afrika, wahrscheinlich über die Machtverteilung in der ganzen Welt verhandelt werden. Können wir da verlangen, daß alles unter allen Umständen so bleiben muß, wie es vor dem Kriege gewesen ist? Eine Vereinbarung über Abänderung der Verhältnisse, wenn sie nur nicht die Gefahr neuer Kriege in sich schließt und nicht eine Vergewaltigung eines fremden Volkes bedeutet, kann uns mindestens ebenso recht sein. Wir sind keine Annexionisten und treiben auch keine Regierungspolitik. Wohl wünschen wir eine Uebereinstimmung zwischen der Politik der Regierung und der Sozialdemokratie insofern, daß die Regierung das tue, was wir für richtig halten. Ich glaube, daß die Verhältnisse die Regierung dazu zwingen werden. Mit Nebenarten wie, daß wir Sozialpatrioten, Sozialimperialisten usw. seien, gebe ich mich nicht ab. Das habe ich um so weniger nötig, als ja unsere Freunde in der Arbeitgemeinschaft von den Spartakisten noch die schlimmsten gebanmarkt sind. (Weiterkeit.) Wir haben so gehandelt, wie wir glaubten, als Sozialdemokraten handeln zu müssen. Wie bisher, so wird auch unsere zukünftige Politik nicht im leeren Raum vor sich gehen, sondern unter dem Druck der Verhältnisse stehen. Wer vermag die großen Aufgaben zu übersehen, die Schwere der Kämpfe zu ermessen, die uns nach dem Kriege noch bevorstehen? Werden wir stark genug sein, diese ungeheuren Aufgaben, diese Kämpfe zu erfüllen, oder werden wir vor lauter Selbsterleuchtung um für lange Zeit lahmlegen in der Vertretung der Arbeiterinteressen. Ich bin überzeugt, die Arbeiter selbst werden bald tabula rasa machen mit denen, die Geschäftigkeit und Rechtsaberei allem andern überordnen. Die Arbeiter werden bald zu ihrem Schrecken gewahr werden, wie unheilvoll Disziplinlosigkeit wirkt. Nach der Wiedertehr auch nur halbwegs normaler Zeiten werden die Massen erkennen, wie unbedeutend die Spaltung der Fraktion war. In einer demokratischen Partei muß sich eben die Mehrheit der Mehrheit fügen. (Zustimmung.) Freilich hören wir seit geraumer Zeit, daß wir uns doch verständigen könnten, wenn sich nur die Mehrheit der Mehrheit fügen würde. (Weiterkeit.) Mit Demokratie hat das aber nichts mehr zu tun. Darüber, ob ein Grundab oder formale Dinge in Frage kommen oder wie ein Grundab auszugehen ist, kann in einer Körperschaft nur die Mehrheit entscheiden. (Lebhafte Zustimmung.) Die gegenteilige Auffassung muß zum Anarchismus führen. (Sehr wahr!) Eine Fraktion würde sich zur völligen Ohnmacht verdammen und zum Gespött werden, wenn sie dulden würde, daß jeder in ihr auf eigene Faust machen kann, was er will.

All das Unglück des Krieges ist nur über die Welt gekommen, weil wir zu ohnmächtig waren, es zu verhindern. Wir wollen aber die Erhaltung unseres Volkes, wir wollen den Aufstieg der Menschheit aus jammervoller Erniedrigung. Dazu brauchen wir Macht. Voraussetzung zur Macht aber ist Geschlossenheit und Disziplin. (Sehr wahr!) Die deutsche Sozialdemokratie muß darauf bedacht sein, stark und stärker zu werden als Ausdruck und Werkzeug der über alle Autoritäten emporsteigenden Volksmassen. Das muß uns schließlich gelingen, trotz Alledem, komme, was da will! (Stürmischer Beifall und Handklatschen.)

Ueber die Zusammensetzung der Reichskonferenz berichtet

Partei's Parteivorstand) und schlägt vor, alle Mandate, auch die beanstandeten, für gültig zu erklären. Da die Konferenz keine verbindlichen Beschlüsse fassen soll, erklärt P i n s t i, daß man auf eine Mandatsprüfung nicht zu bestehen brauche und schließt sich dem Vorschlag an. — In der anschließenden kurzen Debatte wird besonders die Frage erörtert, ob der Parteivorstand

von sich aus entschlossen gewesen sei, die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Arbeitgemeinschaft zur Reichskonferenz einzuladen, oder ob er sich dazu erst infolge des Verlangens der oppositionellen Mitglieder des Parteiaususses entschlossen habe.

Die Konferenz erklärt sämtliche Mandate für gültig, auch die der drei Vertreter der neuen Kreisorganisation Teltow-Beeskow, deren rechtmäßigen Bestand der Parteivorstand nach wie vor nicht anerkennt. Der Parteivorstand erklärt jedoch, daß er selbst die Zulassung dieser drei Vertreter beantragt habe, um die Zeit der Konferenz nicht noch mit einer Debatte über Teltow-Beeskow zu belasten.

Darauf tritt die Mittagspause ein. — In der

Nachmittags-Sitzung

berichtet über die

Tätigkeit des Parteivorstandes

E b e r t: Der Weltkrieg traf uns in den Vorbereitungen zum Parteitag. Unsere Mitgliederzahl hatte sich im abgelaufenen Jahr um 10 Proz. gesteigert und eine Million überschritten. Auch in der Parteipresse war der Abonnentenerlust des Vorjahres ausgeglichen worden. Die Wirkungen des Krieges setzten aber sofort mit voller Wucht ein. In etwa sechs Wochen nach Kriegsausbruch verlor die Parteipresse ein Fünftel ihrer Abonnenten. Der Mitgliederverlust der Organisationen seit März 1914 beträgt 63 Prozent.

Der Abonnentenstand der Parteipresse zeigt gegenüber dem Stand von 1914 einen Rückgang von 46 Proz., die Einnahmen an Parteibeiträgen zeigen einen Rückgang von 788 467 auf 289 254 Mark. Mit dem starken Einziehen zum Hoer in den letzten Monaten hat sich das Bild natürlich noch wesentlich ungünstiger gestaltet. Aber der Rückgang des Mitgliederbestandes und der Abonnenten ist weit stärker als die Zahl der Einberufungen. (Hört! hört!) Das beweist der starke Rückgang der weiblichen Mitglieder trotz der gesteigerten Erwerbsmöglichkeiten im Kriege. Am geringsten ist der Rückgang der Mitglieder dort, wo sie mit den positiven Arbeiten der Partei beschäftigt worden sind. Wo man sich jahrelang hindurch nur mit Parteitreit beschäftigt hat, sind die Mitglieder natürlich nicht gestiegen worden, sondern haben der Partei schließlich den Rücken gekehrt. — Bei der langen Dauer des Kriegszustandes ist eine möglichst enge Fühlung zwischen der Zentralsektion und den einzelnen Organisationen notwendiger als je. Wir haben daher nicht nur den Parteiaususs, sondern auch die Redakteure, die Geschäftsführer und die Bezirksleitungen der Jugendbewegung wiederholt zu Konferenzen berufen. — Gleich nach Kriegsbeginn haben wir energisch den Standpunkt vertreten, daß die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in allen Teilen des Reiches und während der ganzen Kriegsdauer mit der Verfassung unvereinbar ist; und unter allen Umständen müsse das Recht der politischen Kritik gewahrt bleiben. In einer besonderen Denkschrift haben wir gegen das System der militärischen Zensur, heitschaft und gegen die vielfach sinnlosen und ungerechtfertigten Verhaftungen des allerhöchsten Proleten erhoben. Aber wir haben die Parteigenossen und die Parteipresse auch vor Unbesonnenheiten gewarnt, die nicht nur dem einzelnen, sondern auch unserer Sache schaden. Eine solche Stellungnahme ist bereits früher, und zwar unmittelbar nach dem Karaffolofall auf Veranlassung und mit Zustimmung des Genossen Bebel in einer früheren Konferenz der Redakteure festgelegt worden. Als eine der wichtigsten Aufgaben betrachteten wir es, den wirtschaftlichen Kriegswirkungen nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Es handelte sich zunächst um die Vermeidung der Arbeitslosigkeit mit Hilfe von Reichsmitteln, um die Erhöhung der Unterstützung von Krügerfamilien, um die Schaffung einer Wöchnerinnenhilfe, um Neuregelung der Fürsorge für Kriegsverletzte und Kriegshinterbliebene. Das Erreichte ist allerdings ungenügend und unvollständig. Was aber an Verbesserungen geschaffen ist, ist fast ausschließlich auf die intensive Tätigkeit der Partei und der Gewerkschaften zurückzuführen. Eine zweitgrößte Aufgabe ist die Sicherung der Volksernährung. In einer Broschüre haben wir das hier in Betracht kommende Material zusammengestellt. Dem Widerstand der Produzenten und Händler mußte überall energisch das Konsumenteninteresse entgegengestellt werden. Andauernd haben die Vertreter unserer Partei in den Landtagen und in den Gemeinden ebenfalls die Lebensmittelfrage erörtert, um auch die Bundesstaaten und Gemeinden zu ermuntern und durchgreifenderen Maßnahmen zu veranlassen. Alle Erfolg versprechenden Maßnahmen haben wir für den Kampf gegen den Kriegswunder eingesetzt, und hierbei hat stets volle Uebereinstimmung in der Presse bestanden. Trotzdem hat wohl nichts mehr zur Verschärfung der Parteigenossen beigetragen wie die Lebensmittelschwierigkeiten. (Sehr richtig!) Die Lebensmittelfrage ist im Parteitreit manchmal demagogisch benutzt worden. (Sehr wahr!) Ruhen von einer solchen Taktik haben nur die Lebensmittelsucher, den Schaden hat die Partei. Trotz der noch bestehenden großen Mängel in der Lebensmittelversorgung darf doch die Bedeutung der Parteiarbeit nicht verkannt werden. Ohne sie wären die Interessen der Arbeiterklasse noch weit weniger berücksichtigt worden. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung lassen sich Profit und Ausbeutung nicht durch Verordnungen und Paragraphen aus der Welt schaffen. Der Kampf um die Sicherung der Volksernährung ist auch ein Teil unseres großen Kampfes, um die Erringung der politischen Macht. (Sehr richtig!)

Ein anderes wichtiges Tätigkeitsgebiet sind die Bestrebungen des Parteivorstandes, die Aktionsfähigkeit der Internationale wieder herbeizuführen. Allerdings haben wir auch früher bei der Internationale Missionen über unsere Macht zur Verhinderung des Krieges erteilt. Als das Internationale Bureau am 28. Juli 1914 zusammentrat, hat auch niemand an einen Kriegstreif gedacht. Das Bureau forderte die Proletariat auf, in den Kundgebungen gegen den Krieg fortzuführen und sie zu verstärken. Das haben wir getan, soweit unsere Kraft reichte. Als das Verhältnis schon unabweisbar war, haben wir den Genossen Müller nach Brüssel und Paris geschickt, um Fühlung mit dem Internationalen Bureau und der Partei Frankreichs zu halten. Nach Kriegsausbruch hat die Parteileitung diese Bestrebungen der Verständigung und Fühlungnahme mit der Internationale fortgesetzt. Schon im September 1914 versuchten wir in der Schweiz mit der französischen Partei in Fühlung zu kommen. Der Versuch ist nicht durch unsere Schuld mißglückt. Auch gegen Versuche der holländischen Partei, Verständigungsaktionen unter den Parteien der kriegsführenden Länder einzuleiten, hat die französische Partei heftig Protest erhoben. Auch als wir im März 1915 zu Verhandlungen im Haag erschienen, erfuhren wir, daß die französische Partei die von dem Internationalen Bureau vorgeschlagenen Verhandlungen rundweg abgelehnt hatte. Die britische Sektion der Internationale hat sich zuerst zustimmend erklärt, dann aber an die Seite der französischen Partei gestellt. Unsere deutsch-österreichisch-ungarische Konferenz in Wien im April 1915 hat sich entschieden für einen Frieden ausgesprochen, der kein Volk demütigt. Aber weder bei der französischen, noch bei der britischen Partei haben wir das allergeringste Echo gefunden, ebensowenig bei der Kundgebung für den Frieden, die wir am 30. Juni 1915 in der Presse erlassen haben. Ein letzter Versuch wurde im Dezember 1915 auf Veranlassung des Internationalen Bureaus unternommen. Wiederum erklärten wir uns bereit, für einen Frieden ohne Eroberungen einzutreten. Aber die Franzosen und die Engländer kamen nicht, und Vandervelde sagte: „Solange es deutsche Soldaten in Frankreich gibt und man mir vom Frieden spricht, werde ich mir die Ohren verstopfen.“ Dieser Standpunkt mag bei einem belgischen Minister verständlich sein, mit dem Präsidium in der proletarischen Internationale ist er unvereinbar. Die französische Partei hat ihren bekannten Standpunkt Anfang August von neuem festgelegt, und nur die Stellung der Mehrheit in Frankreich zeigt nicht einen Gegensatz zu der der deutschen Mehrheit. Eine ähnliche Stellung wie die Mehrheit der deutschen Partei nimmt die britische Arbeiterpartei ein. Allerdings gibt es in England auch eine Minderheit, die Unabhängige Arbeiterpartei, die

aber nach Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Einfluß von sehr geringer Bedeutung ist. Die Unabhängige Arbeiterpartei bewilligt die Kriegskredite, ist aber für Völkerverständigung und baldigen Frieden. Vandervelde, die Mehrheit der französischen und englischen Partei fordern den Krieg bis zum Ende. Konnte die Internationale schon nicht den Krieg verhindern, so darf sie ihren Einfluß auf die Gestaltung des Friedens nicht preisgeben. (Lebhafte Zustimmung.) Die deutsche Partei hat sich immer zu einem Frieden ohne Eroberungen bereit erklärt. Unsere letzte Friedensaktion ist aber innerhalb der Partei bekämpft worden. Man hat sogar in Berlin VI einen Funktionär entlassen, weil er die Friedenspetition des Parteivorstandes verbreitet hat. Trotz der beherrschenden Schwierigkeiten und trotz der eingetretenen Verschiebung der militär-politischen Situation hatten unsere Versammlungen und Petitionen erfreulichen Erfolg.

Während am 21. August 1914 Kautsky in der „Neuen Zeit“ den Burgfrieden innerhalb der Partei proklamierte und eine Redakteurkonferenz sich damals auf den gleichen Standpunkt stellte, hat die seit Jahr und Tag im heftigsten Gegensatz zur Partei stehende Gruppe in ihr den Krieg ausgenutzt, um ihre Politik zu propagieren. In der „Bremer Bürgerzeitung“ hat schon am 5. April 1913 Pannetel die Landesverteidigung verworfen. Zu seinen aus dem Auslande gegen die Partei geschleuderten Vorwürfen gesellten sich bald die „Lichtstrahlen“ und die Düsseldorf „Internationale“, die alles herunterriß, was nicht zu ihnen hielt. Kautsky genoss so wie uns. Es begann die Hetze in der ausländischen Parteipresse, es kamen die von Verleumdungen, von Erbschaftsbereberei und von Schmähdungen strotzenden Flugblätter aller Art. Den ersten größeren Vorstoß unternahm die Opposition in dem Flugblatt vom 9. Juni 1915, das heuchlerisch in die Form einer Petition gekleidet war. Das „Gebot der Stunde“ schloß sich an, das die Partei zu einer entscheidenden Aktion aufforderte. Und das tat der Vorsitzende der Partei, ohne die übrige Parteileitung zu informieren. (Hört! hört!) — Die vielen Spielarten innerhalb der oppositionellen Sonderorganisation erinnern unangenehm an russische Parteiverhältnisse. Das heutige Auftreten Lebedoures als Vertreter von Hundert ist auch ein Beweis für die Sonderorganisation, die ja schon überall Ortsgruppen gründet, Kreis- und Bezirkskonferenzen und selbst internationale Konferenzen abhält. Wenn zwei sich streiten, erfährt der Dritte die Wahrheit, so haben die Polemiken zwischen Arbeitgemeinschaft und Spartakus viel über die Zustände in der Opposition mitgeteilt. Es hat ja auch eine Reichskonferenz der Opposition stattgefunden, die zur Steuerfrage Stellung genommen hat. Auch in der Jugendbewegung ist die Spaltung offen durchgeführt, ein eigenes Organ bekämpft die von Partei und Gewerkschaften geschaffene Jugendbewegung. In dieser „Politik der Jugend“ wird die Reaktion ein gefundenes Fressen haben, an der Partei und an der Jugendbewegung aber ist dieses Vorgehen ein ungeheures Verbrechen. (Sehr richtig!) Man gibt sich ein eigenes Programm, an das allein man sich für gebunden erachtet, und dann schreit man im ganzen Lande über die Gewaltspolitik des Parteivorstandes, der Parteiprogramm und Parteitagbeschlüsse nicht halte. Das ist eine heuchlerische Spitzbubenaktion. (Lebh. Sehr richtig!) Der Parteivorstand mußte und muß diesen Spaltungs- und Sprengungsversuchen energisch begegnen, alle Beschwerden gegen sein Vorgehen sind von der Kontrollkommission glatt abgewiesen worden.

Die Methode der an sich schon verwerflichen anonymen Flugblätter übertrifft an niedriger Gefinnung und Verleumdungslust alles, was bisher dagewesen ist. Durch persönliche Beratungsimpfungen, durch die Methode des berüchtigten Reichsverbandes, von der selbst bürgerliche Kreise sich mit Ekel abgewandt haben, sollen die im Vordergrund der Arbeiterbewegung stehenden Körperschaften und Personen verächtlich und unmöglich gemacht werden. Und keiner dieser Drahtzieher findet den Mut, sich zu den Beschuldigten zu bekennen. (Sehr wahr!) Die Gegner sind bereits dabei, dieses Material zu sammeln. (Zurufe: J. A.!) Was heißt J. A.?; die Gegner sammeln bereits eifrig jene anonymen Sublektion der Opposition.

Die anonymen Aufforderungen zum Streik der Munitionsarbeiter können nicht nur für den einzelnen Arbeiter, sondern auch für unsere Organisation zur allergrößten Gefahr werden. Vor einer niederösterreichischen Munitionsfabrik mit 7000—8000 Arbeitern, von denen 150 organisiert sind (Hört! hört!), wurden Streifflugblätter verbreitet. Die harmlosen Verbreiter wurden verhaftet, die Schuldigen sitzen im Schloß und schnitten die Pfeifen. Unglückliche Arbeiterfrauen haben sich bei uns jammervoll beklagt, daß man ihre Männer so leichtfertig ins Unglück treibe. (Hört! hört!) In einem dieser Briefe wird mitgeteilt, wie die „verfluchten Freunde den Mann angeblich zu einer Versammlung abholten, in Wirklichkeit aber, um solche Streifflugblätter anzulieben“. Die Frau spricht von den furchtbaren Qualen, die sie infolge der Verhaftung ihres Mannes zuvor von der Front auf Urlaub gekommenen Mannes durchmachen mußte und die sie zuletzt ganz stumpfsinnig gemacht hatten. (Bewegung, Rufe: Wühl Verbrecher!) Wie unsinnig ist ein solches Unterfangen in einer Zeit, in der die englischen Munitionsarbeiter auf Sonn- und Feiertage verzichten, wo in der ganzen Welt mit äußerster Kraft Munition für die Entente hergestellt wird, in einer Zeit, in der die Entente ein Land nach dem andern in den Krieg zwingt, und wo alle feindlichen Staatsmänner jede Friedensbereitschaft ablehnen und unsere Söhne und Brüder im furchtbarsten Trommelfeuer liegen; da sollen die deutschen Arbeiter mit dem Munitionstreif einsehen. (Rufe: Wühl!) Wäre das nicht Wahnsinn? (Stürmische Zustimmung und Vorwurfs. Heine: Denke laßt dazu. — Andere Rufe: Denke und Stadthagen laßt dazu. — Große Unruhe. — Heine: Ich laße über Heine und seine Heuchelei!)

Es kommt zu einer stürmischen Szene, die eine Unterbrechung der Sitzung zur Folge hat.

Nach Wiedereröffnung mahnt Vorsitzender Müller, doch Ruhe und Besinnung zu bewahren. Es folgen eine große Anzahl persönlicher Erklärungen, schließlich erklärt der Vorsitzende den Zwischenfall für erledigt und

E b e r t führt sein Referat zu Ende: Die angelegte Aktion ist politisch sinnlos, aber selbst wenn man sie für richtig hält, so war es bei uns in Deutschland bisher doch nicht üblich, daß Aktionen von unbekanntem Leuten im Dunkeln eingeleitet werden. Der Kammerbeamte Parteitagbeschlüsse spricht offen aus, unter welchen Umständen ein politischer Streik eingeleitet werden darf. Der Parteivorstand hatte also die Pflicht, gegen solche wilde Aktionen vorzugehen. (Zustimmung.) Generalkommission und Parteivorstand sind völlig aus eigener und selbständiger Entscheidung zu ihrem Vorgehen gekommen. Weder eine Zivil- noch eine Militärbehörde hat irgendwie versucht, auf uns in irgendeiner Weise einzuwirken. (Hört! hört!) — Die anonymen Flugblätter benutzen auch den traurigen Fall Ballfisch, der in Dresden wegen Untreue beurteilt war, zu schändlichster Verunglimpfung aller Vertreter der Parteileitung und Mehrheitspolitik als Fälscher und Betrüger. Sicherlich beruhen die Schwierigkeiten in der Partei nicht auf persönlicher Janferei, sondern haben einen tiefen sachlichen Hintergrund. Der Meinungsstreit muß natürlich offen ausgetragen werden, aber verberlich für die Partei und verhängnisvoll für das Proletariat ist es, wenn er in Methoden ausgefochten wird, die jeden parteigenössischen Geist vermissen lassen. Das muß zur Klärung und zum Zusammenbruch führen. Diesem Treiben entgegenzutreten ist für die Partei eine Lebensfrage. In den Kämpfen der Zukunft wird das Schicksal der Arbeiterklasse auf Jahrzehnte hinaus entschieden werden und bei diesen Kämpfen wird alles von der Macht und Entschlossenheit der Arbeiterklasse abhängen. Und da soll der Bruderkampf die deutsche Sozialdemokratie von ihrem stolzen und festen Wege zur Macht in Ohnmacht zurückschleudern? Das wäre ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, das wäre ein Triumph der Reaktion. Das darf nicht geschehen, das müssen wir verhindern und deshalb gilt es, unsere Organisationen zu festigen und die Einheit der Kampffront zu sichern. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Hierauf werden die Verhandlungen auf Freitag früh 9 Uhr vertagt.